DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

210 19. JAHRGANG März 2002 4,50 €

AUS DEM INHALT:

POLIT-SOAP-NOVELLE

Anfang des 21. Jahrhunderts hatten die internationalen Foren der Fach- und Nichtregierungsorganisationen die Macht auf der Welt übernommen. Die Parlamente waren nur noch Repräsentationsorgane. Unsere Forsetzungsgechichte beginnt im Jahr 2084, Karin Jorzig unsere Hauptfigur im Ersten Teil... Seite 2

ANTI-GLOBALISIERUNG

In der Anti-Globalisierungsbewegung scheint zwischen den Forderungen von »ReformerInnen« und »radikal-linken DemokratInnen« ein gemeinsamer, aber zögerlicher Konsens zu bestehen: Beide setzen den Kapitalismus voraus. Dieser wird aber erst dann tatsächlich in Frage gestellt, wenn ein gemeinsamer Kampf als Kampf um Macht, nicht um Gerechtigkeit begriffen wird. Seite 3/4

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH

Auf der Berlinale war unter den Sondervorführungen ein italienischer Kollektivfilm über den G8-Gipfel in Genua zu sehen. Über 30 Regisseure und zahlreiche weitere italienische Filmschaffende schlossen sich zu diesem Projekt zusammen. Über ATTAC, Berlusconi und eine andere Welt ein Kurzbericht und zwei Interviews auf Seite 5/6.

WARSCHAU

Über einhundert polnische und deutsche AktivistInnen versammelten sich Ende Januar vor der Daimler-Benz-Verkaufsstelle in der Warschauer Innenstadt mit der Forderung, den Beitrag der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen deutlich aufzustocken. Zeitgleich fand in der Verkaufsstelle eine weitere Aktion statt – fünf hochwertige Limousinen sollten auf Anweisung der Stuttgarter Zentrale zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen gespendet werden. Näheres auf Seite 11.

WOHNPROJEKT STARTET

Jetzt ist es soweit, sieben Mitglieder des Vereins »Integrativ wohnen - Zu neuen Ufern e.V. beziehen ein Haus im oberfränkischen Gräfenberg. Seit sechs Jahren arbeitet der Verein an der Verwirklichung einer Vision gemeinschaftlichen Lebens von Jung und Alt. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Die »innova eG i.G.« wurde im November 2001 gegründet, um einen Antrag im EU-Programm EQUAL zu stellen. Die Hauptaufgabe der Genossenschaft wird es sein, Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren, so dass diese in der Lage sind, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen, die sich am Markt behaupten können. Seite 12

www.contraste.org

SELBSTORGANISATION

Organisierung von Unten

Obwohl ... es nur so wimmelt von Gruppen, die sich »antiautoritär«, »emanzipatorisch« oder »hierarchielos« bezeichnen, sind in den allermeisten von ihnen intransparente, macker-artige Führungsstrukturen und Dominanzen zu entdecken. Obwohl der Verfassungsschutz sogar 6.000 Militante kennen will, passiert eigentlich nicht viel hierzulande. Obwohl es in vielen Ländern seit einigen Jahren wieder eine größere soziale Bewegung gibt, die »Globalisierungsbewegung«, mitsamt Pink-Silver Block und Reclaim The Streets, sind hierzulande keine größeren kreativen Aktionen zu verzeichnen. Und obwohl sie eine herrschaftsfreie Gesellschaft wollen, organisieren sich manche bewusst zentralistisch. Auszüge aus einem Strategietext der Organisierung-von-unten-Debatte im »Hoppetosse« – Netzwerk für kreativen Widerstand.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ed. Umweltschutz von unten ● »Wir glauben, dass sich all diese Gegensätze auflösen lassen, dass wir einiges verändern können. Dabei ist es wichtig, dass das Ziel, eine »freie Gesellschaft«, nicht vom Weg abgekoppelt ist, dass die Befreiung nicht ein irgendwie, nach einer irgendwie organisierten Revolution zu vollziehender Akt ist, sondern im Jetzt und Hier beginnt. Deshalb ist eine emanzipatorische Bewegung »von unten« organisiert.

*Der Grundsatz hierfür ist, dass es keinerlei Hierar*chien gibt, das heißt wir sprechen von einer freien Kooperation gleichberechtigter Menschen, sowie Netzwerken gleichberechtigter Gruppen. Dabei behalten die Gruppen (Zusammenhänge, Organisationen) ihre volle Handlungsautonomie. Sie können nicht gezwungen werden, irgendwo mitzumachen, noch besteht in diesen Netzwerken *und Bünd*nissen ein Konsenszwang. Verschiedene Positionen können nebeneinander *stehen bleiben*, ohne die gemeinsame Arbeit *zu verunmöglichen*. Denn die Idee des Konsens führt dazu, dass zum einen Inhalte entleert werden, bis mensch sich auf den kleinsten angeblich gemeinsamen Nenner geeinigt hat. Zum anderen führt ein durch Mehrheitsentscheide herbeigeführter Konsens meist dazu, dass diejenigen, die nicht dafür gestimmt haben, schlicht nicht mitmachen.

Damit einher geht die Herstellung eines diskriminierungsfreien Raumes. Obwohl mensch meinen möchte, dieser sei durch die Gleichberechtigung automatisch gewährleistet, ist dies in Wirklichkeit ein immer wieder bewusst und aktiv zu betreibender Prozess, da wir alle eine gewisse, aus unserer Normal-Sozialisierung mitgebrachte »Vergiftung« (soziale Rollen u. Konstruktionen) in uns tragen. Die HerscherInnen in uns abzubauen, gehört da dazu. Notwendig ist auch eine Atmosphäre, in der die Individuen sich trauen, abweichende Meinungen zu äußern, skurrile Vorschläge zu machen, oder Fragen zu stellen. Zu oft können wir erleben, dass solches Verhalten zu aggressiven Reaktionen bei den Anderen führt. Nicht zu letzt sollten diese wichtigen emanzipatorischen Ansätze, Positionen und Visionen offensiv nach außen getragen werden, um die Idee populär zu machen und alte Strukturen aufzubrechen.

Die Belohnung für die Anstrengungen einer solchen Organisierung, die zugegebenermaßen jeglicher gesellschaftlicher Sozialisierung entgegenläuft, sind ein spürbares Mehr an Vielfalt der Ideen und Lösungsvorschläge, und damit ein höheres Maß an Kreativität und eine unglaubliche Vermehrung der Handlungsmöglichkeiten der Gruppe und der Individuen. Die Stärken der einzelnen AkteurInnen kommen viel stärker zur Geltung, die Entfaltung wird gefördert. Dadurch, dass kein Konsenszwang herrscht, ist es möglich, viel flexibler zu agieren. ●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10

D 8008

KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE E.V.

Offener Brief an die rot, grün und naturfarbene Friedensbewegung

Betr.: Ludger Volmers Erfindung des Bellipazifismus als Aufgabe der Friedensbewegung Vgl.: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 7.1.2001

Ihr vielfarbigen
Freundinnen und Freunde,

der heutige Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA), Ludger Volmer, warf in Zeiten des Bellizisten-Pazifisten Streites während des Bosnien-Krieges 1995 seinem Parteifreund Fischer vor, Grundüberzeugungen über Bord zu werfen und mit der Befürwortung militärischen Eingreifens »ein Interventionist« zu sein. (taz 12.8.95) Heute ist aus dem einstigen Kritiker ein Verfechter von Militärinterventionen geworden. Trotzdem möchte er sich weiter als Pazifist verstehen – eben als Bellipazifist. Er schreibt: »Pazifismus heute kann militärische Gewalt als Ultima Ratio, als letztes Mittel, nicht leugnen, kämpft aber für die Prima Ratio, die zivilen Mittel der Krisenprävention.« (FR 7.1.2002). Hat also Helmut Kohl doch recht gehabt hat, als er die Bundeswehr als die größte Friedensbewegung Deutschlands bezeichnete? Konsequenterweise sollte nun aus dem AA der Aufruf folgen: »Friedensbewegte, tretet ein in die Bundeswehr« und ab in den anti-terroristischen Terrorkrieg!

Nachdem Volmer den Religionsgemeinschaften die Leviten gelesen hat: »Doch sie wissen, dass Ethik nicht in eine einzige Handlungsmoral zu übersetzen ist. Das tun nur religiöse Fundamentalisten. Wer keinen Gottesstaat will, lässt der Politik die Freiheit der Entscheidung ...« (ebd.), wendet er sich dem »politischen Pazifismus« zu. Dieser habe auf verschiedene historische Situationen Antworten gegeben, die heute nicht mehr nützten. Nun aber sei eine neue Situation gegeben: »Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen – das ist die neue Gefahr ...«. Sonderbar und etwas weltfern fügt der Minister hinzu: »Die Parole 'Kampf dem Atomtod' wird Al Qaeda wenig beeindruckt haben.«

Volmer verbittet sich auch, die militärische Bekämpfung des »Terrorismus« zu kritisieren: »Doch es ist verblüffend, welche Verdrängungsleistungen manche Pazifisten aufbringen, um das bisherige Weltbild gegen neue Erkenntnisse abzuschotten ... Man lehnt sich zurück und kritisiert die Strategie, prangert die an, die beim Kampf gegen den Terror auch Unschuldige treffen. Unversehens werden antiimperialistische Muster neu aufgelegt – Opfer zu Tätern erklärt.« An dieser Stelle mag manchem die Frage auftauchen, ob hier nicht Kritiker des Bombardements unter den Verdacht gestellt werden, heimliche Sympathisanten der Terroristen zu sein? Und aus der fernen Zeit des Kalten Krieges hört man das Echo: Geht doch nach drüben!

Nachdem dann der Minister dem politischen Pazifismus die Aufgabe zugeteilt hat, sich für das Primat der Politik und die Unterordnung militärischer Schritte unter politische Strategien einzusetzen, kommt er zu der verblüffend optimistischen Feststellung: »Noch nie waren die Aussichten so groß, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf Methoden zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung verständigt.« Und weiter: »In der Weltinnenpolitik treffen sich die Gedanken der etablierten Außenpolitik und eines neuen politischen Pazifismus. Sollen die alten Pazifisten ausgerechnet jetzt aus der Politik aussteigen, nur weil militärische Mittel nicht ganz verzichtbar sind?« (ebd.)

Fortsetzung auf Seite 5

00.3637 46 001
Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84
D-50321 Brühl

POLIT-SOAP-NOVELLE, TEIL I

2084

Eine richtige Zeitung braucht ihre Fortsetzungsgeschichte, schrieb uns Carlotta aus Hannover. Recht hat sie, viel Vergnügen mit dem 1. Teil der Gechichte...

Carlotta

Karin wusste schon bevor sie ihren Vater gesprochen hatte, dass er sie nicht verstehen würde. Professor Jorzig, der gerne im Fernsehen zu diesem und jenem gefragt wurde. Und doch liebte er sie wahrscheinlich. Sie hatte ja seine genetische Disposition.

'Du hast die besten Voraussetzungen, das Screening wurde bei Dir in allen Dispositionen mit Topwerten abgeschlossen. Ich verstehe nicht, dass Du alles wegwerfen willst. Wenn Du Dinge verändern willst dann musst Du dir die entsprechende Stellung erarbeiten. Du hast doch alle Voraussetzungen dafür.
Nur so kannst Du was verändern.
Und hör auf zu rauchen – oder willst Du dich selbst zerstören, wie Deine Mutter.'

Was sonst hätte ihr Vater auch sagen sollen?
Dabei hatte sie nicht einmal die Gene ihrer Mutter.

Aus der Politologievorlesung: Heute entscheiden die weltweiten Netzwerke und Foren der fachlich qualifizierten und engagierten Intelligenz alle wichtigen Fragen. Nicht mehr politische Partialinteressen stehen im Vordergrund, sondern die Vernunft und die sachlichen Notwendigkeiten. Die Parlamente haben nur noch eine repräsentative Funktion. Karin hatte diesen Satz in ihrer Mitschrift unterstrichen.

War es nicht das, wovon die Nicht-Regierungs-Organisationen Anfang des 21. Jahrhunderts immer geträumt hatten?

Im Jahr 2026 wurden Krebsbehandlungen für Raucherinnen und Raucher aus dem Leistungskatalog der öffentlichen Krankenversicherungen gestrichen.

Ihr Professor hatte länger auf Karin eingeredet. Dies war eine Eliteuniversität – hier kümmerte man sich um die Studierenden.

'Sie können ja tun und lassen, was sie wollen. Und es ist ganz sinnvoll, dass junge Leute die Prinzipien ihrer Eltern hinterfragen. Und wenn Sie meinen, dass es Sinn macht sich mit alternativen Ansätzen der Sozialhygiene zu beschäftigen, tun sie das. Darunter darf aber nicht der Rest ihres Studiums leiden. Und Sie können doch nicht ernsthaft die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Genetik bezweifeln?'
'Ich scheiß auf die Sozialhygiene, das ist Mord.'
'Radikale Positionierungen helfen niemandem.'
'Sie meinen, sie gefährden ihre Machtposition.'
'Sie wissen genau, was ich meine. Wenn Sie der Irrationalität Tür und Tor öffnen wollen, dann sollten Sie sich überlegen, ob Sie an dieser Ausbildungsstätte noch richtig aufgehoben sind.'

Sie saßen in einer hinteren Ecke des Parkhauses. Die Kamera, die diesen Teil überwachte war kaputt. Es war ein kleines Stück Abenteuer. Von hier aus überblickten sie die naheliegenden Straßen. Karl hatte den Tabak organisiert, Kia die Blättchen. Nun rauchten sie mit zittrigen Fingern. Sie scherzten um ihre Furcht und Nervosität zu überdecken. Wenn sie jetzt jemand sähe, würde dies mindesten Korrekturunterricht in der Gesamtschule bedeuten.

Aus der Politologievorlesung: Am Anfang des 21. Jahrhunderts hatte sich das Besitzbürgertum und der nationalstaatliche Parlamentarismus selbst in den Abgrund gewirtschaftet. Die Machtübernahme durch die internationalen Foren der Fach- und Nicht-Regierungs-Organisationen verlief glücklicherweise ohne bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. Der Professor hatte an dieser Stelle bemerkt, dass die junge Jorzig aus dem Fenster starrte.
Was war nur aus seiner Tochter geworden?

Professor Jorzig sah sie von seinem Platz im Cafe auf der Straße die Sicherheitskräfte provozieren. Sie wusste doch genau, dass im Citybereich das Verteilen von nichtgenehmigten Prospekten oder Zetteln verboten war. Wer will schon permanent mit politischer Propaganda belästigt werden? Hatten die Menschen nicht ein Anrecht auf ungestörtem Verweilen in der Kaufzone? Aber sie hörte ja gar nicht mehr zu, redete immer nur von Freiheit ohne auf die Wünsche anderer Rücksicht zu nehmen.

Diesmal würde er ihr nicht zu Hilfe kommen. Vielleicht würde die Erfahrung ihr gut tun.

Sie wissen schon warum ihr Kind heute ein Problemkind ist. Als Kleines konnte es sich schon nicht beherrschen – hat es ungehemmt Süßigkeiten in sich hineingestopft. Hätten Sie damals nur schon eingegriffen.

Zero-Toleranz – Handeln bevor es zu spät ist – pädagogisch betreute Verhaltensnachschulung schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Institut für präventive Pädagogik –
www.schulefürübermor.de – transnet: tt.brainforming.cg

Rauchen gefährdet Ihr Erbgut. –
Raucherinnen fügen uns allen Schaden zu und vor allem ihren Nachkommen. –
Auch von Jugendlichen ist verantwortungsbewusstes Handeln im Umgang mit der Welt zu verlangen. –
Rauchen ist der Anfang, ungeschützter Sexualverkehr das nächste, und dann betteln sie um Hilfe für ihre geschädigten Kinder.

Karin hatte sich entschieden, sie hatte das Studium hingeschmissen. Sie würde in die aufgegebenen Bereiche der Stadt ziehen. Sie hatte Lust auf die Straße zu rennen und sich irgendeinen beliebigen Mann als Samenspender zu suchen – ungeplant, ungetestet. Aber sie wusste, sie würde keinen finden. Hier hatten alle Angst vor den juristischen Folgen und: »So was ist unverantwortlich – gerade als Frau trägst Du Verantwortung für das Leben.« Sie wusste, wie ihre männlichen Mitstudenten sich aufpumpen konnten, wenn einmal eine Frau sexuelle Freizügigkeit einforderte. Sie lachte bei dem Gedanken – einfach mit dem nächsten Bettler ein Kind zu zeugen.Vielleicht gab es im Slum Männer, die dazu bereit waren.

Erst einmal würde sie sich eine Arbeit suchen müssen. Ihr Geld würde nicht lange reichen. Keine Sicherheitskontrollen mehr – Krüppel auf den Straßen – Rauchen, wann und wo sie wollte – aber auch Elend und Gewalt.

Sie hatte geträumt überfallen zu werden und war letzte Nacht schweißgebadet aufgewacht. Erst einmal würde sie bei einer Freundin unterkommen.

Sie hatte es ihrem Vater mitgeteilt. Es würde Tratsch unter den Kollegen geben. Sie prustete durch die Nase.

Die neue Stellung der Frau. Heute übernahmen vor allem die Mütter die Aufgabe, für die Qualität des genetischen Materials, das sie an ihre Kinder weitergaben, und für die Ausbildung zu sorgen. Die heutige Frau war Managerin ihrer Familie und ihres eigenen Fortkommens.

An einer Ecke spielten einige Kinder
Geburtsklinik

'..
ehne mehne muh
raus bist du,
ehne mehne meck,
und du bist weck'

Freiheit ist Einwandfreiheit!

Es war noch früh am Morgen als es an der Tür klingelte. Karin hatte sich gerade einen Kaffee aufgesetzt. Als sie öffnete, ließ man ihr keine Chance. Ihr Schrei verhallte im Treppenhaus. Die Nachbarin war nicht verwundert. Das war wohl besser so. Die Spritze wirkte sofort. Sie würde jetzt lernen vernünftig zu sein. Die zwei Männer und die junge Ärztin im weißen Kittel dankten dem Sicherheitsdienst für die Hilfe. Die junge Ärztin sah den Widerstand ihrer Patientin. Die Neukonditionierung würde lange dauern. Wahrscheinlich ein weiterer hoffnungsloser Fall für die Klinik. Aber der Vater zahlte ja, wohl weil er sich den Fehlschlag nicht eingestehen wollte – so was kam vor.

Das Kind kletterte im Sonnenschein auf einem der Denkmäler herum. Hier standen sie, alle wichtigen Köpfe der modernen Genetik. Als die Mutter weitergehen wollte und das Kind an die Hand nahm, fiel ihr Blick auf die Namenstafel – Peter Singer –.

Peter Singer – sie überlegte einen Moment, dann fiel ihr ihr Wissen aus der Schulzeit wieder ein. Ein Ethiker, der sich als einer der ersten gegen das Unglück behinderter Kinder gewandt hatte – gegen den Zwang ein behindertes Leben führen zu müssen. Heute hatte man Mitleid mit den Kleinen und solch ein Elend wurde frühzeitig beendet.

Sie hob ihr Kind hoch und herzte die einwandfreie Haut.

Auch im Jahr 2084 pflanzte sich nur der kleinere Teil der Menschheit verantwortungsbewusst in Vitro fort. Übernahm nur das oberste Viertel die Verantwortung für die genetische Disposition ihres Nachwuchses. Die Unterschichten trieben es nach wie vor wie die Tiere.

Professor Jorzig saß in seinem Sessel und beobachtete die Veränderung des virtuellen Aquarells. Es würde ihn ein Vermögen kosten, aber sie war seine Tochter. Sie hatte tatsächlich geplant in die Slums zu gehen. Was war nur mit ihr passiert?

Sie hatte sogar gedroht ein Kind mit einem Devianten zu zeugen. In einem Aschenbecher hatten sie die Reste ihres genetischen Dispositionsausweises gefunden. Er begriff sie nicht mehr. Auch dieses Rauchen. Das musste die hormonale Disposition ihrer Mutter sein. Zum Schluss war es mit ihr genauso gewesen. Sie hätten sich auch für eine Leihmutter entscheiden und nicht nur ihre genetische Disposition ersetzen sollen.

Aber er konnte Karin nicht aufgeben, verkommen lassen – sie sollte eine Chance haben. Sie hatte doch auch seine Dispositionen – vielleicht war er zu konservativ, zu altmodisch familiär.

Aber er würde für die Klinik aufkommen. Zur Not den Rest ihres Lebens.●

In der nächsten Folge lesen Sie: Wie wird es Karin weiter ergehen? Hat Karin noch eine Chance? Gibt es Möglichkeiten zum Widerstand?

AKTION 2002

Abwärtstrend ?

Nach dem bisher erfolgreichen Verlauf der Spendenaktion mit der wir die vorkalkulierte Deckungslücke für 2002 schließen und einen Teil unserer Altschulden abbauen konnten, hat uns die Wirklichkeit wieder eingeholt. Im Folgenden unsere Monatsstatistik Februar 2002:

Redaktion Heidelberg ● Zwei Fördermitglieder haben ihr Abonnement umgestellt:
- Felix Duffner, Furtwangen (62 EUR)
- Johann Pertl, Freising (62 EUR)

Zusammen mit einem Neuabo ergibt das Mehreinnahmen in diesem Jahr von 87,20 EUR.
11 Abos wurden gekündigt, das ergibt bereinigt in Minus von 362,70 EUR.
Erfreulich, dass der Eingang von Spenden nicht abreißt:
- Rike Wolfram, Bremen (10 EUR)
- Martin Graether, Freiburg (9,10 EUR)
- Hennig Schulte, Alsbach-Hähnlein (25 EUR)
- Hans-Jörg Gehrken, Hamburg (30 EUR)
- Thomas Bessel-Nettelbeck, Passau (20 EUR)

Die Spenden verringern unser Minusergebnis auf 268,60 EUR.
Zusammen mit dem angestrebten Teilabbau unserer Altschulden in diesem Jahr benötigen wir noch 1.962,59 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

Kurt's Surf-Center

Kultige Kuh

»Peek a Booty« soll der neueste Coup der amerikanischen Hackergruppe cDc (Cult of the Dead Cow) heißen. Auf der CodeCon 15.-17. Februar in San Francisco ist es soweit: die Präsentation ist angekündigt – Ärger ist quasi vorprogrammiert.

cDc (http://www.cultdeadcow.com) war schon seit längerer Zeit der Alptraum aller Sicherheitsdienste in Politik und Wirtschaft. Mit der Software »Back Orifice« und »Back Orifice 2000« war schon vor Jahren die erste Kuh vom Eis gebracht worden. Die Gruppe wurde über Nacht weltberühmt, weil ihre Programmwerkzeuge gravierende Microsoft-Sicherheitslücken offen legte. Diese Tools gehören deshalb bis heute zum Standard-Repertoire von Crackern, die sich damit unerlaubten Zugriff zu Windows-Rechnern verschaffen wollen, um diese im Fernzugriff zu »hijacken« – »eines der effektivsten Trojaner-Programme, mit dem Hacker je Schindluder trieben -und mit dem Kriminelle Schäden verursachten.« so urteilte z.B. Spiegel-Online.

Jetzt wird noch eins draufgesetzt: »Peek a Booty« ist exakt das Gegenstück und bietet seinen NutzerInnen ein Netz im Netz an, welches Fremdzugriff abblockt. Wir müssen uns das als eine Art »Spezialbrowser« vorstellen, der all seinen TeilnehmerInnen hart verschlüsselten Datenaustausch anbietet. Und kein Sicherheitsbeauftragter, kein sogenannter »firewall« und kein Innenminister kann das vorerst mehr regulieren, weil jeder Klient gleichzeitig Server ist. Diese Vernetzungsarchitektur, die Musiktauschbörsen wie napster, gnutella&co durch ihren zunehmenden Erfolg als »p2p-Vernetzung« so bekannt gemacht hatten, wird nunmehr auch noch geschützt: Für »Schnüffler« soll es unmöglich sein, auch nur die Art des Datenflusses zu erfassen.

Aber damit nicht genug. Besonderes Augenmerk legte cDc darauf, dass sich aus diesem gesicherten »Web im Web« auch alle Daten aus dem Internet abrufen lassen. Dies heißt aber auch, dass sich alle Zensurmaßnahmen gegen das Internet für »Peek a Booty«-Fans vorerst erst einmal erübrigt haben und – ob in China oder durch den Otto-Katalog – Überwachung zunächst ins Leere läuft. Denn so was richtet sich immer an Schaltstellen, Server und Pro-

vider aus und die gibt es für den Zirkel der Kultigen Kuh dann ja gar nicht mehr.

Die einschlägigen Gesetze könnten dann alle umgeschrieben werden. Der nächste Otto-Katalog müsste förmlich den »Mann im Ohr« vorsehen, also etwa in Form eines staatlich verordneten Überwachungsmoduls in jedem Betriebssystem. Vielleicht gibt es das aber auch schon längst, zumindest für Windows-NutzerInnen. Bereits 1999 rankten sich wilde Gerückte darum (vgl. http://www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,40358,00.html, dass eines der zahllosen Microsoft-Updates einen prekären Klarnamen für eine der Systemneuerungen preisgab: die hieß nämlich ausgerechnet nach dem berüchtigten amerikanischen Geheimdienst (http://www.nsa.gov:8080), der weltweit mit »Echelon« federführend Überwachung betreibt – NSA-Key.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DIE ANTIGLOBALISIERUNGSBEWEGUNG NACH DEM 11.SEPTEMBER

Do the right thing!

In der Anti-Globalisierungsbewegung scheint zwischen den Forderungen von »ReformerInnen« und »radikal-linken DemokratInnen« ein gemeinsamer, aber zögerlicher Konsens zu bestehen: Beide setzen den Kapitalismus voraus. Dieser wird aber erst dann tatsächlich in Frage gestellt, wenn ein gemeinsamer Kampf als Kampf um Macht, nicht um Gerechtigkeit begriffen wird.

Von Benedict Seymour / London

1. Nachdem die Anti-Globalisierungs-Bewegung durch Seattle im November 1999 ins Bewusstsein der ganzen Welt gelangte, haben ihre HauptakteurInnen fortwährend darüber diskutiert, wohin dieses neue politische Phänomen zielen und wie es sich ausweiten soll.

Eine Vielfalt verschiedener, vorher oft nicht zusammenpassender Gruppen hat im Widerstand gegen die Institutionen der neoliberalen Globalisierung – WTO, Weltbank und IWF – ihr gemeinsames Ziel gefunden. Und ihre HauptakteurInnen – gleichgesinnte KommentatorInnen in den Massenmedien, TheoretikerInnen, WissenschaftlerInnen und Mitglieder einer wieder aufbrechenden alten Linken haben diese neue und ambivalente Koalition als eine bemerkenswerte Entwicklung gegenüber der isolierten Identitätspolitik der neunziger Jahre gelobt. Die pluralen Verfasstheiten postmoderner Politikkonzepte sind durch die Anti-Globalisierungs-Proteste eher zusammengebracht als entwertet worden: von Feministinnen, Umwelt- und Aids-Aktivist/-innen über die Gewerkschaften und Autonomen bis zu den NGOs der »bürgerlichen Gesellschaft«. Gleichzeitig sind in der »Battle of Seattle« auf den Straßen der Ersten Welt die wohl etablierten, vorher »untergetauchten« Reaktionen von Menschen aus der Dritten Welt auf die Ausbeutung durch die neoliberale Globalisierung laut geworden.

Wenn die GlobalisierungsgegnerInnen eine Bewegung konstituieren (und das ist keineswegs so sicher), dann eine, die aus »einem Nein und vielen Jas« besteht. Sie stellt weniger einen definitiven Bruch mit der Politik der neunziger Jahre dar, vielmehr haben die Proteste die Gruppen im Widerstand gegen ein einziges Angriffsziel zusammengeführt, indem sie deren spezifische, oft lokale Interessen zu einer negativen Einheit konzentriert haben. Diese Verbindung zwingt die bestehenden Aktivismen aus ihrem Provinzialismus heraus, indem sie ein gemeinsames Terrain für ganz offensichtlich verschiedene Positionen durch ihre Benennung eines bestimmten Systems – des neoliberalen Kapitalismus – statt einzelner Fälle von Unrecht oder Unterdrückung als Ziel angibt und eine übergreifende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit erhebt, in der alle spezifischen Interessen aufgehen. Die Unterformen dieser Forderung gestalten sich sehr verschieden, vom Angriff auf den »freien Handel« und dem Ruf nach der Abschaffung, der Reformierung oder der Ersetzung seiner Institutionen bis zu der Kampagne, die die Annullierung der Schulden der Dritten Welt anstrebt. Protektionistische Gruppen wie die amerikanischen Gewerkschaften, die eigentlich traditionell allein arbeiten, stehen »Schulter an Schulter« mit staatenlosen ArbeiterInnen, Lesben und AnarchistInnen, in einem zeitlich begrenzten Raum der Koexistenz und Zusammenarbeit – so zumindest sieht es in der Theorie aus.

Die Masse, die sich zum Ziel gemacht hat, die Institutionen der Globalisierung auszuhebeln, kann den ihr Zugehörigen zwar nicht immer Erleuchtung liefern, aber sie hat sich als wirkungsvolles Mittel erwiesen, um die Aufmerksamkeit der Mainstream-Medien und der Globalisierungselite auf sich zu ziehen. Die Anti-Globalisierungs-Proteste haben nicht nur die Städte besetzt, in denen nationenübergreifende Institutionen der neoliberalen Globalisierung zusammentreffen, um ihre undurchsichtigen und undemokratischen Geschäfte durchzuführen, sie haben auch andere Formen des öffentlichen Raums kolonisiert, indem sie einen fortgesetzten semiotischen Krieg gegen Marken führen (Adbusters, Öark u.a.), die Stilllegung der Politik des Dritten Wegs belagern (Widerstand des World Development Movement gegen Souveränität auflösende neoliberale Programme wie GATs und erfolgreiche Ablehnung des Multilateralen Abkommens über Investitionen durch ATTAC) und den Apparat der parlamentarischen Demokratie per se angreifen (so anarchistische Gruppen mit ihren »Vote Nobody«-Kampagnen, aber auch die vielen NGOs, die sich weiterhin als parasitäre regulierende Ergänzung zur Regierung anbieten). Mit dem Eindringen in das Gefüge politischer, ökonomischer und kultureller Diskurse des 21. Jahrhunderts hat sich der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung entfalten können. Dies geschah sowohl durch einzelne internationale Spektakel des Widerstands, die den WTO- ebenso wie den IWF- und den WEF-Gipfel von Seattle (70.000 DemonstrantInnen) bis Genua (300.000 DemonstrantInnen) nachhaltig von kleinkrämerischer, selbstzufriedener Affirmation der korporativen Hegemonie hin zu einer öffentlichen Anzweiflung ihrer Grundlagen verändert haben, als auch durch die fortgesetzte Einflussnahme der Proteste auf die Rhetorik, wenn nicht sogar schon auf die Politik der neoliberalen Institutionen selbst.

2. Als im Juli dieses Jahres der dreiundzwanzigjährige Demonstrant Carlo Giuliani in Genua von der Polizei getötet wurde, hatten die Anti-Globalisierungs-Proteste ihren ersten Märtyrer und stießen an die Grenzen direkter Aktion. Sofortige Auswirkung war die Verunsicherung der an den Protesten beteiligten NGOs – Starvehikel wie Jubilee 2000 sagten ihre Demos ab, Gruppen wie die 30.000 Leute zählende französische Anti-Globalisierungs-Gruppe ATTAC waren gezwungen abzuwägen, welches Risiko für ihre Mitglieder tragbar wäre. Noch wichtiger ist, dass diese Schüsse auch den Anspruch der neoliberalen Elite und ihrer Gäste unterminierten, die wahren Interessen der Mehrheit zu vertreten. Brutale Polizeigewalt und der Einsatz scharfer Munition ließen Berlusconis Regierung noch faschistischer als vorher dastehen, während die DemonstrantInnen, besonders nicht-militante Aktionsgruppen wie *Tute Bianche*, wie Anti-Globalisierungs-Heilige wirkten, deren Aktionen in der liberalen Presse als idealistischer Gegensatz zur Gier, Selbstzufriedenheit und Gefühllosigkeit der gewählten Politiker gefeiert wurden. Die Mainstream-Medien auf der ganzen Welt unterschieden weiter zwischen militanten Anarchisten und der Mehrheit der friedlichen Demonstranten – und ignorierten die Tatsache, dass die Proteste ohne die direkte Aktion der Ersteren wohl kaum auf die Titelseiten gekommen wären.

Allerdings war es falsch zu behaupten, die Gewalt des »Black Bloc« sei ein neues und fremdartiges Element oder eine Art »feindliche Übernahme« der Proteste. Zweifelsohne waren die Reihen der DemonstrantInnen von Polizei durchsetzt, aber diese hartgesottenen Autonomen und AnarchistInnen waren sicher keine Protest-Neulinge. Genau wie NGOs und staatenlose ArbeiterInnen waren Autonome und AnarchistInnen von Beginn an dabei. Für einige TeilnehmerInnen war das eine fortgesetzte Belastung, da sie gerne die unstrukturierte, dezentrale und führungslose Ansammlung diszipliniert und zu einer »richtigen« Bewegung gemacht hätten. Auch wenn fast jede/r Beteiligte diese vernetzte, unhierarchische Struktur unterstützt, weil sie einen Gegensatz zu der korporative Globalisierung, einen Aufstand ohne Manifest darstelle, haben sogar Leute, die auf nicht-hierarchische (Des-)Organisation schwören, mindestens ein Jahr lang über den Bedarf an Einheit in der Aktion und an übergeordneter Koordinierung diskutiert, und natürlich über das »Problem der Gewalt« – die potenziell spaltend und kontraproduktiv ist in einem Klima verschärfter staatlicher Repression und Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten.

Zu Beginn dieses Jahres wurde offensichtlich, dass verschiedene Gruppen nun um die zukünftige Ausrichtung der »Anti-Globalisierung« konkurrierten. Der gemeinsame Gegner, die globalen Institutionen, schweißte sie zusammen, konnte aber ihre Differenzen nicht auslöschen, sowohl in Bezug auf ihre Einstellung zu der Struktur der Proteste als auch auf den Gehalt ihres Widerstands. Das Vorgehen in Seattle basierte auf der starken imaginären Identifikation der DemonstrantInnen mit den Anderen, einer Politik der Sympathie mit den Unterdrückten der Welt und der Forderung, dass sie die gleichen Privilegien genießen sollen wie die Reichen.

Aus der Sicht engagierter und einflussreicher KommentatorInnen und AkteurInnen wie *Naomi Klein* oder *Susan George* und *Walden Bello* müsste der nächste Schritt in der Entwicklung der »Anti-Globalisierungs-Bewegung« (solche Begriffe betonen das solidarische, vereinigte Potenzial der Proteste durch ihre nicht-hierarchischen Strukturen) eine Verschiebung vom symbolischen Protest zur Formulierung und Durchsetzung neuer Regulierungen der Globalisierung sein. Jenseits der Aushöhlung und Zersetzung von Logos müssen die Protestierenden beginnen, eine politische Alternative zu formulieren, die sie selbst koordinieren, um ihr ursprüngliches »Nein« in eine genau definierte Forderung nach spezifischer und realisierbarer Politik zu verwandeln. Die neu formierte »Bewegung« muss neue Regeln für die bestehenden nationenübergreifenden Institutionen (IWF, WTO und Weltbank) erarbeiten, um die Kapitalbewegung zu beschränken, die Souveränität der Nationalstaaten vor dem Ansturm der globalen Ökonomie zu schützen und sie zu befähigen, ihre BürgerInnen vor der Tyrannei des Marktes zu retten. Viele Gruppen, von NGOs wie *»Focus on the Global South«* unter *Walden Bello* bis hin zum *World Development Movement*, *No Sweat* und *ATTAC*, teilen die Überzeugung, dass die Proteste und ihnen verwandte Formen des Widerstands sich selbst als eine Bewegung mit klar umrissenen, von allen getragenen Zielen definieren müssen, die sich zugleich als Reformierung und Regulierung des derzeitigen neoliberalen Regimes verstehen. Die Masse der Protestierenden wird sich dann selbst als »richtige Bewegung« erkennen, wenn sie sich einmal auf die Forderung und Umsetzung einer neuen Form der Globalisierung geeinigt hat, in der »Menschen vor Profit« gehen.

Allerdings möchte nicht jede/r, die/der unter dieser Vision einer »Bewegung« subsumiert wird, tatsächlich in dieser Bewegung sein, da gerade der Begriff der »Bewegung« herrschenden politischen und institutionellen Strukturen so verpflichtet ist. Es lässt sich kaum bestimmen, wer zu dieser Tendenz der »Anti-Bewegung« gehört, ohne diese Personen wiederum als eine eigene Bewegung zu verstehen; mit Sicherheit befürchten die AnarchistInnen und Autonomen, einige Leute aus der radikalen Linken und wahrscheinlich auch einige Intellektuelle und WissenschaftlerInnen, die die »Anti-Globalisierung« unterstützen, mit zunehmendem Misstrauen eine frühzeitige Abschwächung oder Begrenzung des ursprünglichen Potenzials der Proteste. Zieht das »Erwach-

Fortsetzung auf Seite 4

Abschlussdokument Porto Alegre – Widerstand dem Neoliberalismus, dem Militarismus und Krieg:

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit

1. Angesichts einer fortwährenden Beschädigung der Lebensbedingungen der Völker, haben wir, die sozialen Bewegungen der ganzen Welt, uns zum zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre getroffen. Wir sind hier aus Verachtung über die Versuche, unsere Bewegung spalten zu wollen. Wir treffen uns deshalb erneut, um unsere Kämpfe gegen Neoliberalismus und Krieg fortzusetzen und die Übereinkünfte des letzten Forums zu bestätigen, dass eine andere Welt möglich ist.

2. Wir sind verschieden: Frauen und Männer, Erwachsene und Jugendliche, Ureinwohner, Bauern und Städter, Arbeiter und Arbeitslose, Obdachlose, Alte, Studenten, Menschen jeglichen Glaubens, jeglicher Farbe, von unterschiedlicher sexueller Orientierung. Der Ausdruck dieser Verschiedenheit ist unsere Kraft und die Basis unserer Einheit. Wir sind eine globale Solidaritätsbewegung, vereinigt durch unsere Bestimmung die Konzentration des Reichtums, die Verbreitung der Armut und der Ungleichheit, sowie die Zerstörung unserer Erde zu bekämpfen. Wir sind dabei Alternativen aufzubauen und wir gebrauchen kreative Methoden, um sie voranzubringen. Wir sind dabei eine breite Allianz gegen ein System zu errichten, das auf Patriarchat, Rassismus und Gewalt beruht, das die Interessen des Kapitals gegenüber den Bedürfnissen und Erwartungen der Völker privilegiert.

3. Dieses System produziert das tägliche Drama von Frauen und Kindern und Alten, die vor Hunger sterben, es produziert die Abwesenheit von Gesundheitsvorsorge und es produziert Krankheiten, denen vorgebeugt werden könnte. Ganze Familien werden gezwungen, ihre Häuser auf Grund von Kriegen, durch den Druck der »Megaentwicklung«, wegen mangelndem Boden, wegen Umweltkatastrophen, wegen Angriffen auf die öffentlichen Dienstleistungen sowie der Zerstörung der sozialen Solidarität aufzugeben. Im Süden wie im Norden werden kräftige Kämpfe und Widerstand hervorgerufen, um die Würde des Lebens zur Geltung zu bringen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

4. Der 11. September bezeichnete eine dramatische Wende. Nach den terroristischen Anschlägen, die wir entschieden verurteilen, so wie wir alle Anschläge auf Zivilisten in jedem Teil der Welt verurteilen, haben die Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten eine gewaltige Militäroperation begonnen. Im Namen des »Krieges gegen den Terrorismus« werden in der ganzen Welt zivile und politische Rechte verletzt. Mit dem Krieg gegen Afghanistan, in dem ebenfalls terroristische Methoden angewandt wurden, und mit den zukünftigen, bereits vorbereiteten Kriegen, befinden wir uns in einem permanenten globalen Krieg. Seine Ausweitung wurde durch die Regierung der USA und ihren Alliierten entfesselt, um ihre Herrschaft zu festigen. Dieser Krieg enthüllt das brutalste und nicht akzeptable Gesicht des Neoliberalismus.

Der Islam wird dämonisiert, während Rassismus und Xenophobie ihre ungehinderte Verbreitung finden. Information und Massenmedien beteiligen sich aktiv an dieser Kriegskampagne, die die Welt in »gut« und »böse« einteilt. Die Opposition gegen diesen Krieg ist eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegungen.

5. Die Situation des Krieges hat nunmehr den Mittleren Orient destabilisiert und den Vorwand für die neuerliche Repression gegen das palästinensische Volk geschaffen. Angesichts der brutalen Besatzung Israels, besteht eine dringliche Aufgabe unserer Bewegung darin, zur Solidarität mit dem palästinensischen Volks zu mobilisieren und seinen Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Das ist lebenswichtig für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.

6. Nunmehr bestätigen weitere neue Ereignisse die Dringlichkeit unserer Kämpfe. In Argentinien verursachte das Scheitern der Strukturmaßnahmen des Internationalen Weltwährungsfonds eine Finanzkrise, deren steigende Schuldenlast die soziale und politische Krise verschärfte. Diese Krise rief spontane Proteste der arbeitenden Klassen und der Mittelschicht hervor, und sie führte zu einer Repression, die Tote forderte, einen Wechsel in der Regierung verursachte und zu neuen Allianzen zwischen den verschiedenen Klassen führte. Mit der Kraft der »Cacerolasos« schaffte es das Volk, sich der grundlegenden Bedürfnisse zu versichern.

7. Der Zusammenbruch des Multis Enron ist ein Beispiel für den Bankrott der Ökonomie eines »Freudenhauses«, und der Korruptheit von Geschäftsleuten und Politikern. Die Arbeiter blieben ohne Anstellung und ohne Pensionen. In den Entwicklungsländern sorgte dieser multinationale Konzern mit seinen betrügerischen Aktivitäten dafür, dass Menschen von ihrem Platz verjagt werden durch die unverhältnismäßige Steigerung der Wasser- und Strompreise.

8. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in ihren Be-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 3

senwerden« aber notwendig eine solche reformistische Reduktion nach sich? AnarchistenInnen und Autonome ebenso wie wissenschaftlich-intellektuelle Vorreiter der Proteste, etwa *Antonio Negri* und *Michael Hardt*, sind sich einig, dass es gilt, einen Ersatz für die oder zumindest eine Ergänzung zu bloßen Protesten zu finden, und sie betonen zudem, dass dies über den Ruf nach Regulierung und Reformen hinausgehen müsse, hin zum Aufbau neuer demokratischer politischer Strukturen. Statt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

nur die Institutionen der Globalisierung umzustürzen, müssen die vielen unterdrückten, ausgebeuteten und wahlrechtlosen BürgerInnen des »Empire« ihre eigene Gegendemokratie aufbauen. Der Anti-Globalisierungs-Kampf muss sich weiterentwickeln, aber vor allem indem er einen Ausweg aus den herrschenden Strukturen globaler und staatlicher Macht sucht – statt einfach in einem Verbesserungsprogramm aufzugehen.

Genua hat sowohl die »regulationistischen« als auch die anti-staatlichen und anti-reformistischen Elemente der ursprünglichen Proteste beeinflusst. *Luca Casarini* von den *Tute Bianche* hat eine Verschiebung vom sozialen Ungehorsam hin zu dem (neo-) autonomen Projekt, »Demokratie anders aufzubauen« (*Negri*), als unverzichtbar bezeichnet. *Casarini* wusste, dass die Provokation der Proteste immer noch nach hinten losgehen und eine öffentliche Reaktion gegen die »Bewegung« als Ganze hervorrufen konnte, hat sich für lokale Aktionen und eine Verstärkung des täglichen Widerstands ausgesprochen. Für »nationalistisch-internationalistische« Trotzkisten (Parteien wie die Socialist Workers Party in Großbritannien und deren Abspaltung Globalise Resistance) bedeutet dieses »die Proteste nach Hause tragen« auch, ihre nationale Gewerkschaftsbewegung neu aufzubauen, Aktionen zu koordinieren und die Forderungen der Anti-Globalisierung in parlamentarische politische Maßnahmen zu übersetzen. Dagegen ist es bei den Autonomen, die sich über ihre Feindschaft gegenüber solcher bürokratischer Vermittlung definieren, wahrscheinlicher, dass sozialer Ungehorsam auf wilde Streiks, Industriesabotage und neue lokale, aber global vernetzte, von Staat oder Gewerkschaften unabhängige Aktionen hinausläuft.

Aus der Sicht der *Tute Bianche* wie der Anarchisten und vieler anderer, konventionellerer »liberaler« Anti-Globalisierungs-AktivistInnen lag die anfängliche Macht der Proteste in ihrem situationsspezifischen, dezentralen Charakter. Daher könnten die Globalisierungsgegnerschaften in ihrer gegenwärtigen risikoreichen Phase der »Konsolidierung« als gezähmt verstanden werden, oder sogar als verraten von supranationalen Körperschaften, Regierungen und der reduzierten Version von Demokratie der NGOs. Dies würde weniger ein erfolgreiches Aufgehen der Proteste in einer lebensfähigen demokratischen Politik zur Folge haben als vielmehr ihre Subsumierung unter die Plattitüden des Dritten Wegs. Was könnte sicherstellen, dass dessen Maßnahmen, wenn die Proteste sich dort einmal eingepasst haben, die angestrebte Regulierung von Kapital durchsetzen, statt einfach nur die Angriffe auf bürgerliche Freiheiten zu verschärfen? Um die Frage weiter zu radikalisieren: Kann Kapitalismus überhaupt fair ablaufen, kann er zu einem Ausgleich gebracht oder durch eine wuchernde Struktur neuer Regulierungsmechanismen gezwungen werden, sich in ein gerechtes System zu verwandeln? Das ist die fundamental »verdrängte« Frage des Anti-Globalisierungs-Kampfes, und interessanterweise dient sie sowohl der Position der Reformisten (der bürgerlichen Gesellschaft, der nationalistischen und internationalistischen Reformisten) als auch derjenigen der autonomen »radikalen Demokraten« als Grundlage.

3. Hatte Genua schon Anlass zu ernsten Selbstbefragungen innerhalb der Anti-Globalisierungs-Bewegung gegeben, so haben die Ereignisse des 11. September die Diskussion auf ein weit düstereres Niveau gedrückt. Die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon haben die Ereignisse von Genua relativiert. Das Problem der Symbolpolitik, welche die Proteste, direkte Aktion und Terrorismus miteinander verbindet, ist auch für verschiedene Gruppierungen der GlobalisierungsgegnerInnen in den Mittelpunkt getreten. Es ist, zumindest auf den ersten Blick, unwahrscheinlich, dass der neue »War on Terrorism« den GegnerInnen der globalen Elite etwas Positives einbringen könnte, die Regierungen dagegen haben einen Blankoscheck für Repressionen erhalten. Alle erwarten eine Verschärfung des bestehenden »Ausnahmezustands«, in dem alle Elemente wirklicher Politik (Konflikte, Widerstand, sogar Kritik) tendenziell kriminalisiert werden. Nach dem 11. September wurden die GlobalisierungsgegnerInnen mit einer Erpressungsformel von oben provoziert: »Entweder ihr seid für uns oder für die Terroristen.« Da die AktivistInnen zu der Entscheidung genötigt wurden, entweder nichts zu tun, ihre Aktionen einzuschränken, oder den Spießrutenlauf durch eine aufleben de polizeistaatliche Gewalt einzugehen, kann es kaum überraschen, dass eine Anti-Kriegs-Bewegung an der Stelle entstand, wo noch ein paar Wochen zuvor die Anti-Globalisierungs-Bewegung war. Nach der Absage der IWF-Konferenz in Washington Ende September und unter dem immensen Druck zu »respektvollem« Verhalten ist auf den Demonstrationen in diesem Herbst eine neue, aber allzu vertraute Form der einfachen Negation formuliert worden: »peace not war«.

Wenn irgendetwas Positives an den Rückwirkungen des 11. September sein sollte, so könnte es die Forcierung einer neuen grundlegenden Infragestellung der Anti-Globalisierung sein. Das könnte sogar eine Konfrontation der Nicht-Gewählten gegen die Nicht-Gewählten gleichkommt. Zudem hat ihr fortgesetzter Widerstand gegen den Neoliberalismus einen Hauch von »Infinite Justice«, der schlechten Unendlichkeit des »War on Terrorism« an sich, eine Politik der permanenten Revolution, in der man den politischen Machthaber wiederholt zur (begrenzten) Aktion zwingt, statt ihn zu verdrängen und selbst die Macht zu übernehmen. Als ein Kampf um Gerechtigkeit statt um Macht ist Anti-Globalisierung kein

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

mit den neoliberalen Grundannahmen bedeuten, die auch von ihren vielfältigen Korporationen geteilt werden, die Anerkennung der Tatsache, dass die bei den Protestierenden vorherrschende Ideologie von Gerechtigkeit und Humanität als solche keine wirklich radikale Alternative zu der des »Washingtoner Konsens« darstellt. Die derzeitige Weltordnung basiert auf demselben offiziellen Bekenntnis zu humanitärer Rechtsprechung, universellen Menschenrechten und natürlich zu demjenigen Ausnahmezustand in internationalen Beziehungen, die diese produziert, wenn es in die Praxis umgesetzt wird (zum Beispiel im Kosovo, im Irak und jetzt auch in Afghanistan). Die positiven Forderungen der Protestierenden sind gar nicht so verschieden von den gemäßigten Vorschlägen der neoliberalen Ökonomie. Die beiden politischen Kernforderungen von *Ya Basta* und die treibende Kraft der *Tute Bianche* sind freie Migration und das Recht auf ein garantiertes Mindesteinkommen – beides politische Wege, »die einst zur Domäne neoliberaler Think-tanks in den Vereinigten Staaten gehört haben«.

Im Allgemeinen haben die Proteste, obwohl sie in der Politik des Dritten Weges zweifellos eine Art Rückkehr des Verdrängten darstellen, auch einen unerklärlichen, undemokratischen »Ausnahme«-Charakter mit der Geopolitik der neuen Weltordnung gemein, die einer Schlacht wirklicher Antikapitalismus – wenigstens noch nicht. Sowohl die neuautonome Forderung nach direkter Demokratie als auch die reformistisch-zivilgesellschaftliche Forderung nach Regulierung und der Wiederherstellung eines irgendwie gearteten Wohlfahrtsstaats setzen das Fortbestehen des Kapitalismus voraus. Das heißt natürlich für keine der beiden, dass sie zurückzuweisen wäre, eher ergibt sich eine neue Gelegenheit, beide Forderungen als verschiedene mögliche Startbahnen für eine letztendliche Ablösung vom Kapitalismus zu verstehen. Ob sie nun diesen radikaleren Exodus explizit erwägen oder nicht, er bleibt trotzdem der interessanteste Subtext der gegenwärtigen Anti-Globalisierung.●

Benedict Seymour ist Filmemacher und lebt in London. Er ist Mitbegründer von »Enduring Freedom«, einem fortlaufend veranstalteten öffentlichen Forum und einer Datenbank für alle, die die sich entwickelnde Weltordnung der Souveränität diskutieren und ihr widersprechen wollen.

Der Text wurde entnommen aus Texte zur Kunst, Heft 44, Dezember 2001, (www.textezurkunst.de), aus dem Englischen übersetzt von Britta Lange, redaktionell gekürzt von Bernd Hüttner.

Abschlussdokument Porto Allegre: Fortsetzung

mühungen die Interessen der großen Unternehmen zu schützen, arrogant die Verhandlungen in Kyoto zur globalen Erwärmung verlassen. Der Vertrag über antiballistische Raketen, die Konvention zur Biodiversität, die Auseinandersetzung zur Reduktion der Lieferung leichter Waffen, zeigen erneut den Unilateralismus der Vereinigten Staaten und ihre Versuche das Finden multilateraler Lösungen für globale Probleme zu sprengen.

9. In Genua ist der G8-Gipfel mit seiner Arroganz einer globalen Regierung vollständig gescheitert. Angesichts einer massenhaften Mobilisierung und des Widerstands, haben sie mit Gewalt und Repression geantwortet, und denunzierten die als Kriminelle, die es wagten zu protestieren. Es gelang ihnen jedoch nicht, unsere Bewegung einzuschüchtern.

10. All das vollzieht sich im Kontext einer globalen Rezession. Das neoliberale ökonomische Modell zerstört die Rechte, die Lebensbedingungen und den Lebensstandard der Völker. Da ihnen jedes Mittel recht ist, ihre Dividenden zu verteidigen, greifen die multinationalen Konzerne zu Kündigungen, kürzen Gehälter, schließen ihre Fabriken und pressen ihre Arbeiter dabei bis zum letzten aus. Die Regierungen antworten angesichts dieser ökonomischen Krise mit Privatisierungen, mit Kürzungen im Sozialhaushalt und einer andauernden Beschneidung der Arbeiterinnen und Arbeiterrechte. Diese Rezession beweist die Tatsache, dass die neoliberalen Versprechungen von Wachstum und Prosperität eine Lüge sind.

11. Die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität steht gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Ihr Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit verlangt die Auseinandersetzung mit der Armut, der Diskriminierung, bedarf der Herrschaft und der Schaffung einer erträglichen alternativen Gesellschaft. Die sozialen Bewegungen verurteilen mit aller Entschiedenheit die Gewalt und den Militarismus als Instrumente zur Lösung von Konflikten. Sie verurteilen die Führung von Kriegen auf niederer Stufe, die Militäroperationen des Plan Colombia, als Teil einer Initiative in der Andenregion, sie verurteilen den Plan Puebla Panama, den Waffenhandel, das Anwachsen der Militärausgaben, die ökonomischen Embargen gegen Völker und Nationen, insbesondere gegen Kuba und Irak, und sie verurteilen die wachsenden Repressionen gegen Gewerkschafter und Aktivisten. Wir unterstützen die Kämpfe der Gewerkschaften und Arbeiter des informalen Sektors, die ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen darstellen, wir treten ein für das effektive Recht, sich zu organisieren, zu streiken, für das Recht auf Gegenwehr auf verschiedenen Ebenen, für gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer. Wir lehnen Sklaverei und die Ausbeutung von Kindern ab. Wir unterstützen die Kämpfe der Arbeiter und Gewerkschaften gegen Flexibilität, gegen die Auslagerung von Arbeit, gegen Kündigungen und wir verlangen neue internationale Rechte für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Multis und ihrer Zulieferer, insbesondere das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung und das Recht auf kollektiven Widerstand.

12. Die neoliberale Politik schafft weiteres Elend und weitere Unsicherheit. Sie hat in unerhörter Weise den Sexhandel und die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern erhöht, was wir mit aller Kraft verurteilen. Armut und Unsicherheit führen auch zur Migration von Millionen Menschen, deren Würde, Freiheit und deren Rechte negiert werden. Deshalb verlangen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht auf physische Integrität, und ein Rechtsstatut für alle emigrierten Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir unterstützen die Rechte der Ureinwohner und die Anwendung des Art. 169 Oil im Rahmen der nationalen Gesetzgebungen.

13. Die Auslandsverschuldung der südlichen Länder ist schon mehrfach zurückgezahlt worden. Die illegitime, ungerechte und betrügerische Verschuldung dient als Herrschaftsinstrument, beraubt die Völker ihrer fundamentalen Menschenrechte und hat nur das eine Ziel, die internationale Wucherei zu steigern. Wir verlangen die bedingungslose Streichung der Schuldenlast und die Wiedergutmachung für historische, soziale und ökologische Schulden. Die Länder, welche die Zurückzahlung der Auslandsschulden fordern, vollziehen die Ausbeutung der Naturressourcen und der Intellektuellen des Südens.

14. Wasser, Erde, Nahrung, Wald, Saatgut und die Identität der Völker sind Allgemeingut der Menschheit, der augenblicklichen und zukünftigen Generationen. Eine wichtige Aufgabe ist der Schutz der Biodiversität. Die Völker haben ein Recht auf gesunde und regelmäßige Ernährung, die frei von genmanipulierten Organismen ist. Die Souveränität der Ernährung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stellt ein fundamentales Menschenrecht dar. Und in diesem Sinne ergeben sie die fundamentalen Forderungen nach Agrarreform und Land für die Bauern.

15. Der Gipfel von Doha bestätigte die Illegitimät der WTO. Diese »Agenda der Entwicklung« verteidigt in der Wirklichkeit einzig die Interessen der multinationalen Konzerne. Mit der Einleitung einer neuen Runde, ist die WTO ihrem Ziel näher gekommen, jeden Gegenstand in eine Ware zu verwandeln. Für uns sind Nahrung, öffentliche Dienstleistungen, Agrikultur, Gesundheit, Bildung und Gene keine verkäuflichen Dinge. Außerdem lehnen wir die Patentierung jeder Lebensform ab. Die Agenda der WTO wird auf kontinentaler Ebene durch die Abkommen zum freien Handel und Investment weiter ausgedehnt. Durch Proteste wie Demonstrationen gegen die Alca, zeigen die Völker, dass sie diese Abkommen ablehnen. Sie bedeuten die Neokolonialisierung und die Zerstörung fundamentaler Werte auf sozialem, ökonomischem, kulturellem und ökologischem Gebiet.

16. Wir wollen unsere Bewegung durch allgemeine Aktionen und Mobilisierung weiter stärken: für soziale Gerechtigkeit, für Respekt von Recht und Freiheit, für Lebensqualität und Gleichheit, für Würde und Frieden.

Wir kämpfen:

- Für Demokratie: die Völker haben ein Recht die Entscheidungen ihrer Regierungen zu kennen und zu kritisieren, besonders, wenn sie internationale Institutionen betreffen. Die Regierungen müssen ihren Völkern gegenüber verantwortlich handeln. Während wir die Verbreitung der Demokratie durch Wahlrecht auf der ganzen Erde unterstützen, betonen wir gleichzeitig die Notwendigkeit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und den Kampf gegen die Diktatur.
- Für die Streichung der Auslandschulden und ihrer Wiedergutmachung.
- Gegen Spekulationen: Wir fordern die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobin Tax und die Abschaffung der Steuerparadiese.
- Für Informationsrecht.
- Gegen Krieg und Militarismus; gegen ausländische Militärbasen und Einmischung, sowie gegen die systematische Eskalation von Gewalt. Wir ziehen es vor, Verhandlungen und gewaltlose Lösungen von Konflikten zu bevorzugen.
- Für eine demokratische und soziale Europäische Union, die sich an den Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter und denen der europäischen Völker orientiert sowie der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Völkern des Ostens und Südens.
- Für die Rechte der Jugend, den freien Zugang zu öffentlicher kostenloser und sozial autonomen Bildung; Abschaffung der Wehrpflicht.

Für die kommenden Jahre organisieren und mobilisieren wir kollektiv:

Im Jahr 2002:
8. März: Internationaler Tag der Frauen
17. April: Internationaler Tag der Kämpfe der Bauern
1. Mai: Tag der Arbeiter und Arbeiterinnen
12. Oktober: Schrei der Ausgegrenzten
16. Oktober: Tag der Ernährung

Weitere globale Veranstaltungen finden statt:
15.-16. März – zum EU-Gipfel in Barcelona
18.-22. März – Monterrey (Mexiko), zur UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung
17.-18. Mai – zum lateinamerikanisch, karibisch, europäischen Gipfel in Madrid
31. Mai: internationaler Aktionstag gegen Militarismus und für Frieden
12. Juni: Rom, zum Welternährungsgipfel
22.-23. Juni: Siviglia, zum EU-Gipfel
Juli: Toronto und Calgary (Canada), zum G8-Gipfel
22. Juli: USA, Kampagne gegen Coca Cola
September: Johannesburg (Südafrika) zum Rio + 10
Oktober: Quito (Ecuador), Kontinentales Sozialforum »Eine neue Integration ist möglich« sowie weitere Sozialforen auf regionaler und kontinentaler Ebene
November: Kuba, zum zweiten Treffen der Region gegen die Alca
Dezember: Kopenhagen, zum EU-Gipfel

Im Jahr 2003:
April: Buenos Aires (Argentinien), zum Alca-Gipfel
Juni: Tessalonica, zum EU-Gipfel
WTO, Weltbank und FMI treffen wir bei jeder Gelegenheit – und wir sind da!!!

Übersetzung: G.Melle, Ortenau-Zeitung

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Botschaft des grünen Ministers ist eindeutig, Pazifisten sollen die rot-grüne Aufrüstungspolitik im Rahmen der EU und der Nato sowie die deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen mittragen, sollen erkennen, dass die früheren pazifistischen Grundlagen der grünen Partei nicht zerstört, sondern in einer neuen Form, militärisch modernisiert, erhalten geblieben sind. Doch ehe sich jemand für den kurzen Marsch in den Bellipazifismus entscheidet, sollte er zumindest die folgenden Fragen bedenken.

- Ist der Einsatz militärischer (nicht polizeilicher!) Mittel mit dem grundsätzlichen Ziel von Pazifismus vereinbar, die kriegerische Bearbeitung von Konflikten zu Gunsten ziviler Formen der Konfliktbearbeitung zu überwinden? Die Bereitschaft zu militärischen Interventionen erfordert permanente Aufrüstung. Denn nur wer überlegen ist, kann intervenieren.
- Steht nicht hinter dem Gedanken des Bellipazifismus die Vorstellung, es gäbe gutes Militär und gute Staaten, die für eine gerechte Sache humanitär intervenierten? Denkt man weiter, gelangt man zu der Figur des »Gerechten Krieges«, einer Figur, die ideologisch die ungerechten Kriege stets legitimieren sollte. Sind etwa die USA, die Führungsmacht der Anti-terroristischen Allianz eine solche gute und gerechte Macht?
- Sind die »Kollateralschäden« an Unbeteiligten (in Afghanistan übersteigt mittlerweile die Zahl der Bombentoten die der Toten von Manhattan) und die Zerstörung der afghanischen Infrastruktur, die viele weitere Menschen im harten Winter das Leben kosten dürfte, menschenrechtlich vertretbar? Bei wie viel Kollateral-Toten endet die »humanitäre« oder »antiterroristische« Intervention und wird selbst zum Terror? Werden in Afghanistan nicht vielmehr Bedürfnisse nach Rache und Vergeltung bedient, als eine Weltinnenpolitik angestoßen?
- Die EU rüstet mit aktiver Beteiligung von Rot-Grün für weltweite Militärinterventionen auf. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Prävention und zivile Konfliktbearbeitung lächerlich gering. Kofi Annan bringt es auf den Punkt: »Die Welt gibt heute Milliarden für die Vorbereitung von Krieg aus, sollten wir nicht wenigstens ein oder zwei Milliarden für die Vorbereitung des Friedens einsetzen?« Wie glaubwürdig ist angesichts dieses Missverhältnisses das Bekenntnis zur »prima ratio« zivile Konfliktbearbeitung? Zumal von der rot-grünen Bundesregierung bereits zweimal innerhalb einer Legislaturperiode zur »ultima ratio« Krieg gegriffen wurde? Waren die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan tatsächlich Ausnahmefälle oder nicht doch Präzedenzfälle?
- Die neue Situation, die bellipazifistische Antworten erfordere, sei u.a. dadurch gekennzeichnet, dass sich Massenvernichtungsmittel in den Händen von »Terroristen« befänden, wie Volmer unbewiesen behauptet. Nun sind Massenvernichtungsmittel, also Terrorwaffen, haushoch überwiegend in den Händen der Staaten der Anti-Terrorallianz, die nebenbei im wesentlich für die Verbreitung solcher Waffen per Rüstungsexport in der ganzen Welt gesorgt hat. Deutschland ist bei den Rüstungsexporten in der Weltspitzengruppe dabei. In der Allianz befinden sich Staaten, die nachweislich Staatsterrorismus betreiben, der in seinen Folgen weit über die verbrecherischen Anschläge auf World-Trade-Center und Pentagon hinaus geht. Hat das AA dies noch nicht erkannt, oder sollen im Rahmen der Formierung des Bellipazifismus etwa der russische Terrorkrieg in Tschetschenien oder die Menschenrechte verachtende und friedensfeindliche Behandlung der Kurden im Südosten und Osten der Türkei als anti-terroristische zivile Strategie weltinnenpolitisch neu interpretiert werden?
- Wie kann man sich Volmers aufdämmernde neue Weltinnenpolitik vorstellen, wenn die USA sich weder an internationales Recht halten und noch nicht einmal mit ihren Verbündeten ihre Politik abstimmen? Wenn sie den ABM-Vertrag, ein wichtiges Element der internationalen Rüstungskontrollpolitik, einseitig kündigen, um das Wettrüsten durch ein neues Raketenabwehrsystem, das alle anderen fürchten, voran zu treiben, einen Weltstrafgerichtshof und Verträge für die Kontrolle von Massenvernichtungsmitteln blockieren usw. ? Gleichzeitig werden den Vereinten Nationen Aufräum- und Ausputzerfunktionen nach Militärinterventionen zugewiesen. Den Zivilen Diensten geht es nicht besser. Die NATO, Volmer beschwört die Bündnissolidarität, will sogar ausdrücklich in ihrer »Neuen Strategie« notfalls auch gegen internationales Recht und die Verpflichtungen gegenüber den UN bei wichtigen eigenen Interessen militärisch vorgehen. Versteht Rot-Grün das und die entdemokratisierenden »Sicherheitspakete« unter Weltinnenpolitik? Na, danke!
- Eine letzte kurze Frage: Bellipazifismus Volmer'scher Machart hat sicher etwas mit dem Versuch zu tun, eine scheinbar pazifistische Legitimation für die rot-grüne militärische »Realpolitik« zu finden und so die Anhänger der grünen Partei bei der Fahne zu halten. Doch hat er auch etwas mit der Realität von Menschen überall auf der Welt, deren Menschenrechte zutiefst und in vielfältiger Weise missachtet und verletzt werden, und dem Streben nach Überwindung von Krieg zu tun? Geht es nicht eher darum, Deutschland machtpolitisch neu zu positionieren, nämlich als »normale« militärische Großmacht?

Freundlich grüßend für das
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Volker Böge und Theo Christiansen (Geschäftsführender Vorstand des Komitees) Andreas Buro (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees)

ATTAC, Berlusconi und eine andere Welt

Auf der Berlinale war unter den Sondervorführungen ein italienischer Kollektivfilm über den G-8-Gipfel in Genua zu sehen.

Das Projekt war lange geplant. Über 30 Regisseure und zahlreiche weitere italienische Filmschaffende schlossen sich zusammen, darunter Ettore Scola (Die Familie), Mario Monicelli, Francesco Maselli, Gillo Pontecorvo, Damiano Damigiani, die Brüder Taviani, Woody Allens Kameramann Carlo di Palma und der frühere Biennale-Leiter Carlo Lizzani. Ihr Ziel: Die Aktivitäten der ATTAC-Bewegung rund um den G8-Gipfel in Genua zu erfassen und davon ein anderes Bild zu zeigen, als es die Massenmedien bis dahin meist verbreitet hatten. Durch sie – und durch die suggestive Bezeichnung ATTAC – war der Eindruck von einer Horde Krawallmacher entstanden.

Der Film sollte die andere Seite zeigen – Menschen, die Genua zum Ort eines friedlichen Happenings machen, die nach Alternativen zum Liberalismus und der fortschreitenden Verarmung der dritten Welt suchen. Statt der 40.000, die die Polizei erwartet hatte, kamen 300.000 Teilnehmer. Der Film, der fast ohne Worte auskommt, zeigt Momentaufnahmen aus der Stadt. Der Hafen von Genua scheint plötzlich das Malecon von Havanna zu sein, dann fühlt man sich in den Karneval von Rio de Janeiro versetzt. Man sieht bunte multikulturelle Bilder, tanzende, fröhliche Menschen. Alle handeln sie aus einer einzigen Motivation heraus: Sie wollen eine andere Welt, und sie behaupten: »un mondo diverso è possibile, eine andere Welt ist möglich«.

»Wir sind die erste weltweite Bewegung«, sagt eine Teilnehmerin, »die einzig für eine bessere Welt kämpft, frei von Interessen und Ideologien«. Bekanntlich wurde das Filmprojekt von einer anderen Wirklichkeit eingeholt – der zweite Teil zeigt Bilder von der Eskalation und vom Tod des Demonstranten. Der Intention, einer Utopie Farbe zu verleihen, bleiben die Regisseure treu: Francesco Maselli und Mauro Berardi waren soeben beim alternativen Weltsozialforum in Porto Allegre und haben wieder gefilmt. Der Titel erneut: Eine andere Welt ist möglich.

Der Film sollte ursprünglich auf der Biennale in Venedig gezeigt werden. Fast dieselben Filmschaffenden, die am kollektiven Film beteiligt waren, trafen sich kürzlich in Rom auf einer Versammlung, auf der Ettore Scola zum »Widerstand« gegen die Kulturpolitik Berlusconis aufrief. Gerade war bekannt geworden, dass Berlusconi nach dem Leiter der Biennale von Venedig, Alberto Barbera, nun auch der Leiter des Cinema Sperimentale, der nationalen Filmschule vorzeitig ersetzt worden war.

Sladja Blazan

Siehe auch Interviews mit Mauro Berardi und Francesco Maselli auf Seite 6.

ATTAC, BERLUSCONI UND EINE ANDERE WELT

»Kein anderer Film hat mir so viel gegeben«

Interview mit Mauro Berardi, Produzent des Films »Un mondo diverso è possibile« (siehe auch Bericht zur Sondervorführung auf der Berlinale, Seite 5)

Wer hatte die Idee, diesen Film zu drehen?

Citto Maselli, der schon früher Erfahrung gesammelt hatte mit solchen Kollektivunternehmen.

Hatte er die Idee schon vor den Ausschreitungen auf dem Genua-Gipfel?

Ja, vorher! Da wussten wir absolut noch nicht, was passieren würde. Zwei Wochen vor Genua haben wir die Teams zusammengestellt.

War es schwer, so viele Filmschaffende für das Projekt zu gewinnen?

Im Gegenteil, es wurden zu viele. Vielen mußten wir absagen.

Wie gingen Sie praktisch vor? Wie sammelten Sie das Material?

Wir haben für die 35 Regisseure 25 Miniteams gebildet, je bestehend aus einem Regisseur, einem Kameramann und einem »Runner«, der sich vor Ort auskannte. Die Drehorte suchten wir nach thematischen Gesichtspunkten aus und gingen dann zum Filmen hin. Jeden Abend kam das Material herein und wurde geordnet und katalogisiert. Wir hatten ein Hauptquartier, wo sich alle versammelten und von wo die Teams wieder hinausgeschickt wurden. Insgesamt haben wir 300 Stunden Material verdreht.

Oft hat man den Eindruck, daß die Ereignisse im Film gar nicht in Genua stattfinden, sondern z.B. in Südamerika. Alles wirkt sehr multikulturell.

Sicher, es sind ja auch Leute aus der ganzen Welt da bei diesen antiglobalen Veranstaltungen. Das macht ihren Reiz aus. Jetzt wieder in Porto Allegre. Nein, alles was man im Film sieht, ist in Genua passiert. Aus dem Material haben wir zwei Filme gemacht. Der erste, »Genua per noi«, ist ein anklagendes Video von Paulo Petrangeli, Wilma Labate etc,. Darin finden sich die härtesten Szenen und die Auseinandersetzungen. Der andere ist »Un mondo diverso è possibile« von Maselli, Scola, Monicelli, Pontecorvo, Soldini und vielen anderen und betont mehr den verbindenden internationalen Charakter.

Warum wurde der Film nicht in Venedig gezeigt?

Weil er noch nicht fertig war. Deshalb gab es dort nur eine Pressekonferenz.

Also spielten keine politischen oder ästhetischen Gründe mit?

Nein, absolut nicht. Nur das Material war noch nicht fertig.

Ist dieser Film ein Pro-Attac- oder ein Anti-Berlusconi-Film?

(lacht) Ein Film gegen den G8-Gipfel, nicht gegen Berlusconi. Wenn man aber jetzt liest, dass dieselben Leute, die sich daran beteiligten, nun zum Widerstand gegen die italienische Kulturpolitik der Disziplinierung aufrufen, könne man meinen, dass dieses politische Stellungbeziehen mit dem G8-Film begonnen hat. Der Film war jedenfalls gegen etwas gerichtet, was die ganze Welt betrifft. Ettore Scola und andere schlagen dann natürlich auch ihre eigenen Schlachten.

Wie ist die Situation für die Filmschaffenden jetzt? Gerade wurde der Direktor der nationalen Filmschule Italiens, Lino Micciché, vorzeitig abgelöst.

Die Rechte tauscht zur Zeit die Film- und Fernsehspitzen aus. Nur: Leider haben sie zuvor eben die Wahlen gewonnen. Wir protestieren und tun, was wir können, aber ob es viel hilft, wissen wir nicht.

Die italienische Botschaft in Berlin wollte die Veranstaltung »nicht ausdrücklich« unterstützen. Verstehen Sie das?

Ich verstehe das schon. Sie erinnern sich vielleicht, dass ich den Film »Il caso Moro« produziert habe. Den hat Moritz de Hadeln damals gegen den Willen der italienischen Regierung ins Programm genommen. Ich kenne die Mechanismen also! Es ist nicht das erste Mal, dass mir so etwas passiert. Aber der Film ist politisch, weil er gegen den G8-Gipfel gerichtet ist.

Was bedeutet es für Sie, daß über die Initiative Friedensfilmpreis die Projektion des Films möglich wird, obwohl er eigentlich nicht ins offizielle Berlinale-Programm passte?

Ich fühle mich in meiner Arbeit bestätigt und freue mich, den Film vorstellen zu können. Ich hatte schon viele große Erfolge, aber so viel persönliche Genugtuung wie dieser hat mir zuvor noch kein anderer Film gegeben.●

»Un mondo diverso è possibile«, Italien 2001 - Regie: Franco Maselli, Gillo Pontecorvo

INTERVIEW MIT FRANCESCO MASELLI

Ein Laboratorium des Schlechteren

Signor Maselli, kürzlich fand eine Versammlung der Filmschaffenden statt, zu der Sie angeregt haben. Dabei wurde der Kulturpolitik von Berlusconi der Widerstand angesagt ...

»Widerstand« könnte falsch, zu passiv verstanden werden. Wir haben viele Ideen. Auch der Widerstand gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus war ja mit dem Projekt einer anderen Welt verbunden. In diesem Sinn sind wir gegen die Mechanismen, die jetzt eingeleitet worden sind: dagegen und konstruktiv zugleich.

Dienen diese Mechanismen der Gleichschaltung der italienischen Kulturwelt?

Die Gefahr ist da, aber ich will nicht zu holzschnittartig argumentieren. Die Tendenz geht dahin, dass an die Stelle kompetenter Fachleute Parteigänger der Rechten ohne Erfahrung treten. Paolo Baratta zum Beispiel, der bis vor kurzem die Biennale von Venedig leitete, hat eine großartige Arbeit gemacht und die Biennale auf den Weg einer völligen Umstrukturierung gebracht. Sie ist jetzt ständig aktiv, nicht nur während der Festivals. Sein Nachfolger, Franco Barnabé, hat auf diesem Gebiet keinerlei Erfahrung und behindert diesen Prozess natürlich. Noch Schlimmeres passiert zur Zeit mit dem Centro Sperimentale, der nationalen Filmschule. Dort hat man an die Stelle eines ausgewiesenen Filmfachmanns, Lino Micciché, einen Soziologen auf den Chefsessel gesetzt. Der Mangel an Kompetenz führt zur Zerstörung ganzer Kulturzweige. Das kann auch Berlusconi nicht wollen.

Die offizielle Argumentation lautet aber, das sei nur die Konsequenz aus der Einführung des amerikanischen »spoil systems«. Wenn eine neue Regierung an die Macht kommt, soll sie die Führungskräfte in den gehobenen Positionen austauschen.

Ja sicher, das hat seinen Ursprung im Votum für das Mehrheitswahlrecht, das Italien zweigeteilt hat, weshalb ich persönlich dagegen war. Aber dieses System zwingt einen doch nicht, gleich alle auszutauschen. Es ist doch völlig überzogen, einen, der gute Arbeit gemacht hat, durch einen ahnungslosen Funktionär zu ersetzen. Die Rechte hat beim Kino nur wenige Experten: Zefirelli und Squitieri, nur die zwei. Deshalb müssten sie eigentlich sehen, was sie alles zerstören, selbst von ihrem Standpunkt aus. Es ist typisch italienisch, widersprüchlich, und soweit normal. Aber hier haben wir uns ein Laboratorium des Schlechteren eingehandelt.

Nun soll ein Neofaschist in den EU-Konvent, der die europäische Reformdebatte führen soll: Gianfranco Fini, der sich kürzlich von der Äußerung nur lau distanziert hat, Mussolini sei der bedeutendste Mann des 20. Jahrhunderts.

Das ist gefährlich, was soll ich sonst dazu sagen. Symbolischer geht es nicht: Fini, einen Vertreter der äußersten Rechten zum Repräsentanten Italiens in einem so bedeutenden Gremium zu machen. Es wird immer schlimmer.

Sehr viele italienische Filmschaffende, die sich jetzt gegen Berlusconis Kulturpolitik auflehnen, waren am kollektiven Film über den G8-Gipfel von Genua beteiligt. Was bedeutet es für sie, dass der Film jetzt, obwohl er aus formalen Gründen in das offizielle Programm der Berlinale nicht hineinpasste, in Berlin doch noch vor der internationalen Presse vorgestellt werden kann?

Zuerst einmal ist es die Anerkennung einer großen kollektiven Anstrengung aller, die sich an diesem Film beteiligt haben; das Anliegen von ATTAC, die 1.000 regionalen Kulturen zu stärken, ist sehr wichtig. Dann werden wir auch unser Möglichstes tun, von dort aus einen Appell zum konstruktiven Widerstand gegen die Verarmung der italienischen Kultur zu richten.●

SELBSTDARSTELLUNG:

Die Bewegungsstiftung – Anstöße für gesellschaftlichen Wandel

Die umfangreichen Proteste gegen die Castortransporte und den Atomkonsens, die Entstehung einer breiten globalisierungskritischen Bewegung im Zuge der Ereignisse von Genua, das Wiedererstarken der Friedensbewegung gegen die Militärschläge der USA in Afghanistan – das zurückliegende Jahr war geprägt durch das Entstehen oder die Wiederbelebung sozialer Bewegungen. Nach dem Bedeutungsverlust und der Orientierungslosigkeit vieler dieser Bewegungen in den neunziger Jahren entsteht wieder Druck von der Straße für grundlegende politische Veränderung.

Verden ● Vor diesem Hintergrund kommt der Gründung einer Stiftung zur Förderung sozialer Bewegungen um so mehr Bedeutung zu. Die Idee der Stiftung ist so einfach wie bestechend: Viele Aktivitäten sozialer Bewegungen scheitern immer wieder an mangelnden finanziellen Ressourcen. Auf der anderen Seite gelangen viele Aktive oder ehemals Aktive zu kleineren oder auch größeren Vermögen. Viele scheinen bereit zu sein, einen Teil ihres Vermögens einer Stiftung zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen ungewöhnliche, kreative und gewagte Aktionen genauso förderungswürdig sein, wie langfristig angelegte Kampagnen. Und alle an der Stiftung beteiligten Gruppen, sollen über die Förderung entscheiden. In jährlichen Strategiewerkstätten treffen StifterInnen, AktivistInnen aus den geförderten Projekten, BewegungsforscherInnen und die Mitglieder des Stiftungsrats zusammen und diskutieren die Förderprogramme der Stiftung. »Die Idee lernten wir in den USA kennen«, so Christoph Bautz, einer der Initiatoren der Stiftung und seit langem in sozialen Bewegungen aktiv. »Doch in Europa hat die Idee bisher noch keine Nachahmer gefunden. Wir betreten da Neuland.«

Sozialer und politischer Wandel ist Programm – das gilt bei der Bewegungsstiftung nicht nur für die Verwendung der Erträge aus dem Stiftungsvermögen sondern auch für die konsequent ethische Anlage des Kapitals. Dabei erweist sich die ethische Anlage als schwieriger als erwartet. Zwar ist das Angebot in den vergangenen Jahren sprunghaft gewachsen – immerhin sind über eineinhalb Milliarden Euro inzwischen ethisch angelegt – der Dschungel der Angebote wird aber immer dichter. Für AnlegerInnen besteht kaum Transparenz und ein gemeinsames Gütesiegel gibt es bislang nicht. Die Stiftung will versuchen, den Dschungel zu lichten und wird einen Teil ihres Kapitals als Direktkredit an Projekte vergeben, die einen alternativen Lebens- und Arbeitsstil zum Ziel haben.

Die Bewegungsstiftung beschränkt sich nicht nur auf die ethische Anlage des eigenen Kapitals. Sie will auch die Menschen unterstützen, die Teile ihres Vermögens im Sinne ihrer politischen Ideale einsetzen wollen. Seminare zum verantwortlichen Umgang mit Vermögen zeigen unterschiedliche ethische Investmentstrategien auf und werfen einen kritischen Blick auf so manche Geldanlage, die mit grünem Label winkt. Christoph Bautz weiß aus eigener Erfahrung zu berichten: »Lange habe ich mich nicht mit den Chancen ererbten Vermögens für die Unterstützung der eigenen politischen Ideale auseinandergesetzt. Und als ich damit begann, war ich ziemlich auf mich allein gestellt.« Die Stiftung wird mit ihrem Seminarangebot nun Menschen in ähnlichen Situationen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ein Novum in der deutschen Stiftungslandschaft stellt auch die Förderung von »BewegungsarbeiterInnen«, Menschen die mit einem Großteil ihrer Zeit in sozialen Bewegungen aktiv sind. »Bei vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern musste ich erleben, dass politisches Engagement in sozialen Bewegungen auf die Lebensphase vor dem Berufsleben beschränkt ist. Soziale Bewegungen verlieren dadurch immer wieder viel Wissen und langjährige Erfahrungen«, berichtet Christoph Bautz aus der eigenen Vergangenheit. Doch politisches Engagement muss nicht kostspieliger Luxus sein. Die Bewegungsstiftung möchte es mehr Menschen ermöglichen, politisches Engagement in sozialen Bewegungen über Jahrzehnte hinweg in ihr Leben zu integrieren. Die Stiftung hilft diesen BewegungsarbeiterInnen, einen Kreis von PatInnen aufzubauen, die die Arbeit finanziell fördern. Begonnen hat die Unterstützung mit dem Anti-Atom-Aktivisten Jochen Stay. Im November letzten Jahres kamen die freie Journalistin Karin Leukefeld, die Feministin und Antimilitaristin Ferda Ülker vom Verein der KriegsgegnerInnen Izmir und der Anti-Atom-Aktivist Holger Isabelle Jänicke hinzu.●

Weitere Informationen über die Bewegungsstiftung, Seminare zum ethischen Umgang mit Vermögen und Stiftungsinteressiertentage bei:
Die Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden,
Tel.: (0 42 31) 95 75 40, Fax 95 75 41
Email: info@bewegungsstiftung.de
www.bewegungsstiftung.de

Kampagne zur Biopiraterie

Auf dem Seminar des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) »Rio plus 10: die Neuauflage des Modernisierungsmärchens 'nachhaltige Entwicklung'?« Ende Januar in Frankfurt/M. entstand die Idee, eine Kampagne zum Thema »Biopiraterie« vorzubereiten. Denn entgegen der öffentlichen Wahrnehmung geht es im Bereich biologische Vielfalt nicht nur um deren dramatische Erosion durch die Abholzung von Regenwäldern oder landwirtschaftliche Monokulturen. An den einzelnen »Komponenten« biologischer Vielfalt, den sog. »genetischen Ressourcen«, gibt es durch die neuen Biotechnologien und insbesondere die Gentechnologie massive ökonomische Interessen.

An dem Thema kann exemplarisch verdeutlicht werden, wie in den wichtigen Bereichen Ernährung und Medizin eine »neue Art genetischen Kolonialismus« (Third World Network) entsteht und wie staatliche Politik sowie nördliche Pharma- und Agrarkonzerne darin versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Dazu spielen Fragen wie Patente auf Leben, neoliberale Politik, die Diskussion um »nachhaltige Entwicklung« aber auch die Rechte indigener Völker und wachsende Kritik und Widerstand an Biopiraterie eine Rolle.

Ein inhaltlicher Workshop zur Einarbeitung findet am Samstag, 23. bis Sonntag, 24. März, in Verden bei Bremen statt. Auf dem BUKO 25 (9. bis 12. Mai) in Frankfurt/M. wird es eine weitere Arbeitsgruppe geben.

Kontakt: Jutta Sundermann (jutta.s@jpberlin.de)
Ulrich Brand (ulibrand@gmx.de)

HOPPETOSSE-NETZWERK:

Selbstorganisation

Organisierung von Unten

I. Gesellschaftliche Konstruktionen und Mechanismen des Sozialverhaltens wirken weiter

Viele Menschen werden in diesem System krasser unterdrückt als andere. Dazu gehören beispielsweise Frauen, Homosexuelle oder ethnische Minderheiten. Auch gehen alle Menschen anders mit ihrer Unterdrückungssituation um. Je nach Charakter und Sozialisation reagieren die Individuen unterschiedlich auf Bevormundung, Dominierung, Herumkommandierung, Bestrafung und ähnlichem. Derlei Dinge haben wir alle erfahren: in der Schule, im Elternhaus, in der Uni, in der Arbeit, auf dem Spielplatz und so weiter. Immer wieder wurde uns beigebracht, wir seien unmündig, manchen mehr, manchen weniger. Das typische Verhalten, das mensch benötigt, um sich **gegen andere durchsetzen** zu können und **im Kampf der Diskussion** zu bestehen, ist, ebenso wie diese Logik, ein patriarchales Mackertum: Laute, am besten tiefe Stimme, **harte** Argumente, rhetorisch gute, grammatikalisch und anderweitig fehlerfreie, akzentfreie Sprache, Erniedrigung des Gegners, verbale Intrigen, bedrohliche Gestik und Gebärde.

Dadurch werden Menschen, die diese Mittel nicht beHERRschen oder als in der gesellschaftlichen Hierarchie tieferstehend sozialisiert sind, also gelernt haben, dass sie nichts zu sagen haben oder sich nichts sagen trauen, davon abgehalten, sich einzubringen, oder ihr Beitrag wird im Vergleich zu dem der dominierenden Personen nicht als gewichtig wahrgenommen, relativ unabhängig von der inhaltlichen Qualität.

Symptome sind die in den meisten Gruppen vorhandenen »SchweigerInnen« und »VielrednerInnen«, sowie die Tatsache, dass manche »alles« tun und andere gar nicht aktiv sind. Die resultierende Überlastung einiger und Passivität anderer führt zur (teilweisen) Handlungsunfähigkeit der Gruppe, vor allem verglichen zu dem Potential, dass in einer gleichberechtigten Aktivität aller entstehen würde.

I.a) Lösung von Oben:

● Verregelung (z.B. Frauenquote).

Wenn in der Gruppe ein Bewusstsein für diese Problematik besteht, versucht sie, dem etwas entgegenzusetzen. Meist handelt es sich dabei um verbürokratisierte, formalisierte Regeln, beispielsweise Quoten für Frauen oder Minderheitengruppen bei der Besetzung von Ämtern und Posten.

I.b) Lösung von Unten:

● Die Gruppe muss eine **allgemeine Analyse** von Herrschafts-und Diskriminierungsmechanismen vornehmen, permanent weiterentwickeln und zum festen Bestandteil der politischen Arbeit machen.

● Um die gesellschaftlichen Konstruktionen abzubauen und die Handlungsfähigkeit zu steigern (siehe Text der Gruppe »HierarchNIE« auf www.hoppetosse.net), ist es hilfreich, sich **kreative Gruppenmethoden** anzueignen und diese anzuwenden und weiterzuentwickeln. Es handelt sich dabei wahrscheinlich um ein permanentes Experiment, in dem die Ergebnisse immer wieder überdacht und Methoden geändert werden müssen, damit eine für alle akzeptable, optimale Situation in der Gruppe entsteht. Das typischste Beispiel für so ein Problem ist wohl das **Plenum**, das immer wieder benutzt und immer wieder als **unzureichend** verteufelt wird, *weil eben doch nicht alle sprechen, obwohl sie »eigentlich« könnten*; und weil hier Mackertum sich am leichtesten durchsetzen kann.

Alternative Diskussions- und Entscheidungsfindungsmethoden sollten unbedingt ausprobiert werden.

● Dieser interne Prozess von Veränderung muss mit einer nach **außen gerichteten politischen Arbeit** gegen soziale Konstruktionen verbunden sein. So kann in der Gesellschaft, oder zumindest im Umfeld ein Diskussions- und Denkprozess zu dieser Problematik angestoßen und alternativen zur Lösung aufgezeigt werden. Das ist auch deshalb wichtig, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Gruppe sich komplett nach innen wendet und nur noch mit sich selbst beschäftigt. Die Folge: schleichende Entpolitisierung. Der Austausch über diverse Methoden und Experimente mit anderen ist wichtig für die Weiterentwicklung.

II. Eigene Ohnmacht gegenüber unendlichen Ressourcen von Staat und Gesellschaft; Irrelevanz und Marginalisierung der politischen Arbeit und ihrer AkteurInnen, der Individuen und ihrer freien Zusammenschlüsse überhaupt.

Politische Arbeit erscheint uns manchmal wie ein endloses Rennen gegen eine Mauer, die einfach nicht einfallen will. Ich kann zwanzig Reihen von PolizistInnen durchbrechen, nur um auf die einundzwanzigste Reihe zu stoßen; der Castor kommt letztlich auch jedes mal durch; Gelungene Aktionen haben eventuell die Verschärfung der Repression zu Folge. Die meisten Aktionen, können ohnehin nur symbolisch sein, wirkliche Veränderung können wir uns meist nicht erhoffen, wenn wir Glück haben, denken ein paar BürgerInnen zwei Minuten darüber nach.

Dieses Gefühl von Ohnmacht und Marginalisierung, die Unerreichbarkeit der Ziele, Wünsche und Träume lässt viele Aktionspläne in der Schublade verstauben, da schlicht die Motivation fehlt, bei scheinbar so wenig Anreiz, etwas zu tun. Einer der wenigen Bereiche, wo dies anders ist, ist der antifaschistische Kampf, da auch die Nazis scheinbar keine unerschöpflichen Ressourcen haben, direkt konfrontiert, frustriert und »besiegt« werden können. Diese Aussicht auf Erfolg macht den Anti-Nazi-Kampf sehr attraktiv.

II.a) Lösung von Oben:

● **Schaffung einer Scheinmächtigkeit:** Manche Organisationen vermitteln ihren AktivistInnen bei jeder noch so minimalen Aufgabe eine übergroße Wichtigkeit, die sich bis zu einem **internalisierten Zwang** hin entwickeln kann. Dabei beginnt jedes Individuum in einer Atmosphäre der allgemeinen Euphorie sich selbst unter enormen Handlungszwang zu stellen und die Bedeutung des eigenen Handelns vor sich zu überhöhen. Das endet zweifelsohne in einer Erschöpfung und dem inneren Ausbrennen des Individuums. Auch **Fanatismus** oder **Religiosität** erreichen hohe Aktivitätsgrade. Alle drei Formen der »Überwindung« des Marginalisierungsproblems sind für die AkteurInnen eher ungesund und können einen körperlichen und/oder psychischen Zusammenbruch zur Folge haben. In derart strukturierten Gruppen stellt sich häufig ein hoher MitgliederInnendurchlauf ein, der plötzliche Rückzug von einer hochentwickelten Aktivität in totale Passivität ist beobachtbar.

● **Pressegeilheit:** Das Ziel, mit der Aktion in den Medien erwähnt zu werden ersetzt das Ziel, etwas anderes mit der Aktion zu erreichen. Der Erfolg der Aktion misst sich an der Qualität und Quantität der Berichterstattung. Dieses Ziel ist nicht schwer zu erreichen und es ist auch möglich, ihm manipulativ nachzuhelfen, etwa weil mensch Kontakte zur Presse hat. Der Stolz auf die erreichte Berichterstattung gaukelt einen Erfolg der Aktion vor. Dies ist allerdings nicht ganz von der Hand zu weisen, da eventuell auch Inhalte transportiert und wesentlich mehr Menschen erreicht werden. Allerdings sollten Medienberichte nicht zum Selbstzweck werden und auch nicht als Maßstab für die Qualität der Aktion. Auch wenn nie ein Mensch berichtet, kann es eine sehr gute Aktion gewesen sein.

● Da »große Ziele« so schwer erreichbar scheinen, versteigen sich manche Organisationen in **Minimalreformismus** (Bsp. Tobinsteuer) oder gar **Scheinreformismus** (Bsp. »Atomkonsens«). Damit werden die Ziele erreichbar, die Qualität der Ziele leidet allerdings sehr stark darunter. Nachdem ein solches Miniziel erreicht ist, erschlafft die Anstrengung und mensch gibt sich zufrieden. Veränderung hat aber meist nicht stattgefunden. So werden Bewegungen abgespeist und eingelullt. Dass der Atomkonsens eben nicht der versprochene Ausstieg ist, hat die Anti-Atom-Bewegung glücklicherweise erkannt – und Protest und Widerstand konnten nicht geschwächt werden, was sonst der Fall gewesen wäre, ohne dass sich im geringsten etwas verändert hätte.

● Ein typisches Mittel gegen die Aufreibung der eigenen Ressourcen im Kampf gegen einen überstarken Gegner (Staat, Wirtschaft, Gesellschaft) ist die **Kooperation mit seinen Machtinstitutionen und Lobbyismus**. So wähnt mensch sich auf einer Ebene mit ihm und direkt an den Schalthebeln der Veränderung. Was Lobbyismus allerdings bewirkt, zeigen die »Erfolge« der zahlreichen NGOs, die sich dieser Taktik verschrieben haben: Weder hat Amnesty International die Bundesregierung an Waffenlieferungen in die Türkei gehindert, noch Greenpeace die WirtschaftsbossInnen und PolitikerInnen zu mehr Klimaschutz überreden können. Auch die Grüne Partei ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Position an den Schalthebeln der Macht die Chancen auf Veränderung minimiert: Sie haben sich nicht nur von der Atommafia über den Tisch ziehen lassen, sondern auch noch ihre Friedensprinzipien gebrochen. Die größten Erfolge bei der Veränderung der Politik haben die Bewegungen von der Strasse errungen. Hier zeigt sich die Diskrepanz bei den Grünen und Greenpeace: Wo sie in den Machtstrukturen sind, werden sie lasch und selbstverräterisch, wo sie auf der Strasse, basisorientiert arbeiten, sind sie gut und erfolgreich. Dennoch geben sie sich den Anschein, es sei andersherum. »es zu etwas gebracht haben« und »erfolgreich sein« hat in unserem gesellschaftlichen Diskurs eben etwas mit »sozialem Aufstieg«, hohen Positionen, Titeln und Ämtern und damit verbundener »Macht der Beeinflussung« zu tun. Diese hängt mit der »ExpertInnengläubigkeit« der Menschen zusammen.

● Einen ähnlichen Effekt kann mensch erreichen, indem TitelträgerInnen und andere **MachtvertreterInnen in die eigenen Strukturen geholt** werden. Damit erhofft mensch sich einen Gewinn an Bedeutung und damit Zugang zum Gehör der Medien, Regierungen und der Masse (die allerdings eher unwichtig ist). Im Allgemeinen ist eine Zunahme des Redeschwalls und eine Abnahme der Aktivität zu verzeichnen. »VIPs« gehen nicht auf die Strasse, sondern beschwatzen lieber in endlosen Talkrunden alle möglichen anderen VIPs. Das Maß an Veränderungen sinkt rapide. Der Diskurs wird ver-intellektualisiert, ver-theoretisiert, entpraktiziert und ent-radikalisiert.

● Der Sensationsgeilheit und dem Erfolgsdurst der AktivistInnen kann auch mit einem **Hype der** verschiedenen (Gipfelsturm-) **Events** begegnet werden. Die Arbeit der Organisation verkommt zum **Eventhopping**, denn hier können kurzfristige Erfolge wie das Blockieren einer Strasse oder eines Gebäudes, das Erobern einzelner Gebiete gegen die Polizei und andere Minimalsiege errungen werden. Das gibt ein gutes Gefühl. Auch ist mensch hier nicht allein, sondern hat durch die Internationalität und Überregionalität das Gefühl, viele zu sein, ein großes »Wir-Gefühl«, das im täglichen lokalen Kampf oft vermisst wird. Über diesen ganzen Hype wird vergessen, dass die Gipfelstürmerei kein Selbstzweck ist, nicht ewig weiter gehen kann und letztlich nichts wirkliches bewegt. Der Aufbau lokaler tragfähiger Strukturen leidet, es gibt nichts, in das mensch vom Gipfel zurückkehren kann, wodurch sich die Sehnsucht nach noch mehr Gipfelstürmerei wiederum vergrößert.

II.b) Lösung von Unten:

● Das Erreichen unserer Ziele erscheint ziemlich erfolglos. Das heißt zwar nicht, dass wir sie deswegen aufgeben sollten, oder den Kampf um des Ziel aufhören sollten. Es wäre allerdings sinnvoller, sich **nicht so stur auf statische Ziele** zu konzentrieren, **sondern** sich des Prozesscharakters vieler Kampagnen bewusst zu sein, und so zu **versuchen Prozesse zu erzeugen**. Damit haben viele Aktionen wieder einen Sinn, auch wenn sie kein konkretes Ziel erreichen können, zumindest nicht mittel- oder kurzfristig.

● Oftmals haben wir keine Lust oder sehen keine Chance, etwas zu verhindern oder zu beeinflussen, weil uns die Mittel und Wege unbekannt sind. Manchmal befinden wir uns in einer Situation, in der wir gerne »was machen« würden, nur nicht wissen was und wie. Die Standartreaktionen, mit denen allerdings oft wenig verändert wird, sind etwa Parolen rufen, Steine schmeißen, zuschlagen. Aus dieser Eintönigkeit und Inflexibilität was das Aktionsvermögen angeht, müssen wir raus! Deshalb ist das **Aneignen von Methoden und Aktionstechniken** ein wichtiger Schritt, um flexible **Handlungsfähigkeit zu erzeugen**. Dazu dienen können z.B. (über-)regionale Direct-Action-Gatherings, die sich hier leider noch nicht etabliert haben.

● Einer ganzen Reihe von Handlungsfeldern sind wir uns gar nicht bewusst, und sie bleiben folglich von uns unberührt, obwohl es gar nicht aufwendig wäre, sie zu nutzen. Verschiedene Konzepte direkter Aktion, Intervention im Alltag oder das Schaffen und Füllen von Erregungskorridoren kann ohne große Mühen und Risiken vollbracht werden. Vor allem das Erregungskorridorkonzept ist interessant, da es die diskursive Herrschaft durchbricht und neue Denkmöglichkeiten aufzeigt. Das ist eine sehr wirkungsvolle, risikolose und für die Herrschenden unangenehme Sache. Diskutieren und Provozieren ist ja noch nicht verboten in diesem Land...

Intervention im Alltag kann durchaus spaßig sein, schließlich ist jeder Bereich unseres Lebens in irgendeiner Weise vermarktet und beHERRscht. Im Supermarkt, in der Bank, im Zug oder auf der Strasse lassen sich viele Situationen finden und konstruieren, wo mensch alleine einigen Mitmenschen interessante und nachdenkliche Momente beschert. Allerdings gehört dazu eine beträchtliche Portion Frechheit und Selbstvertrauen.

● In der asiatischen Kampfkunst benutzt mensch die Kraft und Aggression des Gegners, um sie gegen ihn einzusetzen. Mensch braucht sie sogar, denn sie dient als Basis für die eigene Verteidigungsstrategie. In der politischen Aktivität können wir versuchen, die Übermacht unseres Gegners für die eigenen Ziele subversiv zu nutzen. (Beispiele fallen mir keine ein...)

● Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten in Osteuropa verkündeten sie uns den Kapitalismus als das »Ende der Geschichte«. Tatsächlich wird der Kapitalismus das Ende der Geschichte der Menschheit sein, wenn wir ihn nicht loswerden, weil er täglich unsere Lebensgrundlagen ein wenig mehr zerstört. Viele Menschen haben es satt. Haben die Lügen satt, und die Unausweichlichkeit, die Tatsache, das Träume nicht mehr verwirklichbar sind, ihr Leben ein eintöniges Grau in Grau, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint, außer der Flucht in die Spaßgesellschaft. Wir sollten versuchen, die Menschen wieder zum Träumen zu ermutigen; ihnen das Gefühl geben, dass es richtig ist, an was besseres zu

Fortsetzung auf Seite 8

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

HOPPETOSSE-NETZWERK:

Selbstorganisation

III. Bedürfnis nach schnellen Erfolgen

III.a) Lösung von Oben:
● Lobbyarbeit: Von oben scheint alles herzukommen, von dort scheint sich alles bestens durchsetzen zu lassen. Das ist ja auch nicht von der Hand zu weisen, wenn mensch sich den Widerstand gegen die meisten Handlungen unserer HerrscherInnen ansieht. Sie haben oft leichtes Spiel. Bei ihnen laufen alle Fäden zusammen. Daraus ergibt sich die Logik, zu versuchen, eben dort Einfluss zu nehmen und Lobbyarbeit zu machen. Es scheint viel schneller zu gehen. Mensch muss nicht mühselig Tausende erreichen und zum Handeln bewegen. Ein paar mal den Herrschenden ins Ohr flüstern und schon hat mensch – so scheint's den Erfolg, den mensch sich wünscht. Allerdings liegt der Haken hier im Wörtchen »scheint's«. Natürlich müssen auch die Forderungen extrem heruntergeschraubt werden, am Ende kommen dann Scheinerfolge heraus. Vergleichsweise schnell zwar, aber ziemlich inhaltsleer. Nach dem Schema des Atomkonsens: »Lieber nie als gar nicht«. In vielen Fällen hat Lobbyismus als Spielart sozialer Bewegungen Selbstbelügung zur Folge.

III.b) Lösung von Unten:
Radikale Forderungen und Erfolge kommen von unten. Das erkennen auch einige »von oben« Organisationen, zum Beispiel zentralistische marxistische Gruppen oder Greenpeace.
● Direkte Aktion: Basisgruppen müssen anfangen, sich Aktionstechniken anzueignen und so einen größeren Handlungsspielraum zu schaffen. Strategisch zu arbeiten erhöht die Erfolgsaussichten. Strategie sei gleich Hierarchie ist ein Aberglaube, der auf mangelnder Analyse des Erfolges hierarchischer Gruppen basiert. Dass Greenpeace wirklich große und gute Aktionen hinbekommen hat, liegt nicht daran, dass sie hierarchisch organisiert sind, sondern dass sie strategisch arbeiten, kreativ sind und professionelle Direkte AktionistInnen sind. Natürlich haben sie einen Vorsprung durch ihre gute materielle Ausstattung, die sie sich auf Grund ihrer Struktur leisten können. Ihre Aktionen haben aber gezeigt, dass kleine, gar nicht so aufwendige Handlungen gigantische gesellschaftliche Diskurse eröffnen und Veränderungen anstoßen. Das Umweltbewusstsein ist auch ein großer Erfolg von Greenpeace.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hier wird auch wieder der Prozesscharakter vieler Probleme deutlich. Direkte Aktion zielt auf gesellschaftliche, langwierige, prozesshafte Veränderung, der konkrete Erfolg der Aktion (die Verhinderung oder Durchsetzung von etwas in diesem Moment) sind dabei ein wünschenswertes Beiprodukt. Der Diskurs kann aber auch bei Misserfolg gut sein (erinnert sei an die Aktion der Rainbow Warrior, die zwar scheiterte, aber unglaubliche Diskussionen und ein Bewusstsein hervorrief). Wir nehmen hier Greenpeace als Beispiel, um aufzuzeigen, wie gut Direkte Aktion sein kann, was sie bewirken kann, und wo wir hin wollen, nur ohne Hierarchie.
● Kooperation ermöglicht eine materielle Ausstattung, die einzelne sich evtl. nicht leisten können. Verleih von Gegenständen oder Infrastruktur und gegenseitige Hilfe sind Wegbereiter für Erfolg einer Aktion. In der Außendarstellung kann das wichtig sein. Eine Aktion muss sich gut vermitteln, dazu muss gute Pressearbeit geleistet werden. Diese fußt am besten auf Kooperation.

Das Interessante an Kooperation ist die Überwindung von Unterlegenheit durch Mangel an Know-how, AkteurInnen oder Material, indem versprengte Ressourcen zusammengefügt werden. Diese Techniken erhöhen die Erfolgschancen. Sie können aber nichts daran ändern, dass soziale Veränderung im großen Stil eine langwierige Angelegenheit ist, deren Verlauf sich auch nicht voraussagen lässt. Damit müssen wir leben.

IV. Unwillen zu kontinuierlicher Arbeit

Eine Schwierigkeit, die auftritt, wenn mensch mit anderen Menschen arbeitet, liegt darin, dass sie schnell das Interesse an etwas verlieren, was sicherlich auch mit der Sozialisation in einer Zeit der Hochgeschwindigkeit zu tun hat. Das andere ist ein gewisse Unzuverlässigkeit, die auftritt, wenn die gewohnten Regeln und Zwänge wegfallen. Es ist nicht das eigene Geld, das eigene Eigentum, es gibt keine Sanktionierung, wenn mensch etwas nicht tut. Als Resultat stellt sich eine gewisse Passivität und Lähmung ein.

Ein anderer Grund für Unlust zu kontinuierlicher Arbeit liegt in der Aussichtslosigkeit, in der Erfolgslosigkeit, des Erlebens der eigenen Handlungsunfähigkeit. Es macht schlicht keinen Spass, etwas zu machen, wenn nichts dabei herauskommt. Und Spass ist ein wichtiger Bestandteil der Motivation für ehrenamtliche Arbeit.

IV.a) Lösung von Oben:
● Hauptamtlichkeit ist eine Möglichkeit, die Menschen zu Zuverlässigkeit und Kontinuität zu bringen, indem mensch ihnen schlicht ihren gewohnten Rahmen zurückgibt. Ein Amt ist etwas offizielles, mit bestimmten Aufgaben und Pflichten behaftetes. Sanktionierungsmöglichkeiten gibt es auch. Außerdem ist sichergestellt, wer der/die Verantwortliche ist, wenn in bezug auf einen Aspekt etwas falsch läuft. Einen solchen Ablauf der Dinge sind die Menschen aus ihrem Alltag gewohnt. Daher fügen sie sich auch besonders gut ein. Trotzdem sind Faulheit und Unzuverlässigkeit nicht komplett ausgemerzt, sie gehören eben dazu.

IV.b) Lösung von Unten:
● Projektorientierung schafft hier ein wenig Abhilfe. Wenn die Individuen ihre eigenen AkteurInnen sind, die »ihr« Projekt machen, nicht bloße MitarbeiterInnen, erhöht sich möglicherweise ihre Motivation und damit auch die Kontinuität ihrer Arbeit.

Ansonsten wird dieses Problem eher verschwinden, wenn andere hier besprochene Aspekte sich verbessern, zum Beispiel der Erfolg oder die Handlungsfähigkeit. Kontinuierliche Arbeit ist auch abhängig vom Zeitbudget der AktivistInnen. Wie das Zeitbudget erhöht werden kann, wird im folgenden Punkt V besprochen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

V. Geringe Handlungsmöglichkeiten durch Einbindung der AkteurInnen in gesellschaftliche Zwänge (Arbeit, Familie, Ausbildung usw.)

Nur sehr wenige Menschen sind nicht dem täglichen Verwertungs- und Reproduktionszwang unterworfen. Die meisten von uns müssen entweder in die Schule oder Universität, arbeiten oder den Haushalt machen und die Kinder betreuen. Zwischen den einzelnen Abschnitten (nach Uniabschluss, nach Schulabschluss) oder im Renten- oder Kindesalter sind die einzigen Perioden, in denen mensch sich dem widmen kann, was er/sie gerne machen würde (innerhalb des vom System fesetzen Rahmens). Das erschwert wichtige politische Arbeit. Wer wöchentlich nur eine Stunde Zeit dafür hat, kann keine großen Aktionen auf die Beine stellen.

V.a) Lösung von Oben:
● Hauptamtlichkeit ist auch hier eine ideale Lösung. Die AkteurInnen werden aus ihrem Verwertungszusammenhang weggekauft. Ab nun bekommen sie Geld für das, wofür sie keine Zeit gehabt hätten, wenn sie jenes hätten woanders verdienen müssen. Das führt allerdings zur Marginalisierung der normalen, also ehrenamtlichen, AktivistInnen. Um beim Beispiel Greenpeace zu bleiben: Die medienwirksamen großen Aktionen werden von Profis gemacht, NormalgreenpeacerInnen dürfen normalerweise Spendensammeln gehen.

V.b) Lösung von Unten:
● Es gibt noch eine andere, sehr kleine Anzahl von Menschen, die weder hauptamtlich, noch anderswo eingebunden sind, sondern ein politisches Leben jenseits dessen führen: Die Selbstorganisierten, und die, die absichtlich von Staatskohle leben (Sozialhilfe o.ä.). Interessanter sind aber eigentlich die ersteren, weil sie sich völlig anders und völlig unabhängig organisieren und diese Art der Lebensführung auch in »linken« Kreisen großenteils unbekannt ist. Die Technik und das Wissen darüber, wie Selbstorganisation funktioniert, müssen in Seminaren o.ä. weitergegeben beziehungsweise angeeignet werden. Dazu gehören Kurse über Gratisökonomie, Tauschökonomie und Gemeinschaftsökonomie.
● Damit es überhaupt dazu kommt, dass diese Lebensform populärer wird, müssen in Gesellschaft und »Linke« die sozialen Zwänge als solche demaskiert werden. Wer Arbeit als Segen ansieht, sucht nicht nach alternativen Lebensformen. Wer Arbeit als Naturgesetz hinnimmt, braucht Informationen darüber, dass und wie es anders sein könnte. Arbeit, Ausbildung und Erziehung, reproduktive Zweier-Wohn-Beziehung sind unnötige Zwänge. Sie sind nur für das System notwendig. Freie Menschen könnten das auch anders organisieren.
● Ein großes Hindernis dabei sind die Ängste der Menschen vor Unsicherheit. Was machen Selbstorganisierte wenn sie krank oder alt sind? Deshalb ist es wichtig, Solidaritätsstrukturen aufzubauen, um zu wissen, dass mensch nie allein ist.
● Für eine effizientere Nutzung von Ressourcen sind Tausch- und Geschenkringe und andere kooperative Strukturen gut. Selbstbestimmtes Lernen anstatt Staatsver-bildung sind die Alternativen, die es aufzubauen gilt.

VI. Fehlende Phantasie, Vorstellungskraft für Organisierung von unten und Alternativen zu gesellschaftlichen Zwängen

Dieser Punkt ist in mehrere Teile aufzuspalten. Einerseits (1) mangelt es den AktivistInnen, und denen, die es gerne wären, tatsächlich an Phantasie bezüglich ihrer Aktionsmöglichkeiten, zum zweiten (2) gibt es Probleme bei der Realisierung des Ausgedachten, die auch an mangelnder Vorstellungskraft liegen, und zuletzt (3) fehlt die Vorstellung davon, dass und wie Organisierung und Aktivität überhaupt anders sein könnten. Deshalb richten sich auch die Gegenstrategien auf die drei Aspekte getrennt aus, wobei aber klar, ist, dass alles natürlich miteinander zusammenhängt.

FORTSETZUNG VON SEITE 7 (II)

denken als Arbeit, Geld und Leistung; dass es richtig ist, sich eine andere Welt vorzustellen. Wir sollten versuchen den Menschen wieder Mut für Visionen zu geben. Dabei sollten wir unsere eigenen Visionen ruhig öffentlich machen, dem Bild dieser Welt entgegen halten und versuchen, das Träumen, die Visionen wieder populär zu machen. Nach dem Motto: eine andere Welt ist möglich! Und machbar, Herr Nachbar!
● Lange waren die Zeiten rau für unsere Politik. Die AktivistInnen haben sich in Kellergewölbe, Hinterzimmer und Dachgeschosse zurückgezogen. Doch es wird Zeit, wieder raus zu gehen, auf die Strasse. Die Zeit der verschwörerischen Zirkel muss weichen für offene Teachins auf Plätzen, Strassen, in Zügen und Bussen. Wir sollten reingehen in die Gesellschaft, und die befindet sich draußen auf der Strasse, in den Schulen, Unis und Betrieben. Wir brauchen keine Nischen, sondern Open Space. Wir müssen sichtbar und hörbar werden. Also veranstalten wir unsere Diskussionsrunde nicht im Fachschaftszimmer, sondern auf der Verkehrsinsel oder in der Fußgängerzone. Der Aufwand ist minimal, der Effekt vergleichbar groß.

VI.a) Lösung von Oben:
»Von oben« organisierte haben natürlich das Problem, dass sie sich keine frei-kooperative Organisierungsform vorstellen können (Punkt 3), nicht, das sie das gar nicht wollen. Für die beiden anderen Probleme haben vor allem die ganz großen Organisationen (etwa Greenpeace) ziemlich einheitliche und typische Lösungen, während die kleineren HierarchistInnen (z.B. Linksruck) meist gar nicht in der Lage sind, diese Probleme zu lösen.
● Was die Phantasielosigkeit (1) angeht, so lassen sich große Nicht-Regierungs-Organisationen verregelte Kurzzeitkreativmethoden beibringen. Diese dienen nur als Unterbrechung ihrer sonst starren Strukturen. So werden Kreativkurse und Selbstentfaltungsseminare gemacht, wofür meist teuer bezahlte Spitzenkräfte auf diesem Gebiet eingekauft werden.

Kleinere zentralistische Gruppen haben entweder keinen Anreiz zur Umgehung dieses Problems, wie mensch an den ewigen Latschdemos erkennen kann, oder sie kopieren die Aktionen der großen, etwa die Besetzung eines McDonalds oder das Anketten an Schienen.
● Wer selbst nicht kreativ ist, kann sich natürlich auch kreative Kräfte einkaufen. Sei es, um sich überhaupt Aktionen auszudenken oder die Umsetzung (2) zu planen. Bei den großen zentralistischen Organisationen kommen die Ideen und Umsetzung von Menschen, die dafür eingekauft wurden, dies zu tun, selten von den engagierten MitgliederInnen. Deshalb ist es auch möglich, dass einE SpitzenfunktionärIn einer NGO am nächsten Tag für einen Konzern arbeitet. Er/Sie wurde nicht dafür bezahlt, die Ziele gut zu finden, sondern gute Ideen zu haben und diese effektiv umzusetzen. Für wen er/sie das tut, ist ihm/r meist egal.

Die HierarchistInnen aus Infoladen und Parteiszene scheitern denn auch meist an der Umsetzung, wenn sie mal eine gute Idee hatten. Wie eine gute Aktion zu planen und durchzuführen ist, erfordert eben auch Vorstellungskraft und Kreativität für den Umgang mit allen wichtigen Eventualitäten.

VI.b) Lösung von Unten:
● (1) Für die Basisbewegung ist der Mangel an Kreativität ein deutliches Zeichen, dass kein Kontakt zu künstlerischen Kreisen und alternativen Szenen besteht. Wo dies passiert, wie etwa bei ReclaimTheStreetsLondon mit der Raverszene, oder dem Pink-Silver-Block mit Transgenders und KünstlerInnen, kommen deutlich skurrilere, interessantere, phantasievollere und wirkungsvollere Widerstandsformen heraus. Womit also muss eine O.v.u. beginnen, um überhaupt einen Ansatz für eine solche Zusammenarbeit zu bieten, attraktiv zu werden?

Gehen wir davon aus, dass die meisten Menschen noch gar nicht komplett abgestumpft sind, stellt sich die Frage wie ihr kreatives Potential aktiviert werden kann. Dazu sind Plena, auf denen eine ernste Stimmung herrscht und sich die üblichen MackerInnen-Verhaltensmuster durchsetzen, nicht geeignet. Besser sind entspannte Brainstormings, eventuell mit Preisverleihung für den skurrilsten Vorschlag, und die Einrichtung von Zeiteinheiten zum Unsinn-Reden. In einer solchen Atmosphäre trauen sich die Menschen, abwegiger zu denken, und scheinbar doofe Vorschläge zu machen, aus denen aber eventuell eine gute Aktion entwickelt werden kann.

Solche geistigen Freiräume sind der Rahmen für Ideenentwicklung. Die Beteiligten sollten auch darauf achten, dass absurd klingende Ideen nicht mit einer Reaktion belegt werden, die dem/der Vorschlagenden suggeriert, die Idee sei schlecht oder unmöglich, so dass er/sie beim nächsten Mal verstummt. Offenheit für Skurrilität

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Selbstorganisation

und Flexibilität darin, was mensch für umsetzbar hält, müssen aktiv und bewusst geschaffen und erhalten werden.

● (2) Oft erleben wir, dass gute Ideen für alle möglichen politischen Bereiche vorhanden sind, allerdings die Umsetzung für nicht möglich gehalten wird, oder bestimmte Aspekte der Realisierung unklar bleiben: »Aber was machen wir, wenn...?« Auch hier ist Flexibilität wichtig. Gemeinsam lässt sich meist eine Lösung finden, wenn mensch sich von den vertrauten Denkpfaden herunterwagt.

Getanes muss reflektiert werden. Wie war die Aktion, welche Ungereimtheiten, Schwierigkeiten und Ängste empfanden die einzelnen Beteiligten? Wie können diese in Zukunft umgangen oder gelöst werden? Ist es möglich, die Aktion unter verbesserten Bedingungen zu wiederholen? Oder können einzelne Aspekte »im Trockenen« trainiert werden? Diese Reflexion muss unbedingt auch im politischen Alltag passieren. Ob Gruppenstruktur, Seminaraufbau, Projektverwirklichung oder eine andere Veranstaltung: zwischendurch und hinterher sollten wir analysieren, was wie lief, und den Prozess beziehungsweise das Ergebnis auf unsere emanzipatorischen Anforderungen überprüfen.

Ein völlig anderer Aspekt ist der Abgleich der geplanten Maßnahmen mit der Formulierung des Ziels. Können wir mit einer Latschdemo durch die Innenstadt einen Kongress am Stadtrand stören? Da Mittel und Ziel nicht zusammenpassen, muss entweder das Ziel (z.B. in »bundesweites Autonomenpicknick«) oder das Mittel (z.B. Straßenblockade aller Strassen zum Veranstaltungsort) modifiziert werden. Die Aktion sollte an der Zielerreichung, bzw. der möglichen Zielerreichung gemessen werden. Natürlich kann eine geplante Aktion scheitern. Wenn sie aber das geplante Ziel (Störung, Verhinderung etc.) konkret zum Ziel hatte, war zumindest der Plan gut; besser, als eine Aktion, die das gar nicht zum Ziel hatte. Ein Beispiel ist die Anti-CSU-Berlusconi Aktion in Nürnberg, deren erklärtes Ziel eine Verhinderung oder Störung des Parteitages war, deren Form (ewiglange Demo durch Nürnberg) allerdings nicht einmal darauf angelegt war, diesem Ziel zu dienen. Trotzdem wurde diese Demo als Erfolg gefeiert, weil sich 3000 Linksradikale eingefunden hatten. Ziel war aber nicht ein bayernweites Autonomenpicknick (dieses Ziel wäre erreicht worden), sondern die Störung des Parteitages (was nicht einmal versucht wurde). Hier gehen Form und Ziel aneinander vorbei. Das muss bei den Vorbereitungen und in der Aktion immer wieder überprüft werden.

● (3) Natürlich ist es kein Wunder, dass die Mittel am Ziel vorbeigehen, wenn die Auswahl der Mittel sehr gering ist, weil mensch keine anderen kennt. Deshalb ist eine Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Bewegung, die für andere Vorgehensweisen eintritt, unerlässlich. Die Arbeitsweise von Pink-Silver, nämlich das Einsetzen von Irritation und Subversion (auch bei »Linken«!), könnte richtungsweisend und viel breiter eingesetzt werden. Darum ist es für emanzipatorische Ansätze wichtig, dass sie öffentlich vertreten werden: in Bündnissen, durch Medienarbeit, in Vernetzungstreffen usw. Dabei können wir natürlich niemenschen vertreten außer uns selbst, und auch das ist wichtig deutlich zu machen. Alle sprechen immer nur für sich, niemensch kann für andere Menschen sprechen. Das ist zwar eine harte Nuss, und wir dürfen damit rechnen, uns erst mal unbeliebt zu machen und gegen einiges an Mackerstrukturen kämpfen zu müssen, aber es ist unsere Stärke, dass wir Situationen, die wir erkennen, auch gleich zur Sprache bringen. Das heißt, dass Mackerigkeit, Überheblichkeit oder Stellvertretertum von uns angesprochen werden, wenn wir sie erleben. Und so können wir Stück für Stück in mühseliger Kleinarbeit emanzipatorische Freiräume schaffen. Darüber dürfen wir unsere inhaltlichen Beitrage natürlich nicht vergessen. Irgendwann wird sich vermutlich der eine oder die andere für unsere Ideen interessieren. So kann ein Stück Handlungsfähigkeit auch bei den anderen erreicht werden. Belehrung wäre die falsche Methode. Streit und Irritation behandeln die Gegenüber als gleichberechtigte Menschen. Das ist wichtig.

VII. Angst vor Vielfalt, Dynamik und produktivem Streit

Diese drei Aspekte gehören zu jenen Dingen, die wir auf jeden Fall brauchen und wollen. Vielfalt, Dynamik und produktiver Streit gehören zu einer emanzipatorischen, gleichberechtigten, selbstorganisierten und kreativen Bewegung. Sie lebt praktisch von Veränderung, welche wiederum auf jenen drei Aspekten aufbaut.

Angst vor Streit haben verschiedene Typen Mensch. Für uns sind zwei Kategorien wichtig. Diejenigen, die ihren Machtverlust zu befürchten haben, und diejenigen, die harmoniesüchtig sind. Deshalb sind verschiedene Taktiken zur Überwindung erforderlich. Dass mensch Streit schlecht findet und einem Harmoniezwang verfällt ist allerdings nicht verwunderlich. Eigentlich beinhaltet dieses Verhalten noch eine Menge anderer Ängste. Denn die Welt »da draußen« erscheint uns oft als kalt und bedrohlich, wir haben Angst, alleine dazustehen. Einheit erscheint uns als Stärke, gibt uns Geborgenheit. Die meist aggressiven und destruktiven Streits, die patriarchisch geführt werden, also mit der Erniedrigung des/der GegnerIn zu tun haben, erinnern uns an die gesellschaftliche Kälte, die uns umgibt, wir fallen dann in ein ziemliches Loch. Und das ist nachvollziehbar. Die meisten Streits, die auch in unseren »linken Sphären« so ablaufen, sind Machtkämpfe und Verleumdungen. Dazu kommt dann ein selbstauferlegter Konsensdruck und Einigungszwang, der alles nur noch schlimmer macht. Und was nicht gegeneinander ausgetragen wird, wird »hintenrum« ausgetragen. Eine solche Atmosphäre verdirbt leicht die Lust am Streiten.

Angst vor Vielfalt und Dynamik ist meist eine Angst vor dem ungewissen Chaotischen, die Angst, dass dann alles aus dem Ruder läuft, unübersichtlich wird, und das ist natürlich eine Angst vor Kontrollverlust.

VII.a) Lösung von Oben:

● Vielfalt, Dynamik und produktiver Streit werden hier komplett nicht gewollt. Einige behaupten das zwar, erweisen sich dann aber als starre und unflexible, schwerfällige Strukturen. Durch eine ständige Betonung der Einheit ist Vielfalt meist eben ausgeschlossen, auch wenn das so nicht gesagt werden würde, mensch möchte ja für alles offen wirken. Produktiver Streit bedeutet im emanzipatorischen Sinne auch, dass die AkteurInnen auf gleicher Augenhöhe stehen. Das ist in den zentralisierten Vereinigungen aber automatisch nicht der Fall, denn die einen haben einen anderen Status als die anderen. Es ist feststellbar, dass eine solche Organisierung sehr schwerfällig und langsam im Lernen ist. Unflexibilität entsteht, wo die Dynamik, die aus der sich im produktiven Streit befindlichen Vielfalt entstehen könnte, nicht existiert, weil sie nicht existieren kann.

VII.b) Lösung von Unten:

● Denen, die Angst um ihre Macht und Kontrolle haben, können wir nur sagen: das ist es ja, was wir wollen, die BeHERRschung verlieren!

● Streit ist cool. Er muss keine negative Stimmung oder Hass hervorrufen. Es ist wichtig, eine Meinung zu haben, und noch besser, diese auch zu äußern. Ein Streit dient der Klärung, nicht dem Entwickeln gemeinsamer Positionen, sondern der Weiterentwicklung der verschiedenen Positionen, der Neuentwicklung von Ideen und der Entwicklung von Strategien für ein besseres Mit- und Nebeneinander. Das vielen als so selbstverständlich erscheinende Streckenkonzept im Castorwiderstand haben sich die unterschiedlichen Strömungen in langen Streits einander abgerungen. Die Positionen sind geklärt, eine Strategie entwickelt, die sich gegenseitig stützt und der Phantasie und Wirksamkeit des Castorstoppens hat das mit Sicherheit keinen Abbruch getan. Das Nebeneinander ist hier ein Miteinander, das viel wirkungsvoller ist als eine erzwungene, scheinbare Einheit. Leider ist dieses Beispiel eine ziemliche Ausnahme.

● Dominanzen und die oben genannten Ängste abwickeln können wir, indem wir alle Zentralen abschaffen. Streitpunkte werden nur in Betroffenen- und Interessiertenplena diskutiert. Das ist produktiver. Ein Hauptplenum dient nur der Transparenz, der Information und dem Austausch. Konsens- und Mehrheitsentscheidungen sind, wie alle Ja-Nein-Entscheidungen, abzulehnen. Wir wollen weder manche ausschließen, zu etwas zwingen oder gemeinsam lauwarme Forderungen haben, nur weil sie dann gemeinsam sind. Das schließt ja eine Kooperation nicht aus. Das Durchzuziehen, kann Angst vor Streit und Vielfalt abbauen.

● Auch die Form von Streit muss sich ändern, d.h. direkte Intervention statt Hinter-dem-Rücken-Ablästern; direkte, offene Auseinandersetzung statt anonymer Mails. Der zur Zeit gängige Stil der (Nicht-)Auseinandersetzung ist mit schuld daran, dass immer wieder Missverständnisse, Vorurteile und unverarbeitete Aggressionen aufkommen.

VIII. Angst vor Repression

Die Angst vor den Klauen des repressiven Staates scheint ein Hauptgrund für den Nicht-Aktivismus einer Bewegung zu sein. Viele andere Dinge mögen überwindbar sein, zu manchem würde mensch sich noch aufraffen, die Angst vor den polizeilichen Konsequenzen jedoch bleibt. Sie kann scheinbar nicht überwunden werden. Repressionsgefahren sind auch bei jedem Vorschlag der erste Einwand. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn mensch sich betrachtet, wie momentan mit diesem Thema umgegangen wird. Eigentlich wird fast nur »von oben« und antiemanzipatorisch damit umgegangen. Die derzeitige Antirepressionsarbeit bewirkt häufig nur, dass die AktivistInnen grosse Repressionsängste bekommen.

VIII.a) Lösung von Oben:

● Weit verbreitet ist ein gewisser Hang zur Konspirativität, die meist weit übertrieben wird. Anonymisierung und Verfolgungswahn haben einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die Aktivität einer Gruppe. Dabei ist eine Atmosphäre von Anonymität auch für Spitzel am besten, denn sie müssen nichts von sich selbst preisgeben, niemensch interessiert sich für ihre auswendiggelernten Lebensläufe. Paranoide Verhaltensweisen machen sich auch leichter verdächtig als offenes und freches Verhalten, bei dem der Eindruck entsteht, alles sei völlig normal.

● Vor lauter Konspirativität und Angst wird zur Verschwiegenheit verpflichtet und sämtliches Verhalten im Umgang mit Repressionsbehörden verregelt (»Anna und Arthur halten's Maul«). Die meisten dieser Regeln sind zwar sinnvoll und wichtig, sollten einen anderen Umgang aber nicht verbieten.

● ...

● ... (Siehe Kasten)

VIII.b) Lösung von Unten:

● Emanzipatorische Antirepressionsarbeit sieht anders aus. Sie hat die Stärkung des/der Agierenden zum Ziel. Um eigenständig zu sein, braucht das Individuum vor allem Wissen und Erfahrung. Die Aneignung kreativer Methoden im Umgang mit dem »bösen Staat« durch Trainings und Seminare ist deshalb Grundvoraussetzung. Egal welches Gesicht uns der Staat gerade zeigt, wir üben unser Verhalten gegenüber Prügelbullen und Verhörbullen, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft, Gericht und Knast.

● »Entdecke die Möglichkeiten« ist unser Motto, wenn wir von Repression bedroht werden. Wir sind handlungsfähig als Betroffene und als Nicht-betroffene. Wir sind nicht Opfer, wir sind TäterInnen. Unser Widerstand geht unvermindert weiter. Deshalb eignen alle sich Methoden an, wie sie als Nicht-Betroffene die Repressionsorgane stören, manipulieren, angreifen oder subversiv behandeln können, während derdiedas TäterIn/Opfer im Einklang mit den Aktionen der anderen sein/ihr eigenes Spielchen spielt. Auch Repression wird von Menschen ausgeführt; die sind wie andere LohnarbeiterInnen auch: faul, genervt, gelangweilt, manchmal fühlen sie sich überlegen, manchmal haben sie keinen Bock. ...

● Entgegen der landläufigen Meinung, ist der beste Schutz vor Spitzelei Offenheit und Transparenz. Sie zwingt die Spitzel, sehr gut zu sein, ihre Lebensläufe gut zu können und sich sehr gut anzupassen. Freches Reden über Aktionsideen macht es den Spitzeln schwer, zu differenzieren, was Ernst und was Spass ist, was nur laut gedacht und was geplant ist; in offenen Redesituationen fallen geplante, unspontane Verhaltensweisen viel eher auf als bei anonymisierten Treffen. Es verunsichert sie. Wir sollten uns dessen bewusst sein: Die sind auch nur Menschen. Und um ihre eigenen Arbeitsplätze zu rechtfertigen, müssen sie sich den Schwachsinn, den sie in ihren Berichten schreiben, auch glauben. Jedenfalls hat die Erfahrung gezeigt, das Frechheit und Offenheit erfolgreich sein können. Vor allem, was am wichtigsten ist, erweitern sie die Handlungsfähigkeit. Konspirativität kann angebracht sein, aber nur gezielt und bewusst (bei der Planung u. Durchführung illegaler Aktionen, Anschläge usw.).

● Auf jeden Fall ist ein neuer, politischer, emanzipatorischer Umgang mit Repression unbedingt nötig. Materialien wie Bücher und Broschüren müssen erstellt werden, Seminare und Trainings abgehalten werden. Sie wollen uns Angst machen, lasst uns sie das Fürchten lehren! Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir halten die Arbeit von Rote Hilfe und EA für wichtig und größtenteils richtig. Sie ist uns nur zu einseitig und wir haben die genannte Kritik daran. Diese verstehen wir solidarisch. Wir wollen nicht ausgrenzen, hetzen oder diffamieren, sondern anregen und verbessern.

... Kürzungen, aber keine Zensur...

Die in diesem Abschnitt mit »...« vorgenommenen Kürzungen erfolgten auf Beschluss unseres Redaktionsplenums Anfang März in Köln. Es handelt sich einfach mal um Strittiges, wozu auch bei uns die Meinungen auseinandergingen. Die einen fanden es »nur« schädlich für eine gute politische Diskussion, die anderen auch schädlich für die politische Praxis. Einig waren wir uns darin, dass das nicht so in der Zeitung stehen soll und dass wir den AutorInnen Gelegenheit geben wollen, ihren Standpunkt besser darzulegen. Einig sind wir uns fernerhin, in einer der kommenden Ausgaben eine Debattenseite zum Thema zu veröffentlichen, auf der sowohl die hier dargelegte als auch andere Meinungen sich aufeinander beziehen können. Dieses Vorgehen fand auch im Nachhinnein die Zustimmung von zumindest einer der AutorInnen.

IX. Angst vor Vereinzelung, Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Offenheit

»Linke« Gruppierungen haben oft was von »Ersatzfamilie«. Ansonsten aber drücken sich die meisten um wichtige (Drecks-) Arbeit. Die Gruppe als solches bleibt unter sich, mit neuen müsste mensch sich ja Mühe geben. Das führt dazu, dass politisch Interessierte auf einer langen, mühseligen Suche sind, bis sie einen Zusammenhang finden, der zu ihnen und zu dem sie passen. Die politische Arbeit der Gruppe auf der anderen Seite wird wie Briefmarkensammeln betrieben. Wenn mensch mal Zeit und Lust hat, gibt mensch sich Mühe, auch mit der Zuverlässigkeit und Anwesenheit. Sonst ist das Treffen vor Allem ein lustiger Kaffeeklatsch, am besten im Hinterzimmer vom Infoladen: so findet eineN niemensch, die Gruppe plant nichts konkretes, auch sonst passiert nix, aber mensch fühlt sich wohl. Gut, das ist jetzt ein krasses Klischee. Viel anders geht es in vielen Vereinigungen aber tatsächlich nicht ab. Professionelle, große Organisationen haben dafür natürlich ihre eigenen Lösungsideen.

IX.a) Lösung von Oben:

● Um den AkteurInnen bestimmte Arbeiten aufzudrükken, wobei gewährleistet ist, dass sie auch gemacht wird, bedienen sich typische Vereine und Organisationen der Mechanismen des kapitalistischen Alltags. Sie vergeben Ämter und damit eine Schein-Eigenverantwortung, und die Arbeit wird auch gemacht. So kommt es zu VizekassenwärterInnen und OberwerkzeugkastenbetreuerInnen. Wer kein Amt hat, wird irgendwie anders in den Apparat eingebunden. Das sind die Menschen gewöhnt, so funktioniert ihre Arbeitswelt auch: Teil eines Ganzen, Rädchen im System, alles ist wieder klar. Ansonsten stehen die »von Oben« nicht so auf Eigenverantwortung oder Eigeninitiative, sie bevorzugen den Zentralismus, der z.T. durch Begriffe wie »Demokratie« legitimiert wird. So wird die Alltagssozialisation des Rädchen-Seins, der Unmündigkeit und der scheinbaren Wichtigkeit, weil

Fortsetzung auf Seite 10

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Selbstorganisation

mensch eine Aufgabe, »Mission« zu erfüllen hat, reproduziert.

● Gegen Vereinzelung sind viele Kräuter gewachsen. Basisgruppen bilden Cliquen, Strömungen und größere Organisationen konstruieren sich Identitäten; Vereinsmeierei in Form von Vereinsfesten oder Vereinsfahrten sowie Uniformierung etwa im »schwarzen Block«, sichtbar gemacht durch Fahnen, Kleidung und ähnlichem, welche das gewisse »Wir« Gefühl erzeugen. Das Bedürfnis danach kann mensch in den derzeitigen Umständen den Individuen schwerlich zum Vorwurf machen. Die Zeiten sind uns nicht freundlich gesonnen, wir sind weit von einer breiten Zustimmung entfernt, gleichzeitig hat sich das Tempo der »Entwicklung« stark erhöht, die Temperatur des gesellschaftlichen Klimas ist direkt proportional gesunken. Doch dieses Verhalten bewirkt Verschlossenheit und Abschreckung. Dabei ist Offenheit, um zahlenmäßig zu wachsen, so immanent wichtig.

● Das haben einige HierarchistInnen auch erkannt. Bei den meisten Verbänden gibt es eine mythosartige Offenheit: »hier kann jedeR mitmachen« – leider aber nur als StatistIn oder ZuarbeiterIn, doch das wird nicht dazu gesagt (Hier sei noch mal an die instrumentalisierte Basis von etwa Greenpeace oder Attac! erinnert. Ein anderer Mythos ist der Begriff »antiautoritäre Linke«, dahinter verbirgt sich nämlich wirklich ein von Dominanzen und Machtkämpfen stark durchzogener Zusammenhang von Gruppen. Hier gehen die richtig fiesen Machtkämpfe ab – und die MackerInnen sind noch nicht mal benennbar, weil die Hierarchie intransparent und unsichtbar ist. Natürlich gibt es kaum Gruppen, die ehrlich genug sind, das von sich zuzugeben. Dies soll aber ein Aufruf an alle sein, die das Gefühl haben, dass bei ihnen nicht alles so emanzipatorisch ist wie es sein sollte, das Problem anzusprechen und anzugehen.

IX.b) Lösung von Unten:

● Bei diesem Punkt handelt es sich um Bedürfnisse von Menschen, auf deren emanzipatorische Behandlung auch wir wenig Antwort wissen. Dem Mangel an Eigenverantwortung und Eigeninitiative mag durch eine projektorientierte Arbeit beigekommen werden; vielleicht steigt die Aktivität und Zuverlässigkeit wenn sich die AkteurInnen mit einem Projekt identifizieren. Das Problem, dass sie dann auf ein Projekt fixiert sind und nach dessen Beendigung sich wieder zurückziehen, oder aber bei all zu langer Arbeit an einer Sache das Interesse verlieren, ist jedoch gegeben.

● Transparenz durch Verlinkung, Vernetzung und Informierung ohne der derzeit üblichen Zensierungen nach Gut- und Schlechtdünken ermöglicht es Individuen, einen Handlungsrahmen zu finden. Gruppen sollten sich sichtbar machen, indem sie mit anderen gemeinsam Veranstaltungen machen, auf Flugblättern Telefonnummern angeben, so dass eine Person greifbar wird, falls jemensch aktiv werden will und sich an jemenschen wenden möchte. Vernetzung muss viel konkreter werden: Wir müssen unseren Mailinglistenwahn abbauen und so eine Entanonymisierung einleiten. Das kann Offenheit und Transparenz schaffen, was wichtige Voraussetzungen sind, um attraktiv zu sein. Sonst landen alle Menschen, die auch wir als Radikalere hätten ansprechen können bei Attac! Und warum? Weil das offen und attraktiv ist, während wir in Hinterzimmern und Kellerverliesen sitzen, wo uns niemensch sieht, sich hintraut oder gar hinverirrt.

● Ideen, wie der Vereinzelung entgegengewirkt, Offenheit hergestellt und Politik lebbar gemacht werden kann, während die »Von-oben« Methoden umgangen werden, haben wir keine neuen.

Soziale Verhältnisse sollen prozesshaft verändert werden, das heißt, dass wir unsere sozialen Interaktionen analysieren und verändern müssen, um von marktlogischem Verhalten wegzukommen. Die bisherigen Konzepte (Kommunen, Selbstverwaltete Betriebe) sind kritisch zu betrachten und zu analysieren, da sie alle in ihrem Anspruch komplett gescheitert sind. Neue, gute Ideen und Konzepte fehlen gänzlich, sind aber unbedingt und dringend notwendig. Denn der Egoismus und die Eigentumslogik haben kollektive und emanzipatorische Projekte bisher extrem erschwert und verunmöglicht. Wir müssen an einer Lösung dieses Problem arbeiten, um in der Lage zu sein, uns echte Freiräume zu erkämpfen und zu erhalten.

X. Kommunikation

Nicht statt findende oder falsch laufende Kommunikation in der Gesellschaft, aber auch in »unseren« Zusammenhängen, wird immer wieder als Problem benannt – bei genauerem Hinsehen mit vielen verschiedenen Hintergründen: Das Verhalten in Diskussionsrunden ist oft sehr makkerhaft geprägt, das heißt, sie folgt patriarchalen Sieg-Niederlage-Logiken (»jemanden platt machen« usw.), es geht ums Gewinnen, nicht um produktiv-inhaltlichen Austausch. Zu oft geht es gar nicht um Meinungsaustausch, Debatte oder Ähnlichem, sondern um die Wirkung im (schweigenden) Publikum; eine »Arenaatmosphäre« entsteht, die ganze Diskussion verkommt zu einem »verbalen Schwanzvergleich«.

Dazu kommen vielfach belehrungsartige, von oben herab sehende Kommunikationsformen, Dominanzrhetorik – vor allem gegenüber Frauen, Jüngeren und neuen Leuten, denen z.B. auf Plena immer wieder mit Arroganz und Selbstüberlegenheit begegnet wird. Die Neigung, mit vermeintlich objektiven Wahrheiten und »Wir«-Konstruktionen zu reden, entpersonalisierten Formeln und Verallgemeinerungen ('man' sollte...) verschleiern den subjektiven Charakter der eigenen Beiträge und machen diese unangreifbar. Monologe, bewusstes Unterbrechen und das unsensible Nicht-Eingehen auf einander verhindern gleichberechtigte Prozesse und sind auch persönlich belastend.

Kommunikation hat viele Ebenen und Facetten. Es geht mit Nichten immer nur um den Inhalt geleisteter Redebeiträge. Die Form, wie diese vorgetragen werden, kann davon nicht getrennt werden, ist sie doch ausschlaggebend für die Bereitschaft anderer, den Inhalt überhaupt für sich anzunehmen, dem/der Redenden überhaupt zuzuhören. Dazu gehören der Tonfall, die Lautstärke, die Stilmittel – Zynismus und Sarkasmus zum Beispiel können sehr verletzende, der Erniedrigung anderer dienende Stilmittel sein – die Mimik und Gestik und eine Reihe anderer Faktoren, die Kommunikation beeinflussen. Zusätzlich zu dieser formalen und der inhaltlichen Ebene existiert auch noch die emotionale Ebene, die sich sowohl auf das emotionale Verhältnis zwischen SenderIn und EmpfängerIn, wie auch auf das Verhältnis der beiden beteiligten KommunikationspartnerInnen zum transportierten Inhalt bezieht. Wichtig anzumerken ist vielleicht, dass Kommunikation auch auf nonverbaler Ebene stattfindet, was berücksichtigt werden sollte – etwa bei Sitzanordnungen.

X.a) Lösung von Oben:

● Teilweise existiert kein Problembewusstsein, es geht wirklich immer darum, den Kampf zu gewinnen, d.h. Machtmittel sind »Normalität« usw. Um sicher zu gehen, dass der Kampf auch gewonnen wird, besuchen die Wichtigmenschen auch Rhetoriktrainings. Damit ist das Ungleichgewicht zu allen anderen noch mehr manifestiert. Hieraus kann auch das Problem entstehen, dass gar nicht mehr die sinnvollsten, plausibelsten oder brauchbarsten Vorschläge vereinbart werden, sondern die am geschicktesten vorgetragenen.

● Es werden hierarchische Strukturen erhalten und immer wieder gefördert, die gleichberechtigte Kommunikation unmöglich machen, z.B. Podiumsdiskussionen, Vorträge oder ExpertInnenrunden, in denen es klare Trennungen und Hierarchien zwischen Publikum und AkteurInnen gibt. Aus der Kompetenz bzw. der Wissensvorsprung des / der Redenden werden Vorrechte (Redezeit usw.) abgeleitet; gegenüber »StörerInnen« und Unzufriedenen wird dies als Totschlagargument benutzt. Veränderungen und neuen Formen steht ein erheblicher Strukturkonservatismus in der »Linken« entgegen, an alten – selbst bei offensichtlichen Mängeln – Methoden festzuhalten (Beispiel Open Space: immer wieder für Kongresse vorgeschlagen, jedes Mal komplett abgelehnt oder bewusst falsch verstanden, erklärt bzw. umgesetzt).

● Nicht nur in Verbänden und NGOs, auch in weiten Teilen eher desorganisierter Zusammenhänge haben sich Methoden zur Steuerung von Kommunikation durchgesetzt: Moderation (Gesprächsleitung) oder Redelisten erhöhen zwar oftmals die Effektivität, Gleichberechtigung wird aber nicht verwirklicht: Wenn die Verantwortung an einzelne Personen abgeschoben wird, wird eine gemeinsame Lösung unmöglich, da sich die Beteiligten nicht verantwortlich fühlen oder genötigt sind, eigenes Verhalten zu reflektieren. Verregelungen lösen das Problem also nicht.

● Auch in linken Strukturen wird in der Regel mit Herrschaftsmitteln Kommunikation »geregelt«. Wenn Verleumdungen, Druck zur Anpassung, rhetorisches »Plattmachen« nicht ausreichen, gibt es immer noch Zensur oder völligen Ausschluss (als Pseudolösung) von unliebsamen Positionen u. Personen aus dem Prozess.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

X.b) Lösung von Unten:

● Ausgangspunkt ist, in der Gruppe eine kontinuierliche Analyse der Probleme zu entwickeln, die eine emanzipatorische Kommunikation verhindern. Dazu gehören Dominanzverhältnisse (wer Angst vor Ausschluss hat, kann nicht frei reden), gesellschaftliche Konstruktionen (Äußerungen von Frauen oder Jüngeren werden weniger gewichtet, ungeachtet ihrer inhaltlichen Qualität), ungleiche Ausdrucksmöglichkeiten usw. Gegenstrategien anhand von gemeinsam festgelegten Zielen (Gleichberechtigung, Autonomie, Effektivität, Kreativität) ausrichten.

● Wir sollten Kommunikation als Austausch von Meinungen zum Ziele der Weiterentwicklung der verschiedenen Persönlichkeiten, Ideen und Gruppen verstehen – ohne Belehrung, endgültige Wahrheit, Wettkampflogik und Dominanzen – eine Idee, die immer wieder neu vermittelt und mit Leben gefüllt werden muss. Dazu notwendig ist die Schaffung eines diskriminierungsfreien geistigen Raumes, in der jedeR ausreden kann u. nicht befürchten muss, »fertig« gemacht zu werden.

● Kommunikation ist ein sozialer (Lern-)Prozess aller, für den wir zusammen verantwortlich sind. Das bedeutet z.B. vor Gesprächsrunden kollektiv zu vereinbaren, wie wir uns zueinander verhalten wollen, während des Gesprächs gegenseitig auf Monologe, Dominanzen oder unsensibles Verhalten hinzuweisen. Direkte Intervention, d.h. das unmittelbare Ansprechen von Fehlern, Problemen und Bedürfnissen, ist ein wichtiges Mittel, um die Kommunikation aus der Gruppe heraus zu organisieren und Verregelungen, übergeordnete Instanzen überflüssig zu machen.

● Wir sehen die Welt nicht neutral, sondern vor dem Hintergrund subjektiver und teilweise tief verinnerlichten Rollenerwartungen und Vorurteilen (aufgrund Aussehen, Herkunft, Geschlecht, Alter usw.) – viele dieser Stereotypien verhindern ein Verständnis, intensives Kennenlernen und eine solidarische Debatte. Erwartungshaltungen und Stereotypien können allein oder (besser) gemeinsam aufgedeckt, hinterfragt und dekonstruiert werden.

● Statt entpersönlichenden, verobjektivierten Redewendungen sind persönliche, streitbare Formen der Kommunikation besser, da sie die Subjektivität offen zugeben und bejahen (»ich finde, dass...«). Wichtig ist, immer wieder darauf zu achten, »bei sich selbst bleiben«, d.h. eigene Wünsche und Vorstellungen einzubringen und nicht als Kollektivmeinung (»Wir müssen jetzt...«) zu konstruieren. Es handelt sich um sog. »Ich-Botschaften«. Du wirst leicht beobachten können, dass die Aggressivität, die aus überhöhter Selbstbewertung entsteht, schnell zurückgeht, wenn der/die/das jenige immer wieder dazu aufgefordert wird, über sich selbst zu sprechen, in den Sätzen in der ersten Person zu bleiben.

● Wichtig ist für alle, die eigene Sensibilität zu steigern, zu lernen, die eigene Dominanz auch mal zurück zu nehmen, Freiräume zu lassen, anderen zu zuhören, Aufmerksamkeit zu geben, und den Prozess zu beobachten und Bedürfnisse der anderen zu erkennen. Damit ist nicht die ansozialisierte Selbstlosigkeit gemeint, die es vielen Frauen oder anderen stärker unterdrückten immer noch schwierig macht, sich in Debatten einzubringen, offensiv für eigene Interessen einzutreten. Rücksichtsvoller Umgang darf nicht gegen die Selbstentfaltung und eigene Bedürfnisse gerichtet sein.

● Bei härteren Fällen von Mackerrhetorik oder bewusster Rededominanz mit Direkter Intervention antworten, d.h. Thematisierung, Irritation, Parodisierungen anwenden, um dominantes Redeverhalten bloß zu stellen und (Selbst-) Veränderung einzufordern. Es geht darum, die verschiedenen Ebenen von Kommunikation aufzudekken. Direkte Intervention richtet sich gegen etwaige Unterschwelligkeiten oder ganz bewusste Dominanzrhetorik oder verletzenden Tonfall. Der/die Betroffene wechselt die Ebene des Gesprächs und legt somit die ganzen mitschwingenden Kommunikationsmittel offen. ErSieEs könnte zum Beispiel laut sagen: »Aua, Du hast mich verletzt«. Übertriebene Gestik ist sinnvoll, um erniedrigende oder mackerhafte Verhaltensweisen deutlich zu machen, sowohl als Nachahmung der Gebärden des/der Redenden, als auch als Reaktion, wie Du Dich durch den/die andereN behandelt fühlst. Das könnte zum Beispiel ein sich-an-die-Wand-gedrängt-fühlen sein, Du könntest vor dem auf Dich gezeigten Finger der/desjenigen die Hände erheben oder Dich auffällig in Dich zusammenfallen lassen.

Grundsätzlich sollte die Begegnung aber mit einem Gefühl von »Gleichmut« geschehen. Gleichmut zu haben, bedeutet nicht seiner/ihrerseits wiederum nun SiegerIn zu werden, sondern zu versuchen, die Position des/der anderen zu verstehen, auch seine/ihre eventuelle Wut bzw. den Anlass seiner/ihrer Aggression mit-zu-fühlen, um dann aus dieser Position heraus – mit Verständnis für des/dies/das andereN – die Situation zu überwinden. Gleichmut bedeutet ausgeglichen sein, Mitgefühl zu pflegen und ruhig zu bleiben. Das ist manchmal ganz schön schwer, aber Du kannst bestimmt erleben, wie viel weniger anstrengend Kommunikation – auch Streit und Diskussion – wird, wenn die Eskalationsspirale in der Kommunikation aufgehalten wird. Eine Möglichkeit, Verständnis und Ausgeglichenheit zu transportieren, den/die anderen fühlen zu lassen, dass Du Dich um Mit-Gefühl bemühst, kann Körperkontakt sein. Je nachdem, wie gut ihr Euch kennt, kannst Du den/die AggressorIn kurz am Arm oder auf der Schulter berühren, in den Arm nehmen oder an den Händen fassen. Du solltest hier vorsichtig sein, nicht die Grenzen des/der anderen zu überschreiten. Ob und in wiefern Du Körperkontakt aufnimmst, hängt stark mit Deiner Beziehung zu Deinem/r Gegenüber und der Situation zusammen.

Es geht nicht um Harmoniesucht, erzwungene Friedlichkeit oder »wir lieben uns doch alle« Mentalität. Es geht darum, die Dominanzen und Schwierigkeiten von Kommunikation zu sehen, zu analysieren und zu überwinden – auf emanzipatorische Art. Unsere Kommunikation ist – wie unsere anderen Lebensbereiche auch – von patriarchalen und kapitalistischen Logiken durchzogen. Streit , Kritik und Diskussion sind notwendig und wichtig. Sie sollten aber jenseits von »Kampf« oder »Verwertung« stattfinden, wenn wir einen emanzipatorischen Umgang miteinander pflegen möchten.

Wie die Problematik von Kommunikation nach außen / innen vermittelt werden kann (außer Direkter Intervention und Kommunikationsguerilla), bleibt momentan eine offene Frage, da der Appell, die Gruppen sollen das irgendwie machen, noch nie funktioniert hat. Vermutlich wird es notwendig sein, Konferenzen, Seminare und Trainings zum gesamten »Organisierung von Unten«-Komplex zu veranstalten. Allerdings ist es immer ein Anfang, wenn diejenigen, die dieses Papier lesen oder an seiner Weiterentwicklung interessiert oder schon beteiligt sind, versuchen, diese Ansätze bei sich selbst zu verwirklichen (was immer nur ein Prozess ohne endgültiges Ergebnis sein kann) und in das eigene Umfeld zu tragen. Die Erfahrung hat bereits gezeigt, wie heilsam Kommunikationsinterventionen auf Bündnisplena sein können. Es handelt sich dabei um einen mühsamen Akt des immer wieder Bewusstmachens, wie wir alle uns gerade verhalten. Der lohnt sich jedoch, weil in einer verbesserten Kommunikationsatmosphäre, auch die besseren Inhalte transportiert und somit bessere Beschlüsse gefasst werden.

Abschließendes und konkrete Pläne zur Umsetzung

Auf mehreren Treffen haben einzelne Menschen aus dem Hoppetosse-Zusammenhang dieses Papier erarbeitet. Dabei haben wir versucht, uns auch konkrete Projekte auszudenken, die wir uns vornehmen wollen oder die wir anderen zur Verwirklichung vorschlagen möchten. Diese werden auf den nächsten beiden Treffen weiterentwickelt und ergänzt. Eine Übersicht erfolgt in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE.

Termine:

28.-31. März in der Projektwerkstatt Saasen: Offenes 4. Organisierung-von-unten-Treffen – alle Menschen mit Interesse an emanzipatorischer, kreativer Politik sind herzlich eingeladen.

26.-28. April in Düsseldorf: Überregionales Vernetzungstreffen – mehr in der nächsten Ausgabe.

Internet:
Hoppetosse – Netzwerk für kreativen Widerstand:
www.hoppetosse.net
Projekt »HierarchNIE«:
www.projektwerkstatt.de/ von-unten

MERCEDES »SPENDET« FÜR ZWANGSARBEITERiNNEN

Limousinen für die Entschädigung

Warschau, 26.1.02. Am Mittag erschienen einige gutgekleidete Vertreter der deutschen Zentrale der Daimler-Benz-AG mit ihren Dolmetscherinnen in der Daimler-Benz-Verkaufsstelle in der Warschauer Innenstadt. Dem Personal überbrachten sie die schriftliche Anweisung der Stuttgarter Zentrale, unverzüglich fünf hochwertige Limousinen zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zu spenden. Entsprechende Hinweistafeln hatte die Firmendelegation gleich mitgebracht, auch Mechaniker in Mercedes-Benz-Overalls, die sofort mit der Ausschilderung der Wagen begannen und sie für den Abtransport vorbereiteten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Umbruch-Bildarchiv Berlin ● Wer bei dieser Meldung stutzt, tut das völlig zu Recht. Tatsächlich ist Daimler-Benz nicht bereit, eine Radkappe mehr zu spenden, als es der Firma in den vergangenen Jahren für die Stiftungsinitiative abgenötigt werden musste, und die Firmendelegation bestand in Wirklichkeit aus Personen, die der Firmenpolitik der Daimler-Benz AG sehr kritisch gegenüberstehen. Auch die Anweisung sah echter aus, als sie es war, und die Hinweisschilder an den Wagen sind inzwischen wohl wieder entfernt worden. Zeitgleich zu dieser Aktion versammelten sich vor der Filiale über hundert polnische und deutsche AktivistInnen gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus mit der Forderung, den Beitrag der deutschen Wirtschaft und damit auch den von Daimler Benz für eine wirkliche und angemessene Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu erhöhen und alle Hindernisse für eine schnelle und vollständige Auszahlung endlich zu beseitigen.●

www.umbruch-bildarchiv.de

Angemessene Entschädigung statt Almosen

»Morgen, am 27.1., wird der Opfer des Faschismus und der Befreiung der Konzentrationslager gedacht. Wir nehmen dies zum Anlass, nachdrücklich die Forderungen der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Entschädigung statt Almosen zu unterstützen.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden mehr als 10 Millionen Menschen – zwei Drittel von ihnen Frauen – vor allem aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion (hier besonders aus der Ukraine) nach Deutschland verschleppt. Sie mussten in der Industrie, aber auch in Handwerksbetrieben, auf Bauernhöfen, in öffentlichen Einrichtungen, Kirchen oder privaten Haushalten Zwangsarbeit leisten. Das westdeutsche sogenannte Wirtschaftswunder nach dem Krieg wäre ohne die Zwangsarbeit nicht möglich gewesen.

Ohne den Druck, den Opferverbände in den USA ausübten, wären deutsche Wirtschaft und Regierung nicht bereit gewesen, den Überlebenden das ihnen zustehende Geld – das sowieso nie für alles »entschädigen« kann – zu zahlen. Nur die Angst vor Schadensersatzklagen, vor der Beschlagnahmung und Zwangsversteigerung deutschen Eigentums wegen der Entschädigungsklagen griechischer Opfer des Naziregimes und davor, Absatzmärkte zu verlieren, trieb sie zu dem Kompromiß, der zur Auszahlung einer ersten Rate Mitte letzten Jahres führte. Aber auch hier bewiesen die mit dem Umtausch in Zloty befaßten deutschen Geldinstitute wie Dresdner Bank und Deutsche Bank, dass sie weiter an jeder Mark sparen wollen: Mit dem schlechten Umtauschkurs gingen den Überlebenden zunächst Tausende von Zloty verloren, und es mußte langwierig nachverhandelt werden, bis Ende 2001 der deutschen Stiftung der Ausgleich der entstandenen Verluste abgerungen werden konnte. Die Auszahlung der zweiten Rate ist nicht in Sicht und es steht zu befürchten, dass ohne Druck auch diese verzögert, gekürzt oder sogar ganz gestrichen wird. Hierbei werden infamerweise auch Opfergruppen gegeneinander ausgespielt. Ganz zu schweigen von all den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die von vornherein von Geldzahlungen ausgeschlossen wurden oder den Hundertausenden, die keine Nachweise über ihre Zwangsarbeit erbringen können oder die schon gestorben sind.

Um den Druck auf die deutsche Wirtschaft in dem Sinne zu erhöhen – sind Initiativen in vielen Ländern nötig: Es hat sich gezeigt, dass die deutsche Wirtschaft besonders sensibel auf Druck aus dem Ausland und dortigen Imageverlust reagiert; – sind Aktionen auf verschiedenen Ebenen notwendig: Von offiziellen Verhandlungen, über Boykottkampagnen gegen deutsche Waren/Firmen, bis zu phantasievollen Happenings wie heute, muss alles unternommen werden, um der deutschen Wirtschaft so viel Geld wie möglich abzufordern.

Mercedes Benz war und ist einer der größten und wichtigsten Waffenproduzenten Deutschlands. In den besetzten und annektierten Gebieten errichtete Daimler-Benz in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht viele »kriegswichtige« Werke u.a. in Rzeszow. In allen diesen Werken setzte Daimler-Benz KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen ein: aus Auschwitz, Dachau, Ravensbrück, Majdanek und Sachsenhausen. In das Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerk in Genshagen waren über 1.000, hauptsächlich polnische Frauen verschleppt worden, fast alle aus dem KZ-Ravensbrück. Darunter befanden sich viele Teilnehmerinnen des Warschauer Aufstandes. Es war üblich, dass Vertreter von Daimler-Benz in die Konzentrationslager kamen, um sich die Arbeitskräfte persönlich auszusuchen, so auch für Genshagen. Nach dem Krieg weigerte sich Mercedes bis zuletzt, Lohnansprüche der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen anzuerkennen. Statt dessen ist Mercedes wie die anderen Unternehmen jetzt, nach über 50 Jahren Nichtstun, der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« beigetreten und hat damit die »billigste« Lösung gefunden: Das Stiftungsgesetz schließt Rechtsansprüche ausdrücklich aus und macht aus Menschen mit Lohn- und Entschädigungsansprüchen AlmosenempfängerInnen. Zwangsarbeit war und ist kein »moralisches, humanitäres Problem«, sondern steht in der bösen Tradition deutscher »Ausländerbeschäftigung« und Großmachtpolitik, und das gilt leider auch für die geringe »Entschädigung«, wie sie Mercedes zu zahlen bereit ist.

Daher stehen wir – eine Gruppe deutscher und polnischer AktivistInnen, die sich gegen Rassismus, Sexismus und Faschismus engagieren – heute vor und in Mercedes Benz, um den lumpigen Beitrag der deutschen Wirtschaft und damit auch den von Daimler Benz in die Höhe zu treiben! Kein Vergessen, kein Vergeben für die Profiteure der Zwangsarbeit!«●

Flugblatt der deutsch-polnischen »Initiative gegen den Schlussstrich«, das in Warschau verteilt wurde

SOZIALES WOHNPROJEKT FÜR JUNG & ALT STARTET

Integrativ Wohnen in Gräfenberg

Im März 2002 ist es soweit: Sieben Mitglieder des Vereins »Integrativ wohnen – Zu neuen Ufern e .V.« beziehen das Haus Walkersbrunn 44 im oberfränkischen Gräfenberg (bei Erlangen). Seit sechs Jahren arbeitet der gemeinnützige Verein an der Verwirklichung einer Vision gemeinschaftlichen Lebens von Jung und Alt. Schon lange waren die rund 30 Mitglieder im Großraum Nürnberg auf der Suche nach einer geeigneten Immobilie oder einem Baugrund. In Walkersbrunn, ca. 30 km nordöstlich von Nürnberg, sind sie jetzt fündig geworden.

Redaktion Heidelberg ● Fünf Frauen und zwei Männer im Alter von 26 bis 88 Jahren – darunter zwei Schwerbehinderte – werden im Frühjahr ihr neues Zuhause beziehen und die erste Zelle dieser »Wahlfamilie« bilden. Es gibt mittlerweile viele Projekte dieser Art in Deutschland. Das ist wenig erstaunlich. In einer Zeit, in der viele Familien auseinander brechen und alte Menschen isoliert leben, sucht man verstärkt nach Alternativen, nach neuen, tragfähigen Lebensformen, in denen Solidarität, Geborgenheit und nicht zuletzt Lebensfreude erfahrbar werden. Das Miteinander von Jung und Alt war ein Grundpfeiler der traditionellen Großfamilie, den heute viele Menschen schmerzlich vermissen. Dieses generationsübergreifende Zusammenleben möchte »Integrativ wohnen« wieder für seine Mitglieder erlebbar und fruchtbar machen.

In einem gemeinsamen Urlaub erprobt der Verein INTEGRATIV WOHNEN schon mal den »Ernstfall«

Die soziale Wohngemeinschaft vom Verein INTEGRATIV WOHNEN hat in Walkersbrunn-Gräfenberg ein Nest gefunden

Ziel der Gemeinschaft ist ein solidarisches Miteinander von Starken und Schwachen, ein Geben und Nehmen, gemeinsames Arbeiten und Lernen, Feiern und Freude am Leben. Aber auch gemeinsames Wachsen am Umgang mit Konflikten. Besonders Senioren und Behinderte schaffen sich mit dieser »Wahlfamilie« eine neue Perspektive. Schlagworte wie Vereinsamung, Altersdepression, Heimunterbringung oder Pflegebedürftigkeit verlieren für sie ihre große Bedrohung. Die Gruppe kann viele dieser Ängste auffangen.

Jeder trägt nach Fähigkeiten und Kräften in der Hausgemeinschaft zur Bewältigung des Alltags bei. Das schafft das Gefühl, nützlich zu sein und ein sinnvolles Leben zu führen. Es bedeutet eine Lebensqualität, die weniger von Leistung, Luxus und Konsum als vielmehr von den urmenschlichen Grundbedürfnissen nach Geborgenheit, Gemeinschaft und Fürsorge getragen ist.

Gesunde Ernährung und Lebensweise, verantwortlicher Umgang mit natürlichen Ressourcen gehören auch zu den Grundsätzen der Gemeinschaft. In Walkersbrunn will die Gruppe biologischen Gemüsebau betreiben, Kleintiere halten und Bienen züchten. Eine Mahlzeit pro Tag soll gemeinsam eingenommen werden. Das ist wichtig für die Kommunikation und Pflege der persönlichen Kontakte. Jeder hat aber auch das Recht auf Privatsphäre und kann sich in seine eigenen vier Wände zurückziehen. Gruppenzwang ist nicht gefragt. Außerdem will das Projekt kein Inseldasein führen, sondern sich in die Dorfgemeinde und in kommunale Verbände einbringen, z.B. mit Seminaren, gemeinsamen Festen oder Kulturprogramm. Darüber hinaus findet ein reger Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Siedlungsgemeinschaften in der Region statt.

Der Standort Walkersbrunn ist ausbaufähig und so gewählt, dass sich langfristig im Umfeld des ersten Hauses verschiedenste Wohnformen realisieren lassen. Der ersten Zelle in Haus 44 können nach einer Anlaufphase weitere Wohngruppen folgen. Für eine ausgewogene Altersstruktur sind vor allem auch junge Leute und Familien mit Kindern willkommen. Interessenten erhalten nähere Informationen über »Integrativ wohnen« bei Gisela Käb, Tel. (0 91 87) 72 81.●

FÖRDERANTRAG BEI EQUAL

Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften Innova eG i.G. gegründet

Der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. hat eine Entwicklungspartnerschaft initiiert, die den Namen »innova eG iG« Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften trägt. Sie wurde am 8. November 2001 gegründet, um einen Antrag im EU-Programm EQUAL zu stellen. Hauptaufgabe wird es sein, Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren, so dass diese in der Lage sind, Selbsthilfegenossenschaften zu gründen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Rechtsform des Vereins erweist sich in vielen Fällen für die Organisation der Interessen von arbeitslosen Projektgründern und Förderern der verschiedensten arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen als unpassend, wenn sie wirtschaftlich tätig werden wollen. Als Folge der Probleme mit den rechtlichen Instrumentarien werden Projekte oftmals daran gehindert, unbelastet und damit erfolgreich am wirtschaftlichen Geschäftsverkehr teilzunehmen. Im Gegenteil: Die meisten Organisationsformen spalten die Interessen der arbeitslosen Beteiligten (Teilnehmer bzw. Klienten) von den Unterstützern (Träger, Betreuer) und lokal Interessierten. Die Aktivierung von Selbsthilfe und Empowerment bzw. die Gründung von Projekten zum Aufbau einer eigenen lokalen Ökonomie ist mit solchen aus dem Rechtsrahmen resultierenden Projektformen kaum erreichbar.

Genossenschaft als Lösung

Die genossenschaftliche Rechtsform kann aus diesen und anderen schwerwiegenden Problemfeldern Abhilfe schaffen. Als wirtschaftliches Gegenstück des Vereins ist die Genossenschaft als die passende Rechtsform anzusehen. Das heißt, im Unterschied zu anderen Unternehmensformen, insbesondere der GmbH, eignet sie sich zur Umsetzung des Selbsthilfegedankens in einem wirtschaftlichen Betrieb, der von einer größeren Gemeinschaft getragen wird.

Die genossenschaftliche Rechtsform in Deutschland hat im Unterschied zu genossenschaftlichen Rechtsformen in anderen Ländern der Europäischen Union den Vorteil, dass die genossenschaftlichen Prüfungsverbände den gesetzlichen Auftrag haben, die wirtschaftliche Selbsthilfe der Genossenschaften zu begleiten. Dieses Instrumentarium macht es möglich, Unternehmen, die uneingeschränkt am wirtschaftlichen Geschäftsverkehr teilnehmen und damit auch dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, in der Einhaltung ihres Förderauftrages zu unterstützen.

Wenige Neugründungen

In der Realität kommt es zu vergleichsweise nur wenigen Selbsthilfegenossenschaftsgründungen im Sozialen Sektor. Hierfür sind eine Reihe von Hürden ausschlaggebend, die auf diese Situation einen entscheidenden Einfluss ausüben. Ihre Beseitigung bzw. ihr Abbau können zu einem wichtigen Impuls zur verstärkten Gründung von Selbsthilfegenossenschaften beitragen. Die wichtigsten Barrieren sind:

1. Mangel an Kenntnissen über die genossenschaftliche Rechtsform;
2. Defizite bei Beratung und Qualifizierung;
3. Mangel an geeigneten Finanzierungsformen;
4. Defizite bei Kooperationsfähigkeit und Motivation;
5. Fehlen praxisnaher Entscheidungshilfen.

Um dazu diese Mängel abzubauen, insbesondere unter 1 und 2 (Bekanntheit und Defizite bei Beratung und Qualifizierung), hat der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens die Initiative zur Gründung einer entsprechenden Entwicklungspartnerschaft ergriffen und einen Projektantrag im Rahmen des EU-Programms EQUAL gestellt.

EQUAL-Programm als Chance

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL verfolgt das Ziel, Arbeitslosigkeit zu verhindern und zu bekämpfen, Humanressourcen zu entwickeln sowie lebenslanges Lernen und die berufliche und soziale Integration von benachteiligten Gruppen zu fördern. Damit sollen ein hohes Beschäftigungsniveau, die Gleichstellung von Frauen und Männern, eine nachhaltige Entwicklung sowie der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt gefördert werden. EQUAL umfasst zugleich das spezifische Ziel, mit innovativen Konzepten Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Dabei ist EQUAL denselben Zielen verpflichtet wie die übrige Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF).

EQUAL ergänzt die allgemeinen ESF-Ziele um die Aspekte Transnationalität und Innovation. Das Programm verfolgt einen experimentellen Entwicklungsansatz zur Beseitigung von Ungleichheiten und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt. Neue Konzepte der Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik sollen entwickelt und erprobt werden. Gleichzeitig gilt es, die Erfahrungen und Ergebnisse über »Mainstreaming«-Prozesse zu verbreiten, zu verallgemeinern und in die künftige Politik und Praxis zu integrieren.

Insgesamt stellt die Europäische Union aus dem Europäischen Sozialfonds für EQUAL 2,973 Milliarden Euro für den Zeitraum 2000 bis 2006 zur Verfügung. Allein nach Deutschland werden 514,5 Millionen Euro fließen. Dazu kommen nationale Fördermittel als Kofinanzierung. Kern von EQUAL sind sogenannte Entwicklungspartnerschaften (EP), in denen die relevanten Akteure des Arbeitsmarktes gemeinsam einen integrierten Ansatz zur Bekämpfung von Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt entwickeln.

Antrag mit sechs Teilprojekten

Die vom *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.* initiierte Entwicklungspartnerschaft trägt den Namen *innova eG iG* Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. Sie wurde am 8. November 2001 gegründet, um einen Antrag in ihrer Trägerschaft mit der Anfangs skizzierten inhaltlichen Ausrichtung auf den Weg zu bringen. Gründungsmitglieder sind neben dem Bundesverein der *Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.*, die *Bank für Sozialwirtschaft AG*, der *GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen*, das *Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.*, *netz NRW Verbund für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V.*, der *Sächsische Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.* und *Univation – Institut für Evaluation und wissenschaftliche Weiterbildung e.V.*

Innova eG iG stellte im Rahmen von EQUAL einen Antrag, mit einem Antragsvolumen von insgesamt rund 6,2 Mio. DM. Darin sind sechs verschiedene Teilprojekte integriert in Brühl, Bremen, Waiblingen, Oschatz, Leipzig und Dresden. Im Vordergrund des Projekts steht die Qualifizierung von Arbeitslosen für die Gründung und Stabilisierung von Selbsthilfegenossenschaften. Verbunden damit sind:

1. Aktivierung gemeinschaftlicher Selbsthilfe durch Beteiligung;
2. Mobilisierung regionaler Potenziale und Bedarfe;
3. Entwicklung der individuellen Fähigkeiten der Gruppenmitglieder;
4. Nutzung und Ergänzung bestehender Strukturen.

Letzteres bedeutet, daß die Verbesserung der Lebensqualität überforderter Nachbarschaften bzw. bedrohter Quartiere und Verbesserung der Lebensperspektiven der jeweiligen Bewohner ein besonderer Schwerpunkt der betreuten Selbsthilfegenossenschaften sein soll.

Phasen der Umsetzung

Das Projekt wurde positiv beschieden. Unklar ist allerdings noch, ob auch über die Phase 1 hinaus eine Umsetzung erfolgen wird. In Aktion 1 konkretisieren die Entwicklungspartnerschaften ihren spezifischen integrierten Handlungsansatz, vereinbaren mit ihren transnationalen Partnern ein Arbeitsprogramm und festigen ihre interne Partnerschaft. Aktion 1 ist eine Art »Vorlaufphase« und dauert bis zu sechs Monate, also bis Mitte 2002. In Aktion 2 setzen die Entwicklungspartnerschaften ihren Handlungsansatz um, entwickeln und erproben die von ihnen angestrebten Innovationen und kooperieren dabei mit ihren transnationalen Partnern.

Aktion 3 beginnt zeitgleich mit Aktion 2 und dient der Verallgemeinerung und Verbreitung der Erfahrungen und innovativen Ergebnisse der Entwicklungspartnerschaften. Besonders wichtig ist die Integration der Resultate in die Politik (»Mainstreaming«). An Aktion 3 nehmen nur ausgewählte Entwicklungspartnerschaften teil. Dazu wird eine gesonderte Bewilligung erteilt. Insgesamt kann der Förderzeitraum der Entwicklungspartnerschaften bis zu drei Jahren betragen. Die Postadresse der Entwicklungspartnerschaft *innova* wird zunächst bei der Geschäftsstelle des *Sächsischen Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.* (Hedwigstrasse 6, D-04315 Leipzig) angesiedelt sein. Anfragen und Kontaktaufnahmen sollten an diese Adresse gesendet werden.●

PFERDE, FAHRRÄDER UND AKTIONEN

Galopper für den Frieden

»Die Zigeuner kommen«, solche Kommentare müssen sich die Friedensreiter schon mal anhören, wenn der Tross von Pferden, Reitern, Fahrradfahrern und Versorgungsfahrzeugen irgendwo auftaucht.

Svenja Nierentz, Redaktion Bremen-Umland ● Seit einigen Jahren sind auch Stella Callsen-Bracker und Manfred Moehrke aus Ottersberg-Narthauen mit von der Partie, wenn Pferde und Drahtesel für den Frieden gesattelt werden. Die Idee zur Initiative »ReiterInnen für den Frieden« entstand 1981 in Stukenbrock in Westfalen. Damals nahmen dort Menschen mit ihren Pferden an einer Gedenkveranstaltung am Antikriegstag teil. Seit 1984 wird jedes Jahr ein Friedensritt organisiert. 30 bis 40 Menschen mit Pferden oder Fahrrädern nehmen an der zehn- bis zwölftägigen Aktion teil. Immer mit dabei, ein Tross mit Anhängern, Autos und ein LKW. Mitmachen kann jeder, der Spass und Interesse hat. »Vom Punki bis zur Frau Doktor ist alles dabei«, so Moehrke. 15 Mark pro Person und Tag und 5 Mark pro Pferd kostet die Teilnahme. Pferde werden nicht zur Verfügung gestellt. Jeder bringt sein eigenes mit. »Man muss sich ja auch auf sein Pferd verlassen können, wenn wir in die Stadt reiten«, erklärt Stella Callsen-Bracker.

Alles gemeinsam

Gewohnt wird in Zelten, gekocht wird gemeinsam und jeder packt mit an. »Einmal haben die, die am Samstag einkaufen mussten, zu wenig eingekauft. Da knurrte uns der Magen, weil Wochenende war,« erzählt Moehrke. »Es ist alles ein riesiges Chaos und jeder wundert sich, dass es klappt.« Die Teilnehmer sind »Idealisten«, das ist seine Erklärung dafür, dass immer alles glatt geht. LKW's, Anhänger, Zelte und sonstiges Zubehör stellen die Teilnehmer selber zur Verfügung. »Jeder, der was hat, bringt es mit.« Und wenn was fehlt, und es ist Geld da wird es gekauft. Die finanziellen Dinge sind auf jeden Fall Nebensache. »Wer kein Geld hat, der muss auch nicht bezahlen«, meint Moehrke. Große Unterschiede gibt es beim Alter. Vom Kleinsten, der gerade mal stehen kann bis hin zum Ältesten mit 72 Jahren, ist bei den Friedensreitern alles vertreten. »Wir sind alle tolerant und jeder hat seine Macken«, findet Moehrke. Da sei es auch mal vorgekommen, dass jemand mitten auf

In Kassel schickte die Friedensritt-Initiative reitende Boten zu Krauss-Maffei-Wegmann, die beteiligt sind an der Panzerproduktion

einer Wiese sein Notstromaggregat angemacht und sich rasiert hat.

Von Stadt zu Stadt

Tagsüber wird geritten oder in der jeweiligen Stadt werden Aktionen veranstaltet. Sketche, Theater oder Musik, je nach Teilnehmern und Ideen finden in den Strassen statt. »Die Stücke werden einen Tag vorher geübt, man setzt sich abends einfach kurz zusammen«, meint Moehrke. Immer mit dabei, auch beim Theater spielen, sind natürlich die Pferde, denn die bringen die Aufmerksamkeit der Zuschauer. Die Veranstaltungen in den Städten, hängen davon ab, von welchen Gruppen oder Initiativen die Friedensreiter eingeladen werden. »Wir werden von den Gruppen genutzt, um deren Interessen zu vertreten«, erzählt Moehrke. Der aktuelle Anlass, wie 2000 zum Beispiel die EXPO, und die Möglichkeit irgendwo unterzukommen, entscheiden über die Strekke, die geritten wird. Letztes Jahr ritten die Friedensreiter auf Einladung des Kasseler Friedensforum von Göttingen nach Kassel. In Kassel wurden reitenden Boten zu Krauss-Maffei-Wegmann geschickt, da die Firma an der Panzerproduktion beteiligt ist. Auch dieses Jahr sind die Friedensreiter unterwegs.●

Friedensritt 19. bis 28. Juli 2002 mit Pferd, Fahrrad ... Strecke noch nicht festgelegt. Sabine Mago (03 90 57) 24 29, Ute Rademacher (0 22 64) 69 23 oder Sulamith Weil (0 48 41) 97 48 80

BILANZ DES 9. JUGENDUMWELTKONGRESSES (JUKSS) IN DRESDEN

Der Jukss muss politischer werden?!

Ronny Keydel, Jens Mätschke (Jukss) ● Dieses Jahr kamen besonders viele junge Leute zum Jukss. Ein Drittel der 500 TeilnehmerInnen war 18 Jahre alt oder jünger. In Bezug auf die politische Wirkung des Kongresses gibt es also zu bedenken, dass viele das erste Mal zum Jukss kamen bzw. überhaupt erstmals ein solches Treffen besuchten. Für sie war die Erfahrung »Ich bin nicht allein mit meinen Sorgen, Ideen und Hoffnungen« wohl das wichtigste Ergebnis und vielleicht Motivation für ihr eigenes späteres Handeln.

Ein wichtiger Anspruch des Jukss ist Platz für verschiedene Meinungen zu geben und durchaus Konflikte und widersprüchliche Ansichten nebeneinander existieren zu lassen. Eine sachliche Diskussion ist besser als Ausgrenzungen von Anders-Denkenden. Ein Beispiel war eine Diskussionsrunde über Sinn und Unsinn der Forderungen von den Globalisierungskritikern ATTAC. Des weiteren liefen über 130 Arbeitskreise (AKs) und Exkursionen zu Themen vom Ökolandbau bis »Was ist Anarchie?« und auch einige praktische AKs zu Rhetorik, Filzen, Iglubauen.....

Das Organisationsteam des Kongresses löste sich zu Beginn auf und alle Aufgaben wurden durch Basisgruppen übernommen. Ein gutes Beispiel dafür, dass auch 500 Menschen sich nach kleinen Startschwierigkeiten recht gut selbst verwalten können und es keiner Hauptverantwortlichen bedarf. Allerdings gab es auch Aufgaben die schlecht funktionierten (z.B. Teller spülen). Umsicht und Selbstverantwortung sind wichtige Bausteine für das Leben in basisdemokratischen Gruppen. Aber die eigenen Verhaltensweisen, die mit der Sozialisation des Einzelnen einher gehen, sind in einer Woche Jukss nicht umprogrammierbar.

Die Entscheidungsfindung auf dem Kongress beruht auf einem Basisdemokratiemodell (kleine Basisgruppen für Diskussionen und SprecherInnenräte aus je einem Vertreter je Basisgruppe zur Abstimmung der Diskussionsergebnisse der Basisgruppen und zum Einbringen von Anträgen in das Großplenum). Eine Plenumsvorbereitungsgruppe versuchte Themen vor dem Plenum zu sammeln und gab Vorschläge zum Ablauf des unmoderierten Plenums. Nach zwei langatmigen, wenig lösungsorientierten Plena, die stark unter der Selbstdarstellung einiger weniger litten und in denen viele »Kleinigkeiten« lang und breit diskutiert wurden, fanden sich einige gefrustete TeilnehmerInnen zusammen, um über Verbesserungen der Plenumskultur zu beraten. Alte und neue Ideen zur Strukturierung und persönliche Zurücknahme im Interesse der Gruppe machten das Plenum dann effektiver, interessanter und kürzer. Es fand sich auch eine Gruppe, die Vorschläge für das Entscheidungsmodell zum nächsten Jukss ausarbeiten will. Sie trifft sich Ostern in Süd-Niedersachsen.

Auf dem Kongress kursierte ein Faltblatt mit der Forderung »Der Jukss muss politischer werden!« Es beklagte, dass vom Jukss zu wenig Impulse nach außen dringen und er eher eine geschlossene (Party-)Gesellschaft darstellte. Sicherlich gab es jeden Abend Bands und Partys und das »Jukss-Erlebnis« nahm einen großen Raum ein. Die Ergebnisse nach außen – eine Resolution zu Rio+10 und die Planung einiger weiterer Umwelttreffen – wirken etwas dürftig. Jedoch sind es die TeilnehmerInnen selbst, welche die Potentiale des Jukss – dieses Experimentierfeldes für Basisdemokratie und Selbstverwaltung – nutzen oder eben nicht. Der Jukss bietet auch Anreize für junge Menschen, die noch in keinen umwelt-/politischen Zusammenhängen tätig sind und sich erst orientieren. Die Chancen und Potentiale zu und aus der aktiven Gestaltung des Kongresses können nicht oft genug im Vorfeld und beim Jukss betont werden.

Also, auf ein neues in Hamburg zum 10. Jukss! (Weitere Informationen zur Planung unter www.jukss.de).●

BIOMARKT GEMEINSCHAFT EG, GRÄFELFING

Alles unter einem Dach

– eine Kooperation mit Geschichte & Tradition

Zur Zeit der Entstehung des »Bio-Bewußtseins«, im Jahr 1985, gründeten engagierte Verbraucher, Biobauern und Biogärtner die Naturland Marktgemeinschaft. Ihr damals erklärtes Ziel war die »Vermarktung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln« – und das ist es bis heute geblieben. Die traditionelle Gesellschaftsform der Genossenschaft als wirtschaftliche Solidargemeinschaft bewahrte der Bio-Marktgemeinschaft, denn so lautet der Name seit dem Jahre 1990, ihre finanzielle Unabhängigkeit. Auch für die Zukunft setzen die Gräfelfinger Bio-Genossen auf eine klar definierte, verbraucherorientierte und weitgehend kompromisslose ökologische Handelspraxis.

Renate Arnold, Red. Genossenschaften ● Mit ihren über 240 Mitgliedern entwickelte sich die »Bio-Marktgemeinschaft, Genossenschaft zur Vermarktung ökologisch erzeugter Produkte eG« mit Sitz in Gräfelfing zu einem erfolgreichen Unternehmen. Sie kann als Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft mit starker Ausrichtung auf die Verbraucher angesehen werden. Bei der Versorgung mit konsequenten biologischen Produkten im südbayerischen Raum übernimmt die BIO-MARKT-Kooperative immer wieder eine wichtige Pionierrolle. Denn zu ihren Zielen gehören bis heute: gesunde Lebensmittel für jedermann und eine lebenswerte Zukunft durch Erhaltung des Lebensraumes für Mensch und Tier. Dem durch zahllose Lebensmittel-Skandale arg strapazierten Vertrauen der Verbraucher setzen die Genossen eine größtmögliche Transparenz der Erzeugungs- und Handelswege ihrer ökologischen Erzeugnisse entgegen. Umfassende und sachgerechte Information über »gesundes« Wirtschaften und gesunde Ernährung ist noch immer der beste Verbraucherschutz.

Wurzel für neue Initiativen

Ein wichtiger Meilenstein für die Vermarktung ökologischer Lebensmittel war die Gründung der ÖKORING Handels GmbH im Mai 1993. Die Bio-Marktgemeinschaft als Hauptgesellschafter brachte darin ihren Großhandelsbereich ein. Heute versorgt der ÖKORING als Großhandel ca. 400 Naturkostläden, Hofläden, Reformhäuser und Kantinen mit ökologischen Produkten. Alle Bauern, Gärtner und Landwirtschaftsbetriebe, die den BIOMARKT beliefern, sind gleichzeitig Mitglied in einem anerkannten Verband für ökologischen Landbau und unterliegen dadurch auch dem staatlich organisierten EG-Bio-Kontrollsystem. Sie spritzen weder Chemie noch trimmen sie ihre Pflanzen oder Tiere künstlich auf Hochleistung.

Umfassendes Angebot

Im Mittelpunkt der Genossenschaft stehen heute die beiden Biomärkte Gräfelfing und Stemmerhof. Der Biomarkt Gräfelfing wurde von der Genossenschaft selbst lange Zeit als »größter Fachmarkt für ökologische Produkte in Bayern« bezeichnet. Angeboten wird hier alles, was das Sortiment kontrolliert-ökologischer Erzeugungsweise in den vergangenen 20 Jahren hervorgebracht hat: die große und bunte Vielfalt von frischem Obst und Gemüse, Molkereiprodukten, Käsespezialitäten, Vollkornbackwaren, Getreide, Müsli, Mehl, Teigwaren, Antipasti, Öl, Essig, Tee, Gewürze, Honig und vieles mehr. Die bewährten Fach-Marken aller bekannten Anbieter des modernen Öko-Marktes sind vertreten. Darüber hinaus findet der interessierte Kunde hier eine große Zahl von speziellen Produkten, die einer besonderen Lebens- oder Ernährungsweise entstammen. Dazu gehört die Abteilung für Makrobiotik, die für Allergiker, Diabetiker, Lebensmittel nach Rezepturen der Hl. Hildegard v. Bingen oder des traditionellen indischen Ayurveda. Täglich werden Frischprodukte angeliefert, soweit es die Jahreszeit erlaubt vorzugsweise aus der Region.

Ein umfangreiches Getränkeprogramm reicht von rund 50 Säften und modernen Erfrischungs-Drinks über Wasser bis hin zu vielen unterschiedlichen Biersorten. Die mit Liebe gepflegte Weinabteilung ist auch durch ihre legendären Wein-Verkostungen weit über Gräfelfings Grenzen hinaus bekannt geworden. Rund 150 ausgesuchte Weine aus ökologischen Keltereien rund um den Erdball stehen hier zur Wahl. Im sogenannten Non-food-Bereich sind die beiden Biomärkte Gräfelfing und Stemmerhof gut bestückt. So finden sich neben Naturkosmetik und Pflegeprodukten auch aus konsequenter ökologischer Kreislaufwirtschaft stammende und daher tatsächlich biologisch abbaubare Wasch- und Reinigungsmittel. Kornmühlen und andere Haushaltsgeräte stehen in großer Auswahl bereit.

Ein umfangreiches Getränkeprogramm und frisches Gemüse gehört zum Selbstverständnis des Bio-Markt Stemmerhof

Der Bio-Markt Stemmerhof ist ein Naturkostfachmarkt auf rund 300 qm, der teilweise als Shop-in-Shop-System geführt wird

Initiative Stemmerhof

Im Sommer 2000 wagte die Bio-Marktgemeinschaft den Sprung in Bayerns Hauptstadt: Sie eröffnete im Herzen von Sendling, also fast im Münchner Innenstadtbereich, ihren zweiten Naturkostfachmarkt auf rund 300 qm: den Bio-Markt Stemmerhof. Damit wurde aus einem zuvor improvisierten Zeltverkauf auf dem Anwesen ein moderner, geräumiger und freundlicher Naturkostladen im ehemaligen Kuhstall. Von Monika Demgen mit dem größten persönlichen Engagement geleitet entwickelte der neue Biomarkt innerhalb weniger Wochen eine enorme Strahlkraft und Eigenständigkeit. Beide Märkte verfolgen nun in geschwisterlicher Weise die Ziele der Genossenschaft: konsequente ökologische Produkte in einem weiten Umkreis um München bekannt zu machen und zu verkaufen.

Fachmärkte mit Kooperationen

Initiator und Mitbegründer des BIO-MARKTes ist Robert Dax, der sich schon seit 1982 konsequent und mit aller Leidenschaft für ökologische Themen engagiert. Bis heute bringt er seine vielfältigen Erfahrungen in die Geschäftsführung ein. Inzwischen weitgehend für den ÖKO-RING-Großhandelsbereich und damit für den direkten Kontakt zu den Erzeugern und Herstellern verantwortlich, steht er an den Samstagen noch immer seinen treuen Kunden und seinen Mitarbeitern im Gräfelfinger Biomarkt mit Rat und Tat zur Seite.

In beiden Biomärkten ist eine jeweils selbständige Biometzgerei integriert. Während sie am Stemmerhof von der *TAGWERK-Genossenschaft* mit Sitz in Dorfen bei Erding betrieben wird, beginnt in Gräfelfing in diesen Tagen gerade eine neue Partnerschaft mit einer nach Naturland-Richtlinien arbeitenden Hofmetzgerei. Die Bio-Metzgereien führen stets frisches Rind-, Kalb-, Schweine- und Lammfleisch und über 50 verschiedene Schinken- und Wurstsorten: alles ausschließlich aus kontrolliert-ökologischer Landwirtschaft und bis in den einzelnen Stall zurückzuverfolgen.

Im Bereich des ökologischen Bauens, Einrichtens und Wohnens besteht seit 1993 eine enge Kooperation mit dem *NATURBAU & WOHNMARKT Neuhausen*. Er bietet unter anderem Parkette, Boden- und Wandbeläge, konsequente Naturfarben, Lacke, Öle, Betten und Naturtextilien. Auch Schadstoffmessungen und Schlafplatzuntersuchungen können hier veranlasst werden. Diese Zusammenarbeit setzt sich bis heute im Stemmerhof fort, in Gräfelfing wurde der Bio-Baumarkt im Sommer 2001 als Filiale der »Naturbau Oberland« aus Raisting fortgeführt.

Um diese große Vielfalt und besondere Beratungskompetenz auch nach außen hin zu dokumentieren, finden zweimal im Jahr auf den Außenflächen der beiden BIO-MÄRKTE große Marktaktionen statt. An meist über 40 Ständen stellen sich Erzeuger und Verarbeiter persönlich vor. Dem Verbraucher kann so nicht nur Sicherheit und beste Beratung garantiert werden, sondern auch Transparenz und innere Bindung bei der Lebensmittelbeschaffung.

Und wer sich als bewusster Verbraucher an der aktiven Gestaltung dieser beiden BIOMÄRKTE beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen, der Bio-Marktgemeinschaft eG als Genossin oder Genosse beizutreten. Wer drei oder mehr Genossenschaftsanteile erwirbt kommt außerdem in den Genuss eines besonderen Mitgliederrabattes von 3%, der dann natürlich in beiden Märkten gilt. Ein gutes Beispiel für eine Umsetzung des genossenschaftlichen Förderauftrags.●

BIOPRODUKTE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gesund essen und damit die eigene Region entwickeln

Die Beteiligung der Bauern in der Direktvertriebsgenossenschaft »Ursprung« ist neben der Eröffnung von Hofläden eine Möglichkeit, ihre Waren frisch an den Kunden zu bringen. Die Genossenschaft »Ursprung« beliefert auch den Bioladen »Keimblatt«, der das größte Vollsortiment ökologisch erzeugter Produkte in Mecklenburg-Vorpommern anbietet. Bislang ist der Greifswalder Laden der östlichste Naturkostladen in diesem Bundesland.

Dörthe Hein, Red. Genossenschaften ● Greifswald – Mitten in der Greifswalder Innenstadt erwartet die Kunden seit drei Jahren das größte Vollsortiment ökologisch erzeugter Produkte in Mecklenburg-Vorpommern. Beliefert wird das »Keimblatt« von 20 Ökobetrieben aus Vorpommern, von Damitz auf Rügen bis Ramelow bei Dargun. Die Zulieferer haben so die Möglichkeit, ihre Produkte direkt zu vermarkten. Darunter sind 50 Käsesorten und rund 30 verschiedene Gemüsesorten aus Vorpommern. Das Motto des »Keimblatts« ist »Die Region zuerst«. Das Sortiment umfasst alles, vom Öko-Brot bis zum Toilettenpapier.

»Rund ein Viertel der 1.700 Produkte, die wir anbieten, kommt aus der Region«, betont Markus Maaß, Geschäftsführer der Naturkost Vorpommern GmbH. Die Beteiligung der Bauern in der Direktvertriebsgenossenschaft »Ursprung« ist neben der Eröffnung von Hofläden eine Möglichkeit, ihre Waren frisch an den Kunden zu bringen. »Viele Betriebe liegen so weit abseits in der Pampa, dass kaum Kunden vorbei kommen würden und einen eigenen Verkaufswagen, mit dem sie sich auf einen Markt stellen, können sich die Erzeuger nicht leisten«, schildert Maaß die Schwierigkeiten. Die Dichte ökologisch produzierender Betriebe in Vorpommern ist laut Maaß größer als in Mecklenburg. »Im westlichen Landesteil ist der Absatz aber viel höher, schon wegen der Ballungszentren Schwerin und Rostock«, erläutert der Geschäftsführer.

Kaum Veredelung der Produkte

Nach Angaben des Schweriner Landwirtschaftsministeriums gibt es in Mecklenburg-Vorpommern rund 500 ökologisch produzierende Betriebe. Auf etwa 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird ökologisch angebaut. »Das Problem ist aber, dass die ökologisch erzeugten Produkte nur in weniger Fällen veredelt werden«, so Markus Maaß. Getreide beispielsweise würde mit anderem, konventionell erzeugten Getreide vermischt. Eine getrennte Verarbeitung lohne sich wegen der geringen Mengen meist einfach nicht.

Das Interesse an ökologischen Erzeugnissen ist laut Maaß groß. »Bei uns geht Hinz und Kunz einkaufen«, berichtet Maaß. In der vorlesungsfreien Zeit bricht der Umsatz nur um etwa 20 Prozent ein. Das zeige, dass die Kundschaft nicht nur auf Studenten beschränkt ist, sondern alle Bevölkerungsschichten im Keimblatt einkaufen. »Wir haben Kunden, die nur bestimmte Produkte bei uns einkaufen, andere erledigen ihren kompletten Einkauf bei uns.« Wöchentlich kaufen rund 1.500 Kunden in dem 80 Quadratmeter großen Laden ein.

Umsatzsprung durch BSE

»Im ersten Halbjahr 2001 ging der Absatz, nach dem BSE-Skandal, deutlich nach oben.« Das »Keimblatt« habe viele Neukunden, gerade für Biofleisch gefunden. »Der Umsatz ist um rund 20 Prozent gestiegen«, blickt Maaß zurück. Das Blatt wendete sich im September. Ökobauern beobachteten weiß verfärbte Pflanzen auf ihren Feldern und in den Vorgärten. Das auf großen Flächen von Rapsfeldern aufgebrachte Unkrautvernichtungsmittel Brasan verbreitete sich auf die ökologisch betriebenen Flächen und vernichtete die Pflanzen. Das Gemüse durfte nicht mehr verkauft werden. Erst seit Mitte November dürfen die Produkte wieder als »ökologisch« verkauft werden.

»Für die Kunden gab es das Signal: Bio ist nicht mehr sicher«, sagt Maaß. Das habe sich zum Teil bis heute in den Köpfen fest gesetzt. Beim Gemüse liegen die Mindereinnahmen bis heute bei rund 30 Prozent, obwohl alle Tests keine Rückstände von Brasan ergeben haben. Tonnen von Tomaten seien an Schweine verfüttert worden oder sogar vergammelt. Der Imageschaden sei nicht berechenbar. Insgesamt geht Maaß von einem Verlust von bis zu 130 000 Euro aus. Für das »Keimblatt« ist die Zukunft nicht gefährdet. »Wir sind dabei, eine Filiale in Heringsdorf einzurichten«, sagt Maaß. Bislang sei der Greifswalder Laden der östlichste Naturkostladen in Mecklenburg-Vorpommern.●

Andere »68er« und ihre Geschichte

Das Bild von »1968« wird heute durch die Staats-Linke geprägt, die ihren Marsch durch die Institutionen abgeschlossen hat und die Vergötzung des Kommunismus spätestens Mitte der 80er durch die Anbetung von Marktwirtschaft und Demokratie ersetzt hat. So werden Figuren wie z.B. führende Grüne als VertreterInnen der politischen Generation angesehen, die das Erbe von »68« verkörpere. Die elf, leider durchweg männlichen Autoren des hier vorliegenden Bandes wollen dem entgegentreten und auf mehrere Dinge hinweisen: Sie bestreiten zum einen den Alleinvertretungsanspruch der Staatslinken, die noch heute von dem moralischen Kapital zehren kann, das sie sich in einigen, angeblich wilden Jugendjahren erworben hat. Sie weisen vehement daraufhin, dass die 68er-Bewegung Demokratie (wenn nicht gleich Sozialismus) auch hinter dem Werkstor erreichen wollte, ein uneingelöster Anspruch, von dessen Verwirklichung mensch heute weiter entfernt ist als 1959 und sie rufen in Erinnerung, dass persönliche und soziale Emanzipation »1968« eine große Rolle gespielt hat, diese ebenfalls nicht völlig eingelöst ist, ja nie völlig eingelöst sein kann und nicht zuletzt heute eine große Rolle spielt. Damit befinden sich die Autoren weit jenseits ihres vorrangigen Bezugsrahmen: der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung. Nicht zuletzt vertreten sie diejenigen »68er«, deren Lebenslauf nicht an der Universität seinen Ausgangs- oder Endpunkt findet.

Die Beiträge sind meist autobiographisch geprägte Texte von gewerkschaftlich und betrieblich engagierten Linken, die um »68« bzw. kurz danach politisch sozialisiert wurden. Sie schildern die alltäglichen kleinen und größeren Kämpfe am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder in der Gewerkschaft. Einige Beiträge thematisieren auch Veränderungen in Betrieb und Gesellschaft und beleuchten, wie sich Arbeiterpolitik in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Werner Imhof kritisiert z.B. scharf, dass die Gewerkschaftsklinke immer noch davon ausgehe, eine konsequente Interessenpolitik sei tendenziell schon sozialistisch.

Die meisten Artikel sind aber Beiträge, in denen die Autoren über ihr Leben, ihre Erfolge und Niederlagen berichten. Es ist leicht auszurechnen, dass die Autoren heute zwischen 50 und 60 Jahre alt sind. Man kann erfahren, mit welch großem Kraftaufwand sie ihre politischen Positionen vertraten und vertreten und wie mutmachend die heutige Bewegung gegen Globalisierung für sie ist. Der Band ist ein Beitrag, in dem das Leben und Wirken von »unbekannten« Linken festgehalten und veröffentlicht wird, das sonst kaum und erst recht nicht in Form eines Buches dokumentiert wird. Es ist ein Beitrag zu einer Alltags-Geschichte »von unten« vor allem der 70er Jahre.●

Bernd Hüttner

Jochen Gester/Willi Hajek (Hrsg.): 1968 – und dann? Erfahrungen, Lernprozesse und Utopien von Bewegten der 68er Revolte; Atlantik Verlag; Bremen 2002, 218 S., 10 EUR (www.atlantik-verlag.de)

Eine neue Streitschrift

»Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern.«

»Wenn Joschka Fischer zurücktreten muss, dann hoffentlich deswegen«, schrieb die Wiener Tageszeitung »Die Presse« über Elsässers letztes Buch »Kriegsverbrechen«, das sich mit der Rolle der BRD im Krieg gegen Jugoslawien befasst. Und in der Tat hat Elsässer, nach Meinung des SPIEGEL ein »Berufszyniker« mit »altlinken Klischees«, in seinem Ende Januar erschienenen Buch erneut eine ebenso gründlich recherchierte wie polemisch geschriebene Analyse der Grünen und von Teilen der 68er vorgelegt.

Nach dem 11. September und dem prompten Schulterschluss mit der US-Kriegspolitik geht er vor allem den tieferliegenden und längerwirkenden politisch-ideologischen Strömungen derjenigen Linken nach, die sich etwa ab 1977 von marxistischen Paradigmen schleichend verabschiedeten oder sofern sie aus ehemaligen maoistischen Gruppen kamen, die Supermachtstheorie nahtlos in den Gründungskonsens der Grünen überführen konnten.

Elsässer arbeitet die zentrale Rolle der »neuen französischen Philosophie« (Foucault, Guattari) heraus, die den Kitt des ideologischen Scherbenhaufens so unterschiedlicher Strömungen der »Neuen Linken« wie ökopazifistischen Gruppierungen, RAF-Anhängern, Maoisten und der Fischer-Gang aus Frankfurt bildete. Ebenso schwerwiegend stellt sich nach Elsässer das Defizit heraus, dass Teile der »Neuen Linken« nie einen Begriff von der besonderen Rolle des deutschen Faschismus entwickelten und keine historische Analyse des Nationalismus und Regionalismus als Waffe des deutschen Imperialismus bei der Zerstörung bestehender europäischer Staaten erarbeitet wurde. Diese beiden Stränge, neue französische Philosophie und und ein völlig defizitärer Imperialismusbegriff, führten schon zu Beginn der 80er Jahre zum Beispiel in der Afghanistan-Frage direkt in die Armee des US-Imperialismus.

Auf diesem Hintergrund betrachtet Elsässer die konkrete Entwicklung der Grünen über die Beteiligung an Landesregierungen bis zur rot-grünen Bundesregierung und zeigt, wie die heute tonangebenden »Armani-Intellektuellen«, von denen die meisten nie eine Ausbildung beendet und fast alle einen Beruf nur für kurze Zeit ausgeübt haben, die Politik zur Einnahmequelle machten. Diese Gruppe konnte in den 80er Jahren die radikalpazifistischen (Jutta Ditfurth) oder dezidiert sozialistischen Strömungen (Ebermann/Trampert) soweit marginalisieren, dass die Fischer-Linie sich auf den Kriegsermächtigungsparteitagen von Münster und Rostock durchsetzen konnte. Die heute dominierende Strömung nennt Elsässer in Anlehnung an den Marxschen Begriffs des Lumpenproletariats »Lumpenintelligenzia«, also die verkommendsten Subjekte einer gesellschaftlichen Klasse.

Detailliert beschreibt Elsässer die Rolle der Grünen bei der Ausdehnung des militärischen Einflusses der BRD über den Kosovo nach Mazedonien und in der aktuellen Kriegsphase, bei der es dem deutschen Imperialismus auch immer um eigene Interessen in Konkurrenz zum US-Imperialismus geht. Ein besonderes Kapitel widmet er dem Begriff den Grüne und Teile der »Neuen Linken« von der US-dominierten Zivilisation haben und verbreiten. Dabei macht er auf den großen Unterschied zwischen der Losung aus der französischen Revolution »liberte, egalite, fraternite« und dem amerikanischen »persuit of happiness« aufmerksam. Während die Revolution von 1789 vom Anspruch her einen Gleichheitsgrundsatz propagierte, der innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft auf Grund der Klassenspaltung nicht eingelöst werden kann, geht der Begriff des »Strebens nach Glück« von vorneherein nicht von einem gesellschaftlich, sondern von einem rein individuell begriffenen Streben aus, das in den Kampf der Stärkeren gegen die Schwächeren führen muss.

Elsässer schließt mit dem furiosen Kapitel »Oma Künast fährt im Kälberstall Motorrad«, in dem er die Kampagnenpolitik der Grünen am Beispiel BSE untersucht und der Linken in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen als vorrangige Aufgabe zuweist, »Partei der Aufklärung« zu sein.●

Jukka Tarka

Jürgen Elsässer: Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern. 172 S., Brosch., Pahl-Rugenstein Verlag, 14,50 EUR, ISBN 3-89144-295-5.

Alltag im Wirtschaftswunder

Bremer Werftarbeiterfamilien im Wirtschaftswunder der 1950er Jahre

Das neue Buch der Bremer Historikerin Renate Meyer-Braun zeigt deutlich, dass längst nicht alle Menschen am viel gepriesenen bundesrepublikanischen Wirtschaftswunder der 50er Jahre teilnahmen. Es gab zwar Urlaub, Haushaltsgeräte, das erste Auto, aber längst nicht für alle und erst recht nicht zur selben Zeit. Etliche der in dem Buch vorgestellten Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Bremer Werft A.G. Weser fuhren z.B. erst Ende der 60er Jahre das erste Mal in Urlaub, als sie teilweise schon über 20 Jahre im Arbeitsleben standen. 1956 suchten in Bremen noch über 30.000 Menschen dringend eine Wohnung, obwohl von Kriegsende bis 1955 schon 45.000 neue Wohnungen gebaut worden waren. Eine Arbeiterin beschreibt mit »Es ging nur bei klein, bei klein«, wie langsam die Anschaffung der Haushaltsgeräte vor sich ging, die vor allem den Frauen Entlastung von mühseliger Handarbeit brachten.

Meyer-Braun lässt die Arbeiterfamilien selbst berichten und ergänzt die Zitate dann mit Zahlen und Wertungen. So entsteht ein lebendiges Bild vom Alltag der Arbeiterschaft in den bekannten Bremer Arbeiterhochburgen: Arbeiten und Wohnen, Kindererziehung, Verwandtschaft und Freizeit und das Verhältnis zwischen Männern und Frauen sind die Bereiche die hier näher vorgestellt werden. Die harte Arbeit und die Verhältnisse auf der Werft selbst sind weniger Thema.

Die Erzählungen zeigen deutlich, wie stark die Menschen im Stadtteil und im Betrieb verankert waren. Man wohnte in der Nähe der Werft, eventuell sogar in einer von der A.G. Weser geförderten Wohnung, verbrachte seine meist eher knappe Freizeit in den Arbeitervereinen, auf Parzelle oder, das betraf dann mehr die Männer, in den einschlägigen Kneipen. Viele der Arbeiterfrauen waren auch erwerbstätig, mehr aus Finanznot als aus dem Wunsch nach Selbstverwirklichung. Ein eigener Abschnitt ist den Schweißerinnen gewidmet, die auf der Werft für großes Aufsehen sorgten: 1959/60 herrschte akuter Facharbeitermangel, die sog. Gastarbeiter kamen erst später, und die Werftleitung entschloß sich zu dem ungewöhnlichen Schritt, Frauen zu Facharbeiterinnen auszubilden.

Beim Lesen entsteht auch eine leise Vorstellung davon, wie die Verankerung im Arbeitermilieu langsam lokkerer wurde, das Leben sich änderte. Das Auto und der Fernseher, gemeinhin die Symbole des Wirtschaftswunders, spielten dabei eine Rolle. Trug ihre Anschaffung doch zur Vereinzelung bei, man saß jetzt abends im Pantoffelkino zu Hause oder fuhr statt mit anderen Arbeitern zusammen per Rad oder Bahn stolz allein im eigenen Wagen zur Arbeit. Zwar waren viele froh, aus ihrer zu viert bewohnten, feuchten 57 qm-Wohnung in eine Sozialwohnung umziehen zu können, doch die gemütliche Wohnküche, in der man sich unter Nachbarn zwanglos traf, die gab es jetzt nicht mehr.

Das Buch ist angenehm zu lesen, abwechslungsreich und mit vielen Fotos versehen, es ist ein lebendiges Dokument über die 50er und 60er Jahre im Arbeitermilieu einer Industriestadt. Was zu kurz kommt ist die Reflektion der ökologischen und sozialen Folgen des Wirtschaftswunders: Spannend wäre es gewesen zu erfahren, ob die ArbeiterInnen ihr Leben wirklich nur als Aufstieg, als Entwicklung zum Besseren und Schöneren begriffen.●

Bernd Hüttner

Renate Meyer-Braun: Alltag im Wirtschaftswunder. Bremer Werftarbeiterfamilien in den 50er Jahren, Edition Temmen, Bremen 2001, 176 S., 15,90 EUR

Libertäre Literatur

Was ist libertäre Literatur? Die Frage scheint so simpel und doch können sich darüber die Gemüter erhitzen. Die anarchosyndikalistische Zeitung *Direkte Aktion* (November/Dezember 2001 berichtet auf S. 11) von einem einwöchigen Treffen auf Mallorca, wo es um ein anarchistisches Literatur- bzw. Kunstverständnis ging. Herauskam, dass ein FAU-eigner Verlag gegründet und ein »Jahrbuch libertärer Kunst« herausgegeben werden soll. Die Schwierigkeit, die sich mit dem Schlagwort »Libertäre Kunst« ergibt liegt auf der Hand: Musik, Bilder oder die Form eines Gedichtes können nicht libertär sein, es kann also nur ein libertärer Inhalt transportiert werden. Die Form selbst mag sich von vorgegebenen Sehgewohnheiten oder althergebrachten Versmaßen abheben, muss aber nicht zwangsläufig libertär sein.

Wie schwierig das mit dem inhaltlichen Anspruch libertärer Literatur ist, schildert ein ausgezeichneter, und durchaus kritischer Artikel in der *Graswurzelrevolution* (Januar 2002 auf S. 6) »Meine Verse sollen Bomben sein – Glanz und Elend anarchistischer Poesie während des Spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939«. Hier wird aufgezeigt, dass neben der Aufforderung an das »arbeitende Volk« sich poetisch auszudrücken, auch semiprofessionelle Poeten unter dem Mantel libertäre Poesie Nationalismus und Chauvinismus proklamierten. Es kommt also auf die Menschen an, die die Poesie produzieren, ihr Versuch mit der Dichtung einen emanzipatorischen Beitrag zu leisten. Die klassischen Vorläufer, auf die sich das libertäre Lager stützt sind hier die deutschen Dichter/Anarchisten Erich Mühsam und John Henry Mackay.

Mackay (1864-1933) erfuhr in den 70er Jahren eine Renaissance und scheint jetzt eine zweite Welle zu erleben. In Amerika werden derzeit eine ganze Reihe seiner Bücher neu- bzw. erstmals veröffentlicht. In Deutschland gibt es zum 70. Todestag im nächsten Jahr auch einige Neuauflagen der vergriffenen Bücher. Gerade neu erschien eine Ausgabe von »Sturm«, einer Gedichtsammlung, die erstmals 1888 in Zürich erschienen ist und in Deutschland sofort unter den Sozialistengesetzen verboten wurde. Trotzdem folgten zahlreiche Auflagen, und Erweiterungen, sowie gekürzte »Volksausgaben«. Seit 1911 ist Sturm nicht mehr komplett erschienen, was jetzt wieder der Fall ist. Sicherlich ist die Sprache als solches veraltet (genauso wie bei anderen Klassikern halt auch), dennoch bewegen einige, erschreckend aktuelle Gedichte immer noch, und haben weder inhaltlich noch in ihrer Sprachkraft verloren: »Liebe die Erde! – Liebe nicht das Land, / Weil dir ein Zufall dort die Pfade wies. / Ein Land ist niemals frei. Küsst du die Hand, / Die dich in Fesseln zwang? In Knechtschaft stieß?« (S. 35).

Die Themen: kleingeistiger Nationalismus, der Staat und seine Gesetze, die freie Liebe, Kritik an Herrschaftsstrukturen (auch im aufkommenden Kommunismus), aber auch geschichtliche Themen wie z.B. die Justizmorde an den Chicagoer Anarchisten, oder dem Räte-Aufstand von 1919.

Mackay fühlte sich seinem Individual-Anarchismus verpflichtet – bis zum letzten Atemzug, und dies manifestiert sich sicherlich am deutlichsten in seinen Gedichten. Sich dieser Tradition bewusst sind die treibenden Kräfte der o.g. Debatte auch die Dichter Ralf Burnicki und Michael Halfbrodt, die 1994 mit dem Projekt »Blackbox« eine verlegerische Plattform schafften und »Fraktal« als Autoren-Netzwerk installierten.

In ihrem Buch »Die Wirklichkeit zerreißen wie einen misslungenen Schnappschuss« sind sie sicherlich im Stil moderner – aber die Thematiken bleiben halt die selben. Ob interpunktionslose Prosa, oder wie bei Michael Halfbrodt, der etwas pädagogisch im Anhang an seine Gedichte Annotationen hinzufügt (wie beim Prosatext »Nieder« und dem Gedicht »Schnee von Gestern«), oder eben wie bei Ralf Burnicki's Texte, die herkömmlich im Stil abgefasst wurden (bis auf »Anarchie braucht keine Hosenträger«, ebenfalls interpunktionslos und auch beim Text »Stau« gibt es einen »Begleittext«). Sicherlich, spätestens seit dem Dadaismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind nicht mehr viele Möglichkeiten sich schriftlich zu artikulieren übriggeblieben, aber wie gesagt, ich denke es kommt doch eher auf den Inhalt an, der transportiert werden soll. Die jüngeren Texte sind auch nicht mehr so propagandistisch, sondern eher private Betrachtungen einer immer absurder werdenden Welt. Allerdings werden diese Aussagen im Gegensatz bei den »bürgerlichen« AutorInnen, in einem politisch klaren Umfeld publiziert, welches dann wiederum sie zu »libertären Dichtern« macht bzw. ihre Poesie zu einer libertären. Ähnliches gilt es für die Anthologie »feldpost 2000 – Deutschland wieder im Krieg« zu sagen. Hier kommen 28 AutorInnen zum Thema Krieg – hier der Jugoslawien-Krieg – zu Wort. Die Formen decken die gesamte Bandbreite des literarischen Stils ab, und das Lay-out ist eher dadaistisch/70er-Jahre-Stil. »feldpost 2000« ist – obwohl relativ spät erschienen, leider eine der wenigen Anti-Kriegsstimmen im Linken Lager bzw. bei den Libertären geblieben.

Hier vereinigen sich »Fraktal«- und socialbeat-Autoren, und andere unabhängige, wie Uwe Timm (Hamburg) oder Lutz Rathenow. Der hier ausgefochtene Kampf von AutorInnen innerhalb ihrer »Alternativ«-Medien gegen die Sprache der Herrschenden in allen Medien samt ihrem Konsens einer Kriegslogik. Heute wissen wir, dass hier erst der Anfang gemacht worden ist, und seit dem Golfkrieg wissen wir, dass Kriege nur soweit in den Medien präsent sind, wie die Herrschenden davon Nutzen ziehen.

Somit stellt sich neben der Frage, wie weit Poesie auch libertär sein kann, wie viel Literatur überhaupt bewegen kann, egal welche politische Intension sie vertreten will. Der Widerspruch ist vorprogrammiert.●

Jochen Knoblauch

Ralf Burnicki / Michael Halfbrodt: Die Wirklichkeit zerreißen wie einen misslungenen Schnappschuß – Libertäre Poesie. Verlag Edition AV'88 Frankfurt/M. 2000 / 107 S. 16,80 DM

John Henry Mackay: Sturm – Gedichte. Espero Berlin/Hamburg 2001 / 108 S. / 26 DM

Raimund Samson (Hrsg.): Feldpost 2000 – Deutschland wieder im Krieg. Edition Anares Bern 2001 / 80 S. 12 DM

Den Laden schmeißen

Wie praxistauglich Ratgeber-Bücher sind, ist leicht zu erkennen. Manche stehen noch nach zehn Jahren stramm und unbefleckt im Bücherregal – weil kaum gelesen. Andere tragen Eselsecken und Kaffeeflecken – ehrenhafte Spuren eines häufigen Gebrauchs. Ein solches Buch ist »Den Laden schmeißen« von »Geld & Rosen«, der ersten feministischen Unternehmensberatung hierzulande.

Der Klassiker wird jetzt 13 Jahre alt und hat bei seinen Nutzerinnen einen ebenso guten Ruf wie die 13. Fee: eine eigenständige Frau mit Sinn für Humor und Realität. Zum Geburtstag wurde eine neue Auflage gedruckt. Weil sich seit 1988 nicht nur das Bewusstsein der Frauen, sondern auch die Gesetze grundlegend geändert haben, wurde das Handbuch von den Autorinnen Brigitte Siegel, Marie und Barbara Sichtermann – sehr aufwändig überarbeitet und aktualisiert. Auch in der Neufassung beweist der Leitfaden, dass »Geld & Rosen« aus der Praxis für die Praxis schreiben. Anhand vieler Beispiele – Erfolgsstorys und auch kläglicher Bauchlandungen – wird Schritt für Schritt durchgeackert, was frau als Unternehmerin leisten und wissen muss.

Superfrauen – die locker Job, Kind und Beziehungsstress meistern, kommen im Buch nicht vor. Stattdessen phantasievolle und tatkräftige Frauen, die aber auch schon mal durchhängen. In solchen Situationen heißt es nicht lapidar »Glaub an dich« oder »Gnädige Frau, Sie werden es schon schaffen«, sondern ganz sachlich wird erörtert: welcher Schritt ist der nächste und wo kann frau sich Hilfe holen.

Unzählige Leserinnen haben Lulu, Harriet oder Inge kennen gelernt mit ihren mutigen, oft verschlungenen Wegen in die Selbstständigkeit. 1999 wurden die Rechte an dem Leitfaden sogar nach China verkauft. Nun fragt sich frau zwar, welchen Nutzeffekt Chinesinnen aus der Lektüre ziehen, zumal im Land der Mitte sicher nicht deutsche Abgabenordnungen und Körperschaftssteuergesetze gelten dürften. Vielleicht interessiert die Chinesinnen aber die Tatsache, dass heute immer mehr Frauen in Europa weniger einem staatlich gelenkten Kollektiv, als den eigenen Kräften vertrauen.●

Monika Mengel

Babara Sichtermann, Marie Sichtermann, Brigitte Siegel: Den Laden schmeißen – ein Handbuch für Frauen, die sich selbständig machen wollen. Fischer Taschenbuch-Verlag, 9,90 EUR, ISBN 3-596-14925-8

Umweltfreundliche Computer

Computer sind heute oftmals umweltfreundlicher als noch vor Jahren. Viele Geräte fallen automatisch in einen Strom sparenden Schlafmodus, weisen eine minimale Bildschirmstrahlung auf und sind weitgehend frei von gefährlichen Chemikalien. Doch können Verbraucher diese Umweltvorteile beim Kauf eines Computers kaum erkennen. Allen umweltbewussten Computer-Freaks bietet die VERBRAUCHER INITIATIVE deshalb eine praktische Einkaufshilfe.

»Nicht einmal Computer-Händler wissen über die Umwelteigenschaften ihrer Produkte Bescheid, geschweige denn die Kunden«, beklagt der Umweltreferent der VERBRAUCHER INITIATIVE, Ralf Schmidt. Dabei ist die Umweltbilanz mancher Geräte äußerst bedenklich. Bis zu 19 Tonnen Rohstoffe werden für die Herstellung eines PC verbraucht. Dazu kommen zahlreiche giftige Stoffe, etwa das Flammschutzmittel PBDE, das sich in der Umwelt anreichert und immer häufiger in Muttermilch nachgewiesen wird. Und auch der Stromverbrauch kann teuer zu stehen kommen: Computer können alleine zwei Drittel der Leerlaufverluste im Haushalt hervorrufen und auf diese Weise etwa 40 Euro im Jahr nutzlos verschwenden.

Die VERBRAUCHER INITIATIVE empfiehlt deshalb, beim Computer-Kauf auf Umweltzeichen zu achten. So kann man zum Beispiel anhand des GEEA-Zeichen der Gemeinschaft Energielabel Deutschland besonders Strom sparende Computer auf den ersten Blick erkennen. Darüber hinaus ist der »Blauer Engel« oder das TÜV-Eco-Kreis-Zeichen eine nützliche Orientierungshilfe. Von wem und nach welchen Kriterien diese Label vergeben werden und was man beim Kauf eines Computers aus Umweltsicht noch beachten sollte, hat die VERBRAUCHER INITIATIVE in einer achtseitigen Broschüre zusammengestellt, die gegen Einsendung von 2,60 EUR (Scheck oder Briefmarken, inkl. Versand) bei der VERBRAUCHER INITIATIVE e. V., Elsenstraße 106, 12435 Berlin, oder online unter www.verbraucher.org bestellt werden kann.●

PROJEKTE

Zur Gründung eines ökologischen Mittagtischs mit Restaurant oder Café suchen wir noch weitere engagierte Menschen, gerne mit Kocherfahrung. Interesse?
Netzwerk Anders Leben Soest
Pollhofstr. 5, D-59494 Soest
☎(0 29 21) 34 10 01

Kreativer Randaleführer 2002

Für die NATO-Tagung in München war er schon von Sicherheitsbehörden entdeckt worden – damals entpuppte sich der Randaleführer aber als harmloser Stadtplan.

Nun erscheint er tatsächlich, entstanden in den Diskussionen um kreativen Widerstand – bei den »Multiaktivisten in einem kleinen Dorf in Hessen« (O-Ton Hamburger Verfassungsschutz). Doch auch diesmal ist nichts geheim: Der »Randaleführer 2002« ist ein Terminkalender bis Sommer 2002 mit allen wichtigen Events, Seminaren und Hinweisen zu kreativem Widerstand. Verpackt ist das Ganze als Brettspiel, auf dem AktivistInnen versuchen, Tagungen oder Naziaufmärsche zu verhindern, während die Polizei sie einzufangen versucht. Der Weg führt von Termin zu Termin, gespickt ist der Weg Ereignissen aus der politischen Arbeit – zynisch werden dabei vor allem Peinlichkeiten aus dem Alltag linker Gruppen verwurstet.

Das Spiel gibt es gegen 2 Euro in Briefmarken, Scheck oder Bargeld (pro weiteres Spiel 1 Euro dazu) bei der
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11
[illegible]447 Reiskirchen).

Freiwillige für Mozambique, Angola und Botswana

5 Positionen
Start in März und April

- Soziale Arbeit mit AIDS-Waisen
- Schulen und Kliniken bauen
- Lesen, Schreiben und Landwirtschaft lehren
- Baumpflanzungen und Umweltkampagnen organisieren

Qualifikation:
4-6 Monate intensives Training in Denmark, Trainingsunkosten. Stipendien möglich.

HUMANA PEOPLE TO PEOPLE
Ruf Jan an: 0045 20 29 18 88
volunteer@humana.org
www.humana.org

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird parallel zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen
Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte

Aus dem Inhalt der Nr. 1:
K. Reitter, "Der Begriff der abstrakten Arbeit" - M. Gassner, "Die marxschen Schemata" - M. Birkner, "Der schmale Grad" - R. Foltin, "Frantz Fanon wiederlesen?" - K. Neundlinger, "Apologie der Erstarrung" - Buchbesprechungen
Für die nächsten Nummern sind folgende Schwerpunkte geplant:

Nr. 2 (Mai 2002): Negri/Empire/Multitude
Nr. 3 (Herbst 2002): Zum Begriff der Krise

Die grundrisse erscheinen vier mal pro Jahr - das Abo kostet nur 18 Euro weltweit
Bestellungen und Probenummern an:
grundrisse@gmx.net
www.grundrisse.net

INTERIM INTERIM
Vierzehntägiges Berlin-Info

Widerstand braucht Diskussion!

für 3 Mark in Infoläden, linken Buchläden oder im Abo:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Queer Bands gesucht für SOLI-SAMPLER für autonome FrauenLesben Projekte in Heidelberg
Kontakt:
rqs@Frauen-Lesben-HD.de
FrauenLesben-Sampler
c/o Contraste
Postfach 104520
69035 Heidelberg

245 Seiten Linke Bücher!
Unser Katalog 2001 fällt leider aus personellen Kapazitäten aus - ein umfassender Datenbankaufbau hat Vorrang.
Wer bis zum nächsten Jahr nicht warten will: für 20 DM gibt's einen umfangreichen Titelausdruck (Betrag wird ab einem Bestellwert von 200 DM verrechnet) - mit genug Lesestoff für's Jahrtausend!
Anares
Postfach 107 510 · D-28075 Bremen
Fax 04 21 - 7 94 02 31
e-mail: anares-nord@gmx.de

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur Abschaffung der Meisterpflicht als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der Gewerbefreiheit
-Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

REGIONALTREFFEN BUH

1.3.02 Bremen im Lagerhaus Schildstraße im Vorraum 20.15 Uhr Treff der »Bremer Böhnhasen«

6.6.02 Oldenburg »bei Beppo« 19.30 Uhr Auguststr. 57, 26121 Oldenburg
Infos zum Thema »Selbstständig ohne Meisterbrief«

8.3.02 Ottersberg im Café KuKuC 19.30 Uhr (BUH-Regionalgruppen OHZ & Verden fusionieren)

iz3w
iz3w Sonderheft
▸ **Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus**
Themen u. a.
- **Widerstand:** *Von Seattle nach Genua*
- **Brasilien:** *Aufstand der Landlosen*
- **Indien:** *Frauenbewegungen*
- **BRD:** *Selbstorganisation von Flüchtlingen*
- **Streitgespräch:** *Attac versus BUKO*
- **Perspektiven:** *Globalisierung und internationale Solidarität*

72 S., DM 10,- / €5,- *plus Porto*

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

▸ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

AUF | STEHEN | BLEIBEN
Zusammen für eine bunte Welt

Unser Kampagneninfo mit 21 Argumenten gegen Rechts erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige und 3.- Euro (gern in Briefmarken).

Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 459:
Schwerpunkt: Berliner RZ-Prozess
★ Mythen um Stammzellen
★ Feministische Analysen nach dem 11. September
★ Porto Alegre, Attac und die Globalisierung
★ Tarifrunde 2002: Betonköpfe gefordert
★ NPD und VS: Bund fürs Leben
★ Eurokommunismus – ein Rückblick

Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

TEXTE ZUR KUNST
WWW.TEXTEZURKUNST.DE

NR. 45 (MÄRZ 2002)
POSITIONEN, HEINER BASTIAN, KLAUS BIESENBACH, BÜRO FRIEDRICH, KULTURPOLITIK IN ITALIEN, BERNARD BUFFET, FLORIAN ILLIES, NEO RAUCH, SARAH LUCAS...
NEUE EDITIONEN VON OLAF NICOLAI UND THOMAS RUFF
zu bestellen bei Redaktion & Verlag TEXTE ZUR KUNST, Torstrasse 141, D-10119 Berlin
Tel: +49 30-28 48 4939 / Fax: +49 30-2848 4938 / e-mail: verlag@textezurkunst.de

peb up
Multimedia Produktion
Wenn Sie schon immer
- einen Internetauftritt gewünscht haben,
- Ihre Website aufpeppen wollten,
- von einer Multimedia-Präsentation geträumt haben,

dann sprechen Sie uns an
Mehringdamm 69, 10961 Berlin
Tel. 030-610 73 009 Email:kontakt@peb-up.de
www.peb-up.de
Internet - CD ROM

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

kassiber 48 [Dezember 2001]
☑ „Justice will be done!": Der „Krieg gegen den Terror" - um alte Vormachtstellungen
☑ Bundeswehr bereitet den Angriffskrieg vor
☑ Die Ethnisierung des Krieges in Afghanistan
☑ Kriege werden vorbereitet ... unter anderem an der Universität Bremen
☑ Das Böse steckt im Kabel: Bundesregierung verabschiedet den totalen Lauschangriff
☑ Kapitalistische Globalisierung: Der Standortwettlauf als gesellschaftliches Leitprinzip
☑ „...wenn andere aus unseren Schwierigkeiten lernen": Interview mit einer ehemaligen Genua-Gefangenen
☑ Berlusconi ohne Maske
☑ Koloniale Bilderwelt und Subjekt: Zur Verschränkung von Rassismus und Sexismus
☑ u.v.a.m. (68 Seiten für 5 Mark)

kassiber gibt es u.a. im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen. Fax: 0421-75682, eMail:kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
kassiber im Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/k_home.htm
kassiber-Sonderausgabe zum Krieg [Oktober 2001]: * Feindbild Islam: Mit Huntingtons "Clash of Civilization" erklärt sich der Westen zukünftige Weltkonflikte * Islamischer "Fundamentalismus" * Osama bin Laden: Vom CIA-Zögling zum Top-Terroristen * Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr * Schurkenstaaten und states of concern * u.v.a.m. [48 Seiten für 4 Mark]

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland**, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken**, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Information & Kommunikation,** 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 12.-14.4.2002

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 26.-28.4.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

Los geht's
Selbstbestimmt leben
Gruppen gründen
An Pfingsten 2002 (16. bis 20.5.) lädt die Kommune Niederkaufungen zusammen mit der Villa Locomuna in Kassel wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 250 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen,
Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07-0, Fax 80 07 40
E-Mail: kommune@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

FLI

Forum für Libertäre Informationen
Nächstes Treffen vom **29. Mai bis 2. Juni 2002** in Bebra-Imshausen
Kommt aus den Nischen – zum Kennenlernen, Informieren, Diskutieren, Austauschen, Bewegen. Wir sind kinderlieb, tragen Wanderschuhe, reden bis zum Umfallen, kochen zusammen ...bringt Musik mit, Gitarren, Trommeln ...
Kontakt: FLI c/o Meeuw, Postfach 3643, D-26026 Oldenburg
E-Mail: fli-treffen@gmx.de
www.free.de/dada/fli

MEDIEN

Webgrafik mit Photoshop
Die neue Photoshop-Version bringt ausgezeichnete Werkzeuge für das Erstellen von Webgrafiken mit. Der Kurs verschafft Ihnen einen praxisbezogenen Zugang zu Photoshop-Grundlagen wie Ebenen, Auswahl- und Zeichenwerkzeugen. Erfahren Sie alles über webgerechte Dateiformate und Formatkonvertierung. Üben Sie das Scannen von Fotos und Geschäftsgrafiken.
Termin: 13.-15.3.2002

Multimediales Web-Publishing
Informations-Design
mit Dreamweaver
Multimediales Arbeiten am PC ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text- und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot zu erstellen. Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr.
Termin: 8.-10.4.2002

Der Stoff, aus dem die Web-Seiten sind
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Mit dem HTML-Editor »Phase 5« lernen Sie die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind?
Das Seminar richtet sich an Online-Redakteuere und an Redakteure von Unternehmens- oder Verbands-Sites. Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 11.-13.4.2002

Dynamische Webseiten aufbauen
Sie müssen kein Informatiker sein, um Skriptprogramme einzurichten. Der Kurs führt Sie in die Grundlagen der Programmierung mit JavaScript, PHP4 und Perl-CGI ein. Anhand praktischer Beispiele und Übungen lernen Sie, wie Sie Ihren Webauftritt dynamisch machen, ohne ihn zu überladen. Sie erfahren etwas über Skriptrecherche und die Anpassung von frei verfügbarem Programmcode. Gute HTML-Kenntnisse werden vorausgesetzt.
Termin: 15.-19.4.2002

Domains, Links, Urheberrecht
Termin: 2.5.2002
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

ARBEIT IN LEIPZIG

Diskussions-Veranstaltung
»The final countdown«
mit Norbert Trenkle
(Gruppe Krisis Nürnberg):
Die Gruppe Krisis redet von einer Krisenhaftigkeit des Systems, die dem Kapitalismus innewohnt und seine Zukunft bestimmt. Sie vertritt eine Zusammenbruchstheorie (Krisentheorie) des Kapitalismus. Sie geht dabei von dem Widerspruch der kapitalistischen Produktion aus, die bestrebt ist, immer mehr lebendige Arbeit einzusparen und deren Tätigkeit durch Maschinen zu ersetzen, andererseits aber zwingend auf den einzigen wertschaffenden Faktor (Mehrwert der menschlichen Arbeitskraft) angewiesen ist. Norbert Trenkle bezeichnet diese Konstante im Kapitalismus als »logische(n) Selbstwiderspruch des Kapitals zwischen *Produktivkraftentwicklung und Verwertungsimperativ.*«
Termin: 13.03.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»Dauerkrise Arbeit«
mit Michael Heinrich (FU Berlin, Zeitschrift Prokla):
Das Thema Arbeit spielt in jedem Wahlkampf kapitalistischer Staaten eine zentrale Rolle für die Parteien, die gewählt werden wollen. Die Stimmung für eine Partei steigt in der Bevölkerung bei dem Versprechen auf Arbeitsplatzschaffung. Aber wie realistisch ist es, dass alle BürgerInnen in den »Genuß einer Arbeit« kommen? Die Hoffnung der Menschen auf Arbeit lässt nicht nach, obwohl seit Jahrzehnten ein chronischer Arbeitsplatzmangel existiert. Zur Zeit hat Deutschland mehr als vier Millionen Arbeitslose. Der Staat jongliert mit alternativen Konzepten wie Vierstundenarbeitstag, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc.
Termin: 10.04.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»Freiheit und Wahn deutscher Arbeit«
mit Andrea Woeldike, Holger Schatz
(AutorInnen des gleichnamigen Buches):
Seit 1933 ist der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Deutschland. 1997 sprengten Nazis eine DGB-Kundgebung zum 1. Mai mit dem Transparentmotto »Arbeit macht frei«. Für nicht wenige Linke wildern die Nazis damit auf per se linkem Terrain und sind Konkurrenten in der »sozialen Frage«. Spätestens dadurch aber offenbart sich, dass der positive Bezug auf die »Arbeit« keinen linken Kontext benötigt. Im Gegenteil, er steht einer emanzipativen Kapitalismuskritik im Weg.
Termin: 15.05.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»Es gibt kein Recht auf Arbeit«
Bündnis gegen Rechts Leipzig:
Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit und wurde 1889 auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris (Gründung der 2. Internationalen) beschlossen. Engels dokumentierte den Tag in seiner Vorrede zum kommunistischen Manifest von 1890 so: »Und das Schauspiel des heutigen Tages wird den Kapitalisten und Grundherren die Augen darüber öffnen, dass heute die Proletarier aller Länder in der Tat vereinigt sind.« Der 1. Mai hat seit 1889 linke Tradition und wird daher immer wieder zum Anlass genommen, eine linke Kritik am Kapitalismus zu formulieren bzw. durch die Demonstrationen zu vermitteln. Auch gegenwärtig demonstrieren an diesem Tag zigtausend Menschen in der Welt mit unterschiedlichen Motivationen, Forderungen und Zielen. Das Spektrum reicht von linksliberalen bzw. linken Parteien, Gewerkschaften bis hin zur außerparlamentarischen Linken bzw. linksradikalen Bewegung, die Forderungen von Reformen bis zur Revolution stellen.
Termin: 24.04.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

BUKO 25

Der Jubiläums-Kongress BUKO 25 vom 9. bis 12. Mai 2002 in Frankfurt/Main. »Tatort Globalisierung: Internationalismus nach Seattle, Genua und dem 11.9.
Kongressbüro Frankfurt
☎(0 69) 944 38 24
E-Mail: buko25@gmx.de
Information:
BUKO, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg
☎(0 40) 39 31 56, Fax 28 05 51 20
www.buko.info

KOMMUNIKATION

Einfühlende Verständigung
in Freiheit und Wertschätzung
Bei der Gewaltfreien Kommunikation oder »Kommunikation von Herz zu Herz« handelt es sich um einen Gesprächsprozess, der die Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse, Gefühle und konkret umsetzbaren Schritte zur Veränderung für mich und mein Gegenüber lenkt. Dieser Prozess hilft transparent zu machen, was Konflikten wirklich zugrunde liegt. Gleichzeitig ist es eine Art zu kommunizieren, die die Freiheit, Selbstbestimmung und Wertschätzung einer jeden Person im Blick hat, so dass Beziehungen auf einen Boden gestellt werden, auf dem wohlwollende und kooperative Haltung wachsen kann. Diese Art zu kommunizieren lädt uns ein, Verantwortung für die eigenen Gefühle und Bedürfnisse zu übernehmen und dem Gegenüber die Verantwortung für seine zu lassen.
Termin: 19.-21.4.2002
Information & Anmeldung:
Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz,
Walpodenstr. 10, D-55116 Mainz
☎(0 61 31) 140 86 30

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 69035 Heidelberg

FRAUEN

1. Lehrerinnen-Computertage
»Durchblick vorprogrammiert« – das verspricht Kompetenz für Frauen e.V. interessierten Lehrkräften mit den ersten Lehrerinnen-Computertagen. In der zweiten Hälfte der Osterferien, wenn die Erholung vom Schulstress schon eingesetzt hat, gibt es volles Programm:
Von »EDV als Überraschungsbonbon«, Internet und Powerpoint für den Unterricht und Sicherheitsaspekten bis zu Möglichkeiten von EU-Projekten für Schulklassen und Lehrerinnen, die mit dem Computer arbeiten. Ganz wichtig ist immer die Frage: Wie kann die Technik so eingesetzt werden, dass Sie sich gleichermaßen entlasten und den Unterricht verbessern?
Auch Computer-Neulinge können sich einen Einblick in die Praxis verschaffen und gleichzeitig ganz viel Wissen mit nach Hause und in den Unterricht nehmen.
Die Aktion wird vom Pädagogischen Institut der Stadt München und von der Frauen-Computer-Schule München unterstützt.
Termin: 2.-5.4.2002
Beratung, Information und Anmeldung, auch für die Abendveranstaltungen, erhalten Sie unter:
Kompetenz für Frauen e.V.
Volkartstr. 23
D-80634 München
☎(0 89) 13 03 98 65, Fax 168 80 35
E-Mail: info@frauenkompetenz.de
www.lehrerinnen-computer-tage.de

MÄNNER

Einsam, zweisam oder gemeinsam
Lebenswege von Männern
Das Leben ist nicht mehr geradlinig – verliebt, verlobt, verheiratet... bis an das Lebensende gilt schon länger und für viele nicht mehr. Besonders durch Umbrüche, Trennungen, Krankheiten oder in der Lebensmitte stellt sich für viele Männer immer wieder die Frage, wie sie weiterleben wollen.
An diesem Wochenende wollen wir uns die Zeit nehmen uns unter Männern auszutauschen über männliche Lebenswege als Single, Partner, Familienvater, Mitglied einer WG oder Lebensgemeinschaft oder...
Ein Wochenende für Männer zum Austauschen und reflektieren eigener Erfahrungen und Phantasien (»Wie ich schon immer einmal leben wollte«), zum gegenseitigen Anregen und Ermutigen für den weiteren Lebensweg, zum Klönen und Entspannen.
Termin: 26.-28.4.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

RADIKAL REISEN!

Richtung USA – New York
Globalisierung und die Sozial- und Freihandelspolitik der USA
Wenn es um Globalisierung, »neoliberale Politik«, Abbau von Sozialer Sicherung und das Senken von Umweltstandards geht, wird das von vielen mit der Politik der USA in Zusammenhang gebracht. Je nach dem, auf welcher Seite der Barrikade man steht, verweist man entweder auf die USA als großes Vorbild oder als abschreckendes Beispiel. AnhängerInnen der letzten Position werfen der US-Politik vor, ihre Politik weltweit durchsetzen zu wollen. Als Beispiel wird dabei immer auch auf die Länder Südamerikas verwiesen. Aus europäischer Sicht scheint also alles klar zu sein. Doch wie wird das eigentlich in den USA gesehen? Welche Analyse bieten US-amerikanische Linke, wenn es um Globalisierung und weltweite Durchsetzung neoliberaler Politiken geht? Gibt es auch hier Widerstand außerhalb solcher Ereignisse wie Seattle 1999? Antworten auf diese Fragen hoffen wir in der Stadt, die als Symbol der Wirtschaftskraft der USA gilt, zu finden.
Termin: 17.-30. Juni 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung USA – San Francisco
Körper, Geschlecht und Identität
Begriffe wie »Queer« und »Gendercrossing« sind in linken Kreisen viel diskutiert. Viele Debatten um Körper, Geschlecht und Identität finden in San Francisco oder der nahegelegenen Universitätsstadt Berkeley ihren Ursprung. San Francisco ist schon seit längerem die Stadt, in der alternative Lebensweisen und Bewegungen zusammen trafen, nicht umsonst galt San Francisco als Hippie-Hauptstadt, als Hauptstadt der Freaks. Heute ist San Francisco eine der wichtigsten Städte der Schwulen-, Lesben und Queer-Bewegung.
Wir werden den Fragen nach Körper, Geschlecht und Identität nachgehen und AktivistInnen der Schwulen-, Lesben- und Queerszene sowie der akademischen Szene Berkeleys treffen. Neben all dem wird natürlich Zeit bleiben, am Strand zu entspannen und sich das schnuckelige Städtchen anzuschauen.
Termin: 2./3. Juliwoche
oder 3./4. Augustwoche 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung Finnland – Helsinki
Sozialstaat unter
Globalisierungsbedingungen
Neben Schweden, Österreich und der Bundesrepublik war Finnland lange Zeit ein Vorzeigemodell sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitik.
Seit Beginn der neunziger Jahre setzt auch Helsinki ganz auf Wettbewerb und Standortsicherung. Welche Konsequenzen dies hat und wie soziale Gerechtigkeit in Finnland hergestellt werden kann, wollen wir mit unserem Partner, der LEFT YOUTH-Finnland debattieren und erkunden.
Termin: 14 Tage im August 2002
Kosten: ca. 350 EUR

Richtung: Russland – Moskau
Antisemitismus
Wieder einmal fahren JugdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. mit der Youth Human Rights Movement und der Anti-Diffamation-League, wollen wir uns mit dem Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unseren Partnern den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm ist aber auch genügend Zeit, um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskva spazieren zu gehen.
Termin: 22.8-4.9.2002
Kosten: ca. 390 EUR

Richtung USA – New York
New York City ein Jahr danach
New York als die Weltstadt an der Ostküste der USA war über viele Jahrzehnte nicht nur Ziel endloser Touristenströme, sondern auch Kristallisationspunkt zahlreicher sozialer und politischer Konflikte. Schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 war New York auch immer wieder Schauplatz rassistischer Ausgrenzungen und Diskriminierungen.
Unsere Reise wird sich ein Jahr nach den Anschlägen mit den Folgen der Ereignisse für die Stadtpolitik und dem Bild New Yorks beschäftigen. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die bereits vorher von Repression und Überwachung geprägte Innenstadtpolitik der Weltmetropole.
Wir werden uns mit politischen Jugendorganisationen treffen, die sich kritisch mit der aktuellen Politik und den Ereignissen in New York und in den USA auseinandersetzen und hier Gegenaktivitäten organisieren.
Termin: Herbst 2002
Kosten: ca. 650 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.